



Universität für Bodenkultur Wien
University of Natural Resources
and Life Sciences, Vienna

Masterarbeit

Organisations- und Kommunikationsformen innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung aus demokratiepolitischer Perspektive

Eine Analyse des kohlekritischen Bündnisses „Ende Gelände“ in
Deutschland

verfasst von

David DORFNER, BSc

im Rahmen des Masterstudiums

Umwelt- und Bioressourcenmanagement

zur Erlangung des akademischen Grades

Diplom-Ingenieur

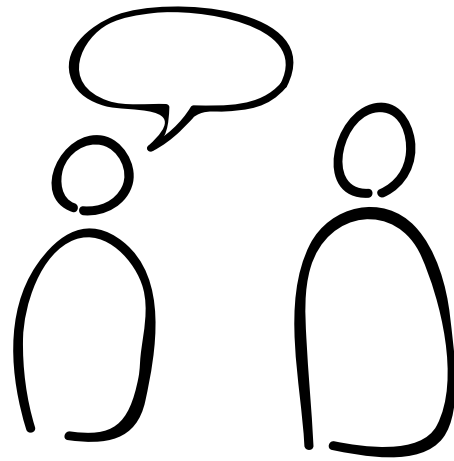
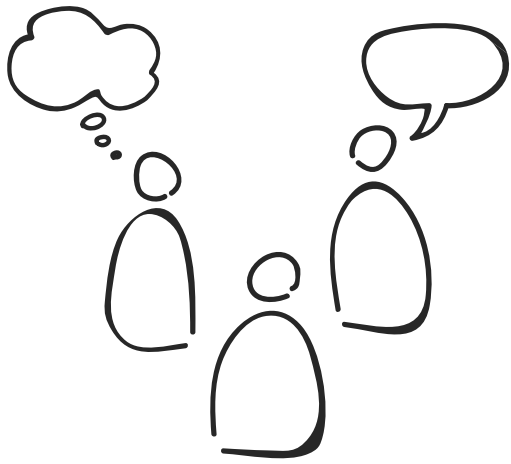
Wien, Oktober 2021

Betreuer: Steuerer, Reinhard, Assoc. Prof. Mag. Dr.

Zweitbetreuer: Scherhauser, Patrick, Mag. Dr.phil.

Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik

Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften



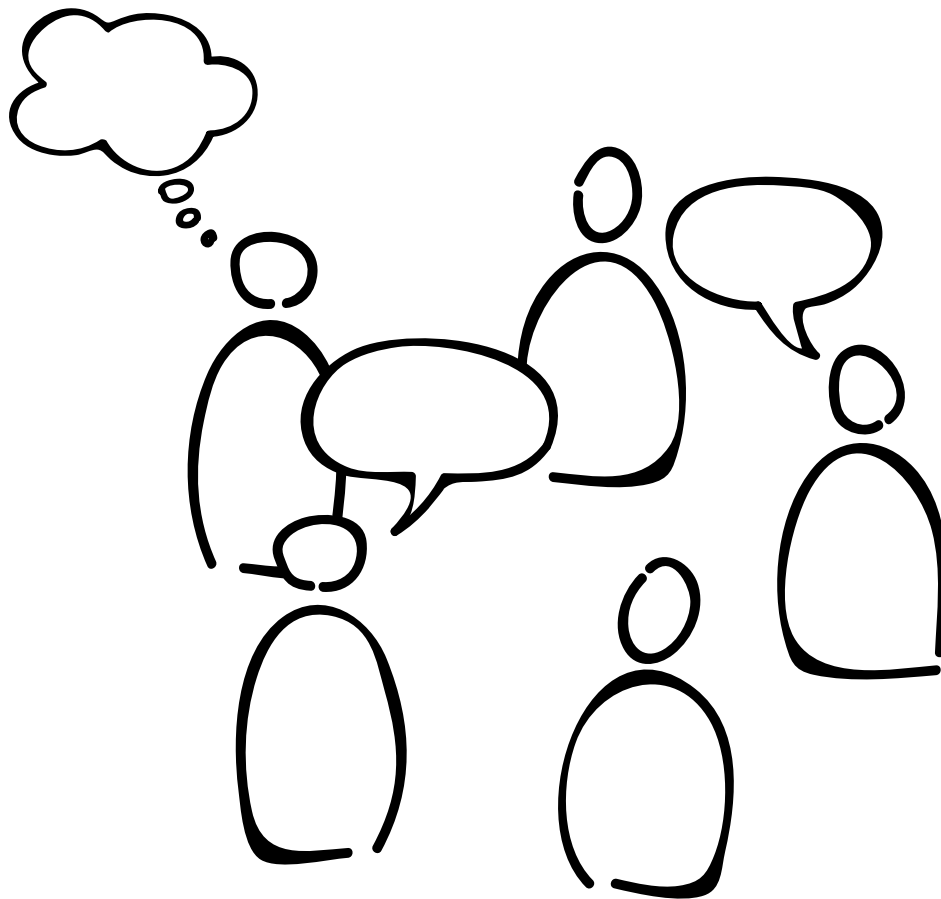


Universität für Bodenkultur Wien
University of Natural Resources
and Life Sciences, Vienna

Masterarbeit

Organisations- und Kommunikationsformen innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung aus demokratiepolitischer Perspektive

Eine Analyse des kohlekritischen Bündnisses „Ende Gelände“ in Deutschland



verfasst von:
David Dorfner, BSc

Betreuer: Steurer, Reinhard, Assoc. Prof. Mag. Dr.
Zweitbetreuer: Scherhauser, Patrick, Mag. Dr.phil.

Wien, Oktober 2021

Abstract

The lack of political measures and strategies regarding the climate crisis, demonstrate the important role of social movements. The socio-scientific research of these movements illustrates that their success depends largely on internal organizational structures, communication processes and decision-making. Therefore, this master thesis analyzes the methodological practice of internal organization within the climate justice movement. The case study of the climate justice alliance *Ende Gelände* in Germany demonstrates strengths and weaknesses of named organizational structures. The analysis of how *Ende Gelände* operates, and functions is based on direct, representative, participatory, and deliberative democratic theory, such as other relevant literature. Moreover, six qualitative semi-structures interviews with experts were conducted for the purpose of this thesis. The results illustrate that internal democratic ideals of *Ende Gelände* are linked to general democratic ideals and prefigurative politics. Finally, this thesis argues that *Ende Gelände* is an affirmative example of a laboratory for democratic innovation on an organizational and network level.

Keywords: social movements, climate justice, prefiguration, democracy, representation, participation, deliberation, consensus, decision-making, horizontality, network

Kurzfassung

Aufgrund unzureichender politischer Maßnahmen und Strategien hinsichtlich der Klimakrise wird die wichtige Rolle sozialer Bewegung deutlich. Die sozialwissenschaftliche Erforschung solcher Bewegungen zeigt, dass deren Erfolg maßgeblich von den internen Organisationsstrukturen und insbesondere von Kommunikations- und Entscheidungsprozessen abhängt. Gegenstand dieser Masterarbeit ist daher die Analyse der methodischen Praxis interner Organisierung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung. Am Fallbeispiel des kohlekritischen Bündnisses Ende Gelände in Deutschland wurden die Stärken und Schwächen dahingehend identifiziert. Zur Analyse der Arbeitsweisen von Ende Gelände wurden die direkte, repräsentative, partizipative und deliberative Demokratietheorien sowie relevante Literatur herangezogen. Sechs qualitative, halbstrukturierte Expert*inneninterviews sowie eine darauf aufbauende qualitative Inhaltsanalyse dienten als Grundlage für den Erkenntnisgewinn. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich interne demokratische Ideale und Arbeitsweisen von Ende Gelände klar mit demokratischen Idealen verbinden lassen und eine präfigurative Haltung eingenommen wird. Demnach zeigt diese Arbeit auf, dass Ende Gelände als Positivbeispiel eines Reallabors für demokratische Arbeitsweisen auf Organisations- und Netzwerkebene gelten kann.

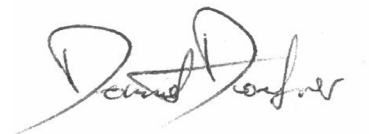
Schlagworte: Soziale Bewegungen, Klimagerechtigkeit, Präfiguration, Demokratie, Repräsentation, Partizipation, Deliberation, Konsens, Entscheidungsfindung, Horizontalität, Netzwerk

Eidstattliche Erklärung

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die Arbeit selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Gedanken, die im Wortlaut oder in grundlegenden Inhalten aus unveröffentlichten Texten oder aus veröffentlichter Literatur übernommen wurden, sind ordnungsgemäß gekennzeichnet, zitiert und mit genauer Quellenangabe versehen.

Die vorliegende Arbeit wurde bisher weder ganz noch teilweise in gleicher oder ähnlicher Form an einer Bildungseinrichtung als Voraussetzung für den Erwerb eines akademischen Grades eingereicht. Sie entspricht vollumfänglich den Leitlinien der Wissenschaftlichen Integrität und den Richtlinien der Guten Wissenschaftlichen Praxis.

Wien, 31.10.2021

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'David Dreyer', written in a cursive style.

Unterschrift

Vorwort

Ich betrachte die aktuellen Funktionsweisen von Wirtschaft und Politik, angesichts der schwindenden Zeit, wirkungsvolle Maßnahmen gegen eine Klimakatastrophe zu ergreifen, mit großer Sorge. Ich glaube, vernetztes, interdisziplinäres Denken, die Reflexion aktueller Praktiken sowie die Weiterentwicklung demokratischer Systeme sind essenziell. Ende Gelände erlebe ich als Raum, im Zuge dessen konstruktiv an diesen Aspekten gearbeitet wird. Mein Interesse für die Arbeitsweisen von EG wurde geweckt, als ich selbst an einer Aktion teilnahm. Ich war fasziniert, wie innerhalb kurzer Zeit ein Camp für ca. 5000 Menschen aufgebaut und dabei gleichzeitig möglichst demokratisch Entscheidungen getroffen wurden. Ich beobachtete ein sehr zielorientiertes Agieren der Aktivist*innen, ohne dass Konflikte und Meinungsunterschiede die gesamte Aktion gefährdeten. Ende Gelände übertraf dahingehend somit die meisten Organisationen, welche ich bisher kennen gelernt hatte. Mit dieser Masterarbeit möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass funktionierende Elemente von Ende Gelände sichtbar werden, in anderen Kontexten Anwendung finden können, und ein bewussterer Umgang mit aktuellen Schwächen sowie Reflexion möglich gemacht werden.

Diese Arbeit wäre mir nicht gelungen, ohne der Unterstützung durch mein soziales Netzwerk, vor allem in den stockenden Schreibphasen. Ich schätze es sehr, dass ich mir, dank (finanzieller) Unterstützung meiner Eltern ausreichend Zeit für mein Studium nehmen konnte. Ich bedanke mich bei meiner Hausgemeinschaft und bei meinen Freunden für die schönen letzten eineinhalb Jahre, in denen ich oftmals zum Prokrastinieren verleitet, aber insgesamt gestärkt und in persönlichen Krisen begleitet wurde. Vor allem die Indesign-Tipps von Franz waren sehr wertvoll, um meinen Wunsch eines aufwändigeren Layouts zu realisieren, aber auch inhaltliches Feedback und Diskussionen bereicherten meinen Masterarbeitsschreibprozess. Ich bedanke mich bei meinem Vater, der sich immer wieder spontan viel Zeit genommen und mir unter anderem sprachliches und formales Feedback gegeben hat. Besonders möchte ich mich für die laufende Begleitung und die ausführlichen und wertvollen Rückmeldungen meines Betreuers Patrick Scherhauser bedanken.

“A social movement that only moves people is merely a revolt. A movement that changes both people and institutions is a revolution.” (Martin Luther King Jr.)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Klimagerechtigkeits- und Anti-Kohle-Bewegung	2
1.2	Ende Gelände	3
1.3	Demokratiopolitische Überlegungen	3
1.4	Forschungsfragen	4
2	Theorie	7
2.1	Demokratie	8
2.1.1	Direkte Demokratie	8
2.1.2	Repräsentative Demokratie	10
2.1.3	Partizipative Demokratie	12
2.1.4	Deliberative Demokratie	15
2.1.5	Resümee	17
2.2	Bewegungsforschung	18
2.2.1	Was bedeutet „Bewegung“?	18
2.2.2	Demokratiopolitische Bedeutung sozialer Bewegungen	18
2.2.3	Ursprünge der Klimagerechtigkeitsbewegung	19
2.3	Critical Leadership Studies	21
3	Material und Mehtoden	25
4	Ende Gelände	31
4.1	Ideale, Werte und demokratiopolitische Bedeutung	32
4.2	Organisationsstruktur	36
4.2.1	Aktionen	37
4.2.2	Aktionscamp	37
4.2.3	Arbeitsgruppen	37
4.2.4	Lokale Gruppen	39
4.2.5	Bündnistreffen	40
4.2.6	Koordinierungsplattform (KOPLA)	40
4.2.7	Gruppenplattform (GRUPLA)	40
4.2.8	Informelle Strukturen	40
4.2.9	Netzwerk	41
4.3	Kommunikations- und Entscheidungsprozesse	42
4.3.1	Rahmenbedingungen und Einschränkungen der Mitbestimmung	43
4.3.2	Formen der Mitbestimmung	43
4.3.2.1	Direkte Mitbestimmung	44
4.3.2.2	Delegation von Personen und Entscheidungen (nach oben)	45
4.3.2.3	Delegation von Verantwortung und Aufgaben (nach unten)	46
4.3.2.4	Informell	47
4.3.3	(Direkte) Mitbestimmung im Plenum	48
4.3.3.1	Moderation, Ablauf und Vorbereitung	48
4.3.3.2	Konsensverfahren	48

4.3.3.3. Protokoll.....	50
4.3.3.4. Handzeichen	51
4.3.4 Digitale Kommunikationsmedien.....	52
4.3.5 Umgang mit Konfliktfeldern.....	52
5 Diskussion	57
6 Fazit.....	65
7 Quellen.....	68
8 Anhang.....	76
8.1 Interviewleitfaden – Ende Gelände	76

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Codierungssystem zur Auswertung der sechs Interviews	29
Abbildung 1: Mechanismus direkte Beteiligung (eigene Darstellung)	9
Abbildung 2: Mechanismus Repräsentation (eigene Darstellung)	11
Abbildung 3: Dimensionen der Partizipation nach Newig (2011), in Anlehnung an die Partizipationsleiter nach Arnstein (1969) (eigene Darstellung)	14
Abbildung 4: Mechanismus Deliberation (eigene Darstellung)	16
Abbildung 5: Logo Ende Gelände (Ende Gelände 2021)	31
Abbildung 6: Struktur des Bündnisses Ende Gelände (eigene Darstellung)	36
Abbildung 7: Direkte Mitbestimmung (eigene Darstellung)	44
Abbildung 8: Delegation nach oben (eigene Darstellung)	45
Abbildung 9: Delegation von Verantwortung und Aufgaben nach unten (eigene Darstellung).....	47
Abbildung 10: Diskussions Handzeichen (Skills for Action, 2017) (überarbeitete Darstellung)	51



1 Einleitung

Das Bewusstsein für die Klimakrise und die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation wächst. Es herrscht weitgehend wissenschaftlicher Konsens, dass nur durch weitreichende Maßnahmen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung das Pariser-Klimaabkommen (UNFCCC, 2015) eingehalten werden kann. Aus Sicht einer „starken Nachhaltigkeit“ und unter der Berücksichtigung von planetaren Grenzen und Tipping Points wäre zudem eine grundlegende Systemkritik und das Infragestellen neoliberaler Wirtschaftspraktiken notwendig (Spangenberg, 2017). Dennoch, weder politische Maßnahmen noch globale Bestrebungen, wie z.B. die Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen (United Nations, 2015), spiegeln diese Dringlichkeit wider (Spangenberg, 2017). Ein Widerspruch politischen Handelns zu den Erkenntnissen des Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC, 2018) wird deutlich.

Das Spannungsfeld zwischen zukunftsorientiertem, verantwortungsbewusstem politischen Handeln und Realpolitik wirft gesellschaftspolitische Fragen auf. Inwiefern sind aktuelle demokratische Strukturen in der Lage langfristig die Lebensgrundlage von Bürger*innen zu sichern? Welche Strukturen müssen geschaffen werden, um Bedürfnisse von Menschen mit Blick auf die globale Ebene, auf zukünftige Generationen sowie nichtmenschliche Lebensformen zu berücksichtigen?

Neben dem Staat, als gesellschaftlichem Steuerungsorgan, kommt weiteren Akteur*innen eine hohe Bedeutung zu. Steurer (2013) beschreibt *Governance* als ein Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Jede*r dieser drei Akteur*innen nimmt eine wesentliche und regulierende Rolle in der gesellschaftlichen Steuerung ein.

1.1 Klimagerechtigkeits- und Anti-Kohle-Bewegung

In dieser Arbeit liegt der Fokus auf dem zivilgesellschaftlichen Bereich. In ihren radikalen Ansätzen stellen soziale Bewegungen vielfach die Legitimität und Lösungskompetenz derzeitiger Politik und Wirtschaftsweisen in Frage. Der Fokus auf soziale Bewegungen begründet sich einerseits in der wachsenden Bedeutung der Klimagerechtigkeitsbewegung in Bezug auf Klimapolitik und andererseits durch deren expliziten Anspruch an demokratische, interne Prozesse. Grundlegende Kritik an aktuellen demokratischen Institutionen und Prozessen und mögliche Lösungsansätze werden zusammengedacht, weshalb die Klimagerechtigkeitsbewegung aus Sicht der Transformationsforschung von Bedeutung ist.

Das Streben nach demokratischen Prozessen lässt sich durch die Problemanalyse der Klimagerechtigkeitsbewegung erklären. Die Klimakrise wird als Resultat ungerechter und ausbeuterischer Strukturen verstanden. Kapitalismus, patriarchale, hierarchische sowie (post-)koloniale Strukturen ermöglichen erst eine ressourcenintensive Produktions- und Lebensweise und treiben diese kontinuierlich voran (vgl. Brand & Wissen, 2017). Wohingegen Gerechtigkeit nur durch gleichberechtigte Teilhabe möglich ist (Harrison, 2011: 15). Die Klimakrise kann somit nur überwunden werden, wenn Ausbeutung und starr hierarchische Systeme überwunden und durch demokratische Strukturen ersetzt werden. In ihren Positionen und Forderungen erfährt die Klimagerechtigkeitsbewegung oft Unterstützung durch Vertreter*innen der Wissenschaft (Hagedorn et al., 2019).

In Deutschland ist vor allem Kohlekraft Ziel des Protestes sozialer Bewegungen, da Kohleverbrennung als die klimaschädlichste Energieform gilt (Umweltbundesamt, 2017). Der Anteil der Braun- und Steinkohle an der gesamten Stromerzeugung beträgt 36%, wohingegen deren Anteil der CO₂-Emissionen im Stromsektor bei 77% liegt (Umweltbundesamt, 2021: 69). Weiters werden Luftschadstoffe wie Lachgas, Stickstoffoxide, Schwefeldioxid, Staub, Blei, Cadmium und Arsen in hohem Maße ausgestoßen (Umweltbundesamt, 2021: 69). Beinahe die gesamten Quecksilber-Emissionen der deutschen Stromerzeugung können auf Kohlekraft zurückgeführt werden (Umweltbundesamt, 2021: 69). Das Umweltbundesamt (2021) kritisiert zudem negative Umweltauswirkungen auf Gewässer, gesundheitliche Auswirkungen sowie hohe Flächeninanspruchnahme.

Die hohe Flächeninanspruchnahme ist mit der Umsiedlung ganzer Dörfer verbunden. Seit Beginn der Abbautätigkeit von Braunkohle wurden 179.402 Hektar in Anspruch genommen; etwa 70% Prozent der Fläche wurden bisher rekultiviert (Umweltbundesamt, 2021: 79).

Eine Reihe zivilgesellschaftlicher Gruppierungen versucht einen schnellstmöglichen Kohleausstieg zu erwirken sowie den Schutz von Naturräumen und Siedlungen zu gewährleisten. Bürger*initiativen, Klimacamps und überregionale Umweltverbände bilden die Grundlage der deutschen *Anti-Kohle-Bewegung* (Häußermann und Wollny 2017: 38ff). Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 gilt als Ursprung dieser Bewegung (Häußermann und Wollny 2017: 36; Sander 2016: 21). Frustration aufgrund fehlender politischer Handlungsfähigkeit lenkte den Fokus „auf die Stärkung von lokalem und direktem physischem Widerstand“ (Häußermann und Wollny 2017: 36). Die Anti-Kohle-Bewegung setzt somit auf direkte Aktionen am Ort des Geschehens:

„Die Erfahrung, dass der bunte, breite und große Protest für das Gipfelergebnis völlig unerheblich war, führte in der radikalen Klimabewegung zu einem Strategiewandel hin zu lokalen Energiekämpfen.“ (Bosse, 2017: 89).

Kritik an und Widerstand gegen Kohle in Deutschland zeigten Wirkung. Die Notwendigkeit eines Kohleausstiegs wurde auch von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der deutschen Bundesregierung anerkannt und im Zuge des Abschlussberichts im Jänner 2019 gesetzlich verankert (BMW_i, 2019). Der Kohleausstieg soll schrittweise bis 2038 erfolgen und impliziert ein umfassendes Programm zur Begleitung des Strukturwandels (BMW_i, 2019). Von Seiten der Zivilgesellschaft wurde dieses Ausstiegsszenario jedoch vor allem dafür kritisiert, dass der Ausstieg zu langsam durchgeführt wird, hohe Entschädigungszahlungen für Kraftwerksbetreiber*innen getätigt werden, weitere Dörfer unnötigerweise zwangsumgesiedelt werden und kein konkreter Abschaltplan, wann welches Kraftwerk vom Netz genommen werden soll, definiert wurde (BUND, 2020; Scientists for Future, 2020). Vielmehr wurde 2020 sogar ein neues Kohlekraftwerk ans Netzwerk geschaltet. Dies sind Gründe, weshalb zivilgesellschaftliche Gruppen nach wie vor aktiv für den Kohleausstieg arbeiten.

1.2 Ende Gelände

Als ein bedeutender Akteur der Anti-Kohle-Bewegung gilt das Bündnis *Ende Gelände* (EG). EG nimmt nach eigenen Angaben „den Kohleausstieg selbst in die Hand“ (Ende Gelände, 2020). Im Zentrum des Bündnisses stehen jährliche Massenaktionen gegen fossile Infrastruktur. Die erste Massenaktion 2015 im Rheinland mit 1.500 Menschen gilt als erste großer Handlung von EG. Durch eindrucksvolle Bilder der Massenaktionen im Tagebau, an Kohleinfrastruktur oder fossilen Großprojekten, versucht EG eine breite Öffentlichkeit zu erreichen (Ende Gelände, 2020i). Durch die Öffentlichkeitswirksamkeit und die interne Arbeitsweise zog *Ende Gelände* zahlreiche Aktivist*innen an. Nach Angaben von EG nahmen 2016 ca. 4000 Personen teil, 2017 ca. 2.500, 2018 ca. 3000, 2019 im Juni ca. 6000 und 2019 im November ca. 4000 Menschen (Ende Gelände, 2020b).

Sander (2016: 25) beschreibt EG als ein Resultat eines Verdichtungsprozesses in der „ökologischen Bewegungslandschaft“ und führt den Erfolg auf fünf Elemente zurück: Erstens, auf „die langfristige Aufbauarbeit von Gruppen wie *AusgeCo2hlt im Rheinland und Gegenstrom in der Lausitz*“ – hier fand bewusst Vernetzung sowie die Vorbereitung auf eine Massenaktion statt; zweitens, den Zusammenschluss von „Gruppen die sich zuvor auf sozial-ökologische Ansätze konzentriert hatten“; drittens, die „Rückkehr der Klimakader“ – erfahrene Aktivist*innen früherer Phasen der Klimabewegung brachten sich und ihr Wissen und Netzwerk wieder ein; viertens, konnten Klimaaktivist*innen die *Degrowth-Bewegung* für sich gewinnen, welche zuvor primär den Fokus auf akademische

Debatten und kleine Alternativprojekte legte; fünftens, wandten sich Umweltverbände dem Kohlethema zu und starteten eigene Kampagnen und Aktionen. Durch diesen Prozess ließ sich ein breites Spektrum von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der radikalen Klimagerechtigkeitsbewegung von der Idee von Massenaktionen des zivilen Ungehorsams gegen Kohlegewinnung im Rheinland überzeugen (Sander, 2016: 25).

Ende Gelände bezeichnet sich selbst als europaweites Bündnis sozialer Bewegungen und sieht sich nicht als reine Protestgruppe, sondern stellt, im Sinne der Klimagerechtigkeitsbewegung, eine generelle System- und Kapitalismuskritik in den Fokus (Ende Gelände, 2020d). Als Utopien werden u.a. eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise, Energiedemokratie und ein gutes Leben für alle postuliert (Ende Gelände, 2020d). Im Zuge einer sozial-ökologischen Transformation sollen gesellschaftliche Strukturen neu verhandelt werden. Weiters fordert *Ende Gelände* eine umfassende Demokratisierung und Umverteilung von Macht und Reichtum (Ende Gelände, 2020d). Allen Mitgliedern dieser Gesellschaft sollen Grundlagen für demokratische Teilhabe zur Verfügung stehen. Marginalisierte Gruppen sollen in diesem Sinne gestärkt werden. Der Einsatz von zivilem Ungehorsam wird als legitimes Mittel betrachtet, um auf Missstände im demokratischen System hinzuweisen (Ende Gelände, 2020a). Diese umfassenden und weitreichenden Forderungen nach mehr Gerechtigkeit und Beteiligung stellen die Legitimität des derzeitigen politischen Systems und der repräsentativen Demokratie in Frage.

1.3 Demokratiepolitische Überlegungen

Im Sinne der Präfiguration, der Haltung, dass ein sozialer Wandel durch die Umsetzung der eigenen Ideale im Hier und Jetzt erfolgt (Maeckelbergh, 2016), versucht EG in der eigenen Organisation seinen hohen Idealen an Demokratie gerecht zu werden. Aufgrund dessen wird im Konsens entschieden, spezifische Verantwortungen werden von Gruppen, bzw. Kreisen übernommen, es werden entsprechende Regeln definiert und Räume für Reflektion geschaffen. Hierarchien werden abgelehnt und eine inklusive Arbeitsweise auf Augenhöhe angestrebt.

Im Gegensatz dazu bezeichnet der deutsche Verfas-

schungsschutz EG als linksextremistisch beeinflusst und spricht dem Bündnis eine wichtige strategischen Bedeutung zur Umsetzung linksextremistischer Positionen zu (BMI, 2020b: 162). Der Verfassungsschutz kritisiert an linksextremistischen Positionen, dass diese mit der Forderung nach einem Sturz des kapitalistischen Gesellschaftssystems auch das gesamte politische System und damit nicht zuletzt auch die „*freiheitliche demokratische Grundordnung*“ in Frage stellen (BMI, 2020b: 122). Aus Sicht des Verfassungsschutzes kann EG als eine Gefahr für die Demokratie interpretiert werden. Auch werden eine intensivere Überwachung des Bündnisses

sowie polizeiliche Repression mit dieser Einordnung gerechtfertigt.

Bezüglich der Frage, inwiefern EG demokratiefördernd oder -gefährdend wirkt, stehen diese zwei Positionen in Widerspruch zueinander. Für eine Bewertungsgrundlage von EG hinsichtlich des demokratischen Beitrags muss eine begründete Auswahl geeigneter Theorien erfolgen, wodurch das Feld des Demokratiediskurses eröffnet wird. Scherhauser et al. (2021) beschäftigten sich bereits mit der Frage inwiefern der Einsatz von zivilen Ungehorsam durch EG aus demokratiepolitischer Perspektive als legitim betrachtet werden kann. Hierbei betrachteten Scherhauser et al. (2021) sowohl die demokratische Qualität EG-interner Prozesse als auch wie Aktivitäten von EG nach außen geframed werden. Als Fazit sprechen Scherhauser et al., (2021) zivilen Ungehorsam als Form demokratischer Partizipation in Bezug auf die Energiewende eine besondere Bedeutung zu. Vor allem dadurch begründet, dass politische Strategien nicht den notwendigen klimapolitischen Zielsetzungen entsprechen. Diese Erkenntnisse schaffen bereits eine Grundlage, woran diese Arbeit anschließt. Jedoch unterscheidet sich diese Arbeit dadurch, dass der Fokus ausschließlich auf interne Arbeitsweisen von EG liegt; auch mit dem Ziel eine systematische Darstellung zu ermöglichen. Der Einfluss von EG auf das demokrati-

sche System auf gesamtgesellschaftlicher bzw. staatlicher Ebene wird nicht betrachtet. Als theoretisches Fundament wurden prominente Demokratietheorien gewählt, welche auch im Kontext sozialer Bewegungen wiederholt angeführt werden, die repräsentative, direkte, partizipative und deliberative Demokratietheorie. Vertreter*innen der jeweiligen Theorie beschreiben meist normative Idealvorstellungen, wie Demokratie ausgestaltet sein soll. Sogenannte demokratische Ideale werden in dieser Arbeit als Handlungsanweisungen für die praktische Umsetzung gesellschaftlicher Steuerung verstanden. Eine hohe Übereinstimmung realer Prozesse mit den Ansprüchen prominenter Vertreter*innen lässt sich somit als demokratisch bezeichnen. Aufgrund der Tatsache, dass diese Demokratietheorien kontrovers diskutiert werden und keine universale Definition für eine gute Demokratie abgeleitet werden kann, ist lediglich ein qualitativer Vergleich mit den jeweiligen Theorien möglich. Als zentrale Herausforderung in der Umsetzung gelten diverse Spannungsfelder, welche u.a. in horizontalen Organisationen entstehen. Vielfach scheitern Gruppen bei der praktischen Anwendung ihrer Ideale. Für eine demokratische Organisation und einem konstruktiven Umgang mit diesen Spannungsfeldern bedarf es somit entsprechender Strukturen und Prozesse.

1.4 Forschungsfragen

Aufbauend auf der Annahme, dass verschiedene Organisations- und Entscheidungsformen für verschiedene Organisationen und Situationen geeignet sind, behandle ich in dieser Masterarbeit folgende Frage:

Welche Stärken und Schwächen weisen die Organisationsform sowie Kommunikations- und Entscheidungsfindungsprozesse des Bündnisses Ende Gelände hinsichtlich der Erreichung demokratischer Ideale auf?

Daraus ergeben sich folgende Unterfragen:

*Welche Ideale verfolgt das Bündnis Ende Gelände bzw. verfolgen Aktivist*innen? Welche Strukturen und Prozesse kommen innerhalb von EG zur Anwendung? Mit welchen Schwierigkeiten sieht sich Ende Gelände in der internen Arbeitsweise konfrontiert? Welche Regeln und Methoden finden hierbei Anwendung? Wo sind Grenzen konsensualer Entscheidungen und wo werden bewusst andere Formate eingesetzt (z.B. Aktionscamp)? Wie hoch ist die interne Akzeptanz von Entscheidungen?*

Eine Auseinandersetzung mit zentralen Positionen innerhalb des Demokratiediskurses erfolgt im 2. Kapitel dieser Arbeit. Weiters wird in diesem Kapitel auf die Rolle sozialer Bewegungen im gesellschaftspolitischen Milieu sowie auf die Ursprünge der Klimagerechtigkeitsbewegung eingegangen. Anschließend an den Methodenteil im Kapitel 3 gibt Kapitel 4 einen Überblick über Ideale und Werte, die Organisationsstruktur sowie Kommunikations- und Entscheidungsprozesse von EG. Stärken und Schwächen der Arbeitsweise von EG werden in Kapitel 5 diskutiert und in Kapitel 6 folgt das abschließende Fazit.





2 Theorie

In diesem Kapitel werden zu Beginn verschiedene Demokratietheorien und deren Ursprünge beschrieben und Prinzipien bzw. Werte herausgearbeitet. Ziel ist es, Ansprüche der jeweiligen Denkschule an demokratischen Prozessen zu identifizieren. Weiters werden Dynamiken sozialer Bewegungen nach außen und innen illustriert sowie die Ursprünge der Klimagerechtigkeitsbewegung beleuchtet. Abschließend verbindet das

Kapitel zu den Critical Leadership Studies demokratische Organisations- und Entscheidungsformen mit organisationssoziologischen Beobachtungen innerhalb sozialer Bewegungen. Das Ziel des Theorieteils besteht darin, operationalisierbare Kriterien aus den Demokratietheorien sowie Erkenntnisse aus der sozialen Bewegungsforschung abzuleiten.

2.1 Demokratie

Laut dem deutschen Grundgesetz (GG) „geht alle Staatsgewalt vom Volke aus“. Dieses Statement lässt sich auf den Ursprung des Begriffes „Demokratie“ aus dem Griechischen zurückführen; – der „Herrschaft durch das Volk“. Als fundamentale Prinzipien einer Demokratie werden in der Literatur Gleichheit, Freiheit und weitgehende Beteiligungsrechte aller Bürger*innen genannt (vgl. Bühlmann et al., 2012; Meyer, 2009; Schmidt, 2019).

Als Begründer des Demokratiekonzeptes gelten Gelehrte des alten Griechenlands wie Aristoteles und Plato. Klassische Demokratietheorien der Neuzeit sind geprägt von bekannten Philosophen wie Hobbes, Locke, Montesquieu, Mill, Marx oder Rousseau (vgl. Schmidt, 2019). Während im antiken Griechenland und bis ins 18. Jahrhundert noch eine grundlegende Debatte geführt wurde, inwiefern Demokratie, im Gegensatz zu Politie, Oligarchie, Aristokratie, Monarchie und Tyrannis (vgl. Aristotelische Staatsformenlehre), eine geeignete Staatsform darstellt, hat sich diese seit dem 20. Jahrhundert als eine anerkannte Herrschaftsform herauskristallisiert (Schmidt, 2019: 5) – zumindest in Ländern mit „west-

europäischem und nordamerikanischem Politik-, Rechts- und Kulturverständnis“ (Schmidt, 2019: 471). Vielfach machten Staaten von diesem Konzept Gebrauch und bezeichneten sich als „demokratisch“, wobei sich dahingehend einerseits die Frage stellt, inwiefern die jeweiligen Staaten den demokratischen Grundprinzipien gerecht werden und andererseits, wie Demokratie in der Praxis ausgestaltet werden soll. Die zweite Frage eröffnet das große Feld des Demokratiediskurses, welcher sich durch unzählige Positionen charakterisiert und einem stetigen Wandel unterliegt.

In der Literatur zu sozialen Bewegungen sind vor allem direkte, repräsentative, partizipative und deliberative Demokratie wiederkehrende Konzepte. Die folgenden Beschreibungen der eben genannten Theorien in diesem Kapitel sind ein Versuch, Charakteristika der einzelnen Formen herauszuarbeiten. Eine Beschreibung und grafische Darstellung des jeweiligen Mechanismus am Ende der folgenden Unterkapitel fasst die für diese Arbeit relevanten Prinzipien zusammen.

2.1.1 Direkte Demokratie

Als historisch besonders bedeutungsvoll gilt die Theorie der *direkten Demokratie*, welche bis ins 19. Jahrhundert mit dem Begriff Demokratie gleichgesetzt wurde (Meyer, 2009: 80). In ihrer ursprünglichen Bedeutung können Bürger*innen direkt Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen (della Porta & Diani, 2006: 240). Als einflussreicher Begründer der direkten Demokratie gilt der französische Philosoph und Schriftsteller Jean Jacques Rousseau (1712–1778), welcher direkte Demokratie als authentischste Interpretation des Demokratiebegriffs versteht (Schmidt, 2019: 67). Rousseau strebt nach der Freiheit aller Bürger*innen und vertritt die Idee eines homogenen, allgemeinen Volkswillens, der durch die Mehrheit gebildet wird (Kost, 2013; Schmidt, 2019). Er spricht jedem Gesetz, das nicht durch den absoluten Volkssouverän beschlossen wurde, jegliche Legitimität ab und schließt somit Repräsentation aus (vgl. Kost, 2013; Schmidt, 2019).

Die Umsetzbarkeit dieser radikalen Vorstellungen einer direkten Demokratie auf staatlicher Ebene wird in den Sozialwissenschaften grundlegend in Frage gestellt.

Robert Dahl (1994) argumentiert, dass ab einer Personenanzahl von mehr als 1000 Menschen Repräsentation unumgänglich ist und führt das sogenannte „*demokratische Dilemma*“ an. Es beschreibt den Trade-Off zwischen Effektivität und Legitimität begründet dadurch, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten jeder Person größer sind, je weniger Beteiligte involviert sind (Newig, 2011: 494). Daraus resultiert eine höhere Zurechenbarkeit der Entscheidungen und Legitimität bei kleineren Gruppen. In Reinform ist eine direkte Demokratie auch in keiner Verfassung zu finden. Selbst die Schweiz erfüllt nicht diese Vorstellungen (Kost, 2013: 26). Weiters stehen fehlende Grundrechte und der fehlende Schutz vor der Staatsgewalt in der Kritik (Schmidt, 2019: 81). Direkte Demokratie wird auch aufgrund der Beeinflussbarkeit des Volkes durch Demagogen kritisiert, wodurch Demokratien destabilisiert werden können; wobei dieses Argument laut Merkel & Ritzi (2017: 12) nicht mehr haltbar ist.

In aktueller Literatur werden die offensichtlichen Grenzen einer ausschließlich direkten Demokratie kaum

in Frage gestellt. Dennoch ist das Konzept nicht aus dem Demokratiediskurs verschwunden, sondern wurde vielmehr angepasst und weiterentwickelt. Kost (2013: 24) bezeichnet direkte Demokratie als „Zusammenspiel von unterschiedlichen in den jeweiligen Verfassungen und Gesetzen festgeschriebenen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten“, wodurch Bürger*innen „unmittelbare Einwirkung in einem politischen System auf eine bestimmte Entscheidung“ ermöglicht wird. Massing & Bergem (2005) sehen direkte Demokratie vielmehr als eine Ergänzung einer repräsentativen Demokratie. In Deutschland werden direktdemokratische Elemente auf Gemeinde-

und Länderebene in Form von Bürger*innen- bzw. Volksbegehren und -entscheiden, direkten Wahlen von Bürgermeister*innen und Landrät*innen, Volksinitiativen und Bürger*innenanträgen häufig eingesetzt (Kost, 2013; Massing & Bergem, 2005: 22). Diese weisen jedoch einen nicht-bindenden Charakter auf (Kost, 2013: 25) und auf bundesstaatlicher Ebene spielt direkte Demokratie in Deutschland keine Rolle (Schmidt, 2019: 354). Die aktuelle Demokratieform Deutschlands weicht somit weit von ursprünglichen Vorstellungen der direkten Demokratie ab.

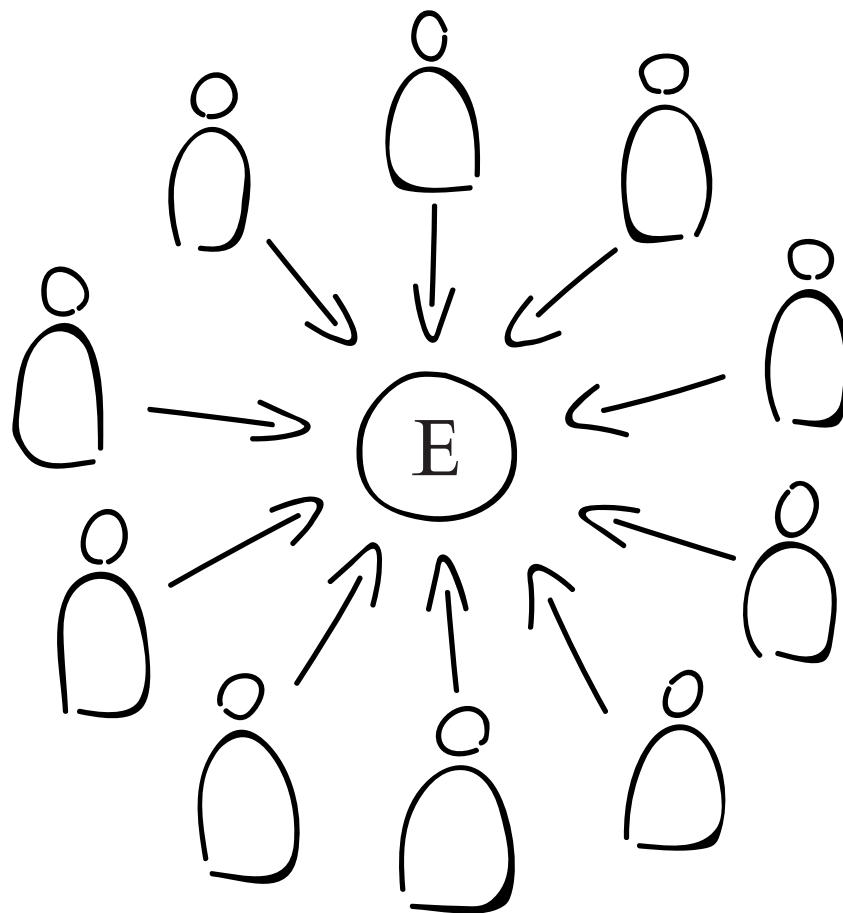


Abbildung 1: Mechanismus direkte Beteiligung (eigene Darstellung)

Der Mechanismus direkter Beteiligung kennzeichnet sich dadurch, dass alle Personen eines Systems aktiv bei Entscheidungen (E) mitwirken können, siehe

Abbildung 1. In einem idealen Setting trifft das auf alle Entscheidungen zu. In welcher Form, ob z.B. durch Wahlen oder Konsensfindung, wird nicht definiert.

2.1.2 Repräsentative Demokratie

Die dominante Regierungsform im angloamerikanischen und europäischen Raum stellt heutzutage die *repräsentative Demokratie* dar (vgl. Schmidt, 2019: 529ff). Konkret wird diese als liberal-repräsentative Demokratie bezeichnet (vgl. Schmidt, 2019). Unter Repräsentation wird in dieser Arbeit vereinfacht die Vertretung von Interessen der Bürger*innen im politischen Prozess durch Repräsentant*innen verstanden. Durch periodisch stattfindende, freie Wahlen wird Repräsentant*innen Regierungsmacht durch das Volk zugewiesen (Decker, 2016: 59). Laut Meyer (2009: 83) hat sich im 19. und 20. Jahrhundert das Prinzip der Repräsentation als größtmögliche Annäherung an demokratische Ideale behauptet und eine Verbreitung von Demokratie als Staatsform überhaupt erst ermöglicht. Für Meyer (2009: 83) ist eine direkte Demokratie auf nationalstaatlicher Ebene aus technisch-organisatorischen Gründen ausgeschlossen und Repräsentation daher unumgänglich.

Bohne & Bukow (2018: 5) beschreiben Parlamente und Parteien als Orte „an denen gesellschaftliche Komplexität strukturiert übersetzt und miteinander verhandelt werden kann“. Im Gegensatz zur direkten Demokratie ermöglicht Repräsentation eine Wahrung von Minderheitsinteressen (Bohne & Bukow, 2018: 5). Lidskog & Elander (2007: 90) nennen als Aufgabe von Repräsentant*innen die Verantwortungsübernahme von Personen, die Schwierigkeiten haben ihre Bedürfnisse selbst zu artikulieren, wie Kinder, beeinträchtigte oder marginalisierte Personen.

Ob die aktuelle Form der repräsentativen Demokratie diesen Ansprüchen gerecht wird, wird vielfach in Frage gestellt – auch von sozialen Bewegungen (Maeckelbergh, 2011b: 346). Eine zentrale Kritik ist, dass die aktuellen demokratischen Strukturen gemeinsam mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem entstanden sind und die zentralisierte, hierarchische Macht in erster Linie zur Unterstützung funktionierender, ausbeuterischer ökonomischer Beziehungen dient, durch die kapitalistische Interessen in den Vordergrund gerückt werden (Maeckelbergh, 2011b: 346). Ausbeutung durch Länder des globalen Nordens sichern eine ressourcenintensive, „imperiale Lebensweise“ und einen dadurch geschaffenen Lebensstandard, auf Kosten von Ländern des globalen Südens und zukünftiger Generationen (vgl. Brand & Wissen, 2017).

Weitere Kritik an der aktuellen Form der repräsentativen

Demokratie besteht darin, dass Parteien und Parlamente kein repräsentatives Abbild der Bevölkerung hinsichtlich „Alter, Bildung, Tätigkeit, sozioökonomischem Status, Migrationshintergrund und Geschlecht“ darstellen (Bohne & Bukow, 2018: 9). Beispielsweise sind Frauen im deutschen Bundestag stark unterrepräsentiert (vgl. Höhne, 2019). Ungeachtet der fehlenden Repräsentation sind große Personengruppen zum Teil nicht wahlberechtigt. In Deutschland sind beispielsweise Drittstaatsangehörige und vielfach Menschen mit Beeinträchtigung vom Wahlrecht ausgeschlossen, unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland (BMI, 2020a; Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., 2021)

In Anbetracht der Klimakrise drängt sich die Frage auf, inwiefern in aktuellen Ausprägungen repräsentativer Demokratie globale und intergenerationelle Gerechtigkeit sowie nicht-menschliche Lebensformen berücksichtigt werden (Lidskog & Elander, 2007). Um innerhalb einer repräsentativen Demokratie eine Balance diverser Bedürfnisse zu schaffen, fordern Lidskog & Elander (2007) u.a. auch eigene Vertreter*innen für nicht-menschliche Lebensformen. Weiters kritisiert Maeckelbergh (2011b: 356), dass der Größenmaßstab und die Diversität der Interessen in unserer heutigen Gesellschaft ein Problem für die repräsentative Demokratie darstellen. Das dominante Paradigma, wodurch vielfältige Interessen durch eine Idee oder Lösung vertreten werden können, führt zur Exklusion all jener, die nicht in das aktuelle einheitliche Konstrukt passen (Maeckelbergh, 2011b: 356). Die Legitimation und Glaubwürdigkeit von ausschließlich hierarchischer politischer Steuerung und durch Expert*innen wird dahingehend angezweifelt (Heinrichs, 2005).

Angesichts dieser Kritik fordern soziale Bewegungen eine grundlegende Reform und eine konsequente Implementierung direkt-demokratischer Mechanismen (della Porta & Diani, 2006: 239f; Kitschelt, 1993). Eine funktionierende Demokratie lebt von aktiver Mitwirkung durch Bürger*innen (Kost, 2013: 9) und diese muss durch die Übertragung von Verantwortungen gefördert werden (vgl. della Porta & Diani, 2006). Repräsentative staatliche Institutionen werden dahingehend in Frage gestellt (Pichler et al., 2020: 197) und Konföderalismus (vgl. Bookchin, 1990) beziehungsweise eine Räte-demokratie (vgl. Kost, 2013: 31f) als alternative Systeme postuliert. Gesellschaftliche Steuerung findet bei diesen Konzepten durch ein Netzwerk von administrativen Räten auf Dorf-

bzw. Stadtebene statt. Delegierte werden von lokalen Gruppen in lokalen Sitzungen für spezifische Aufgaben gewählt und können jederzeit abgewählt werden (Bookchin, 1990: 7). Diese Organisationsformen werden der direkten Demokratie zugeordnet, nutzen jedoch den Mechanismus der Repräsentation.

Aufbauend auf dem eben beschriebenen Spannungs-

feld sind zwei weitere Demokratietheorien entstanden, welche eine differenziertere Auseinandersetzung ermöglichen - die partizipative und deliberative Demokratietheorie (vgl. della Porta, 2006). Schmidt, (2019: 228) bezeichnet diese als die zwei Arten beteiligungsfreundlicher Demokratietheorien, welche eine „politische Beteiligung möglichst vieler an möglichst vielem“ anstreben.

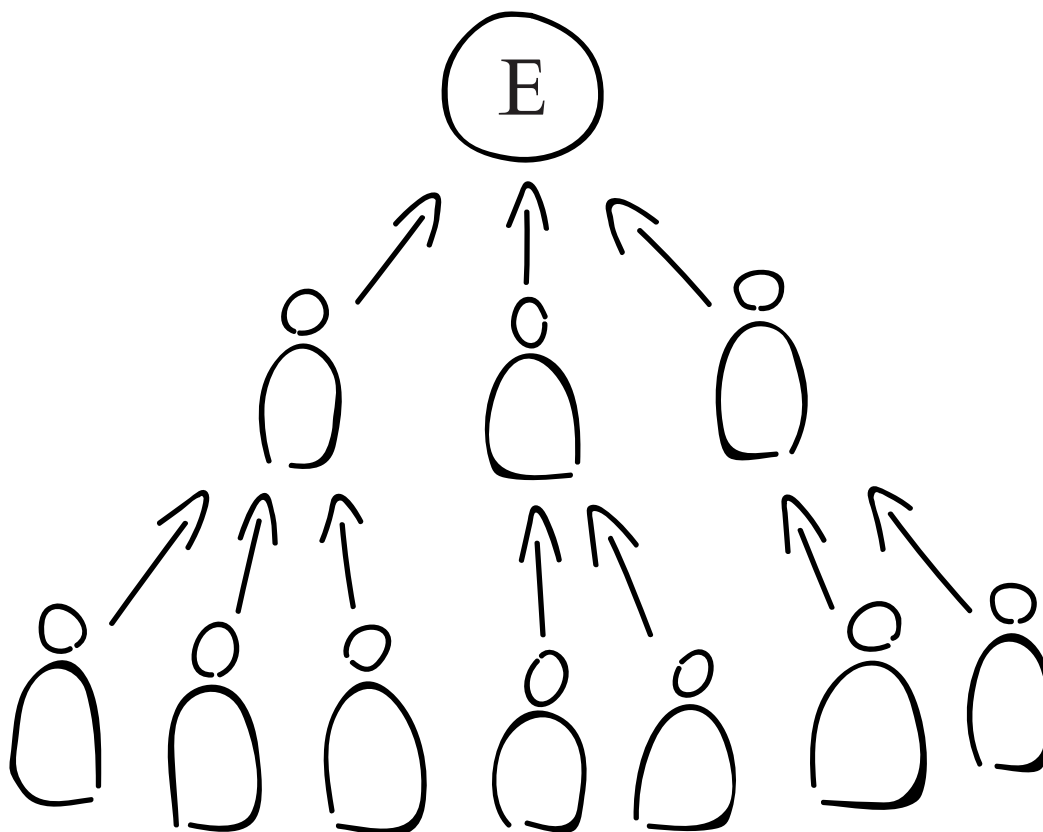


Abbildung 2: Mechanismus Repräsentation (eigene Darstellung)

In dieser Arbeit wird mit dem Mechanismus Repräsentation idealerweise die Vertretung von allen Personen innerhalb eines Systems, Interessen zukünftiger Generationen sowie nicht-menschlicher Lebensformen in Entscheidungsprozessen auf übergeordneter Ebene

verstanden. Repräsentant*innen sollen in ihrer Zusammensetzung und Haltung möglichst die Diversität¹ aller repräsentierten Akteur*innen widerspiegeln und in deren Sinne agieren.

¹ Der Verein Charta der Vielfalt e. V. (2021) bietet zur Charakterisierung von Diversität folgende Dimensionen an: Alter, Ethnische Herkunft und Nationalität, Geschlecht und geschlechtliche Identität, körperliche und geistige Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexuelle Orientierung und soziale Herkunft.

2.1.3 Partizipative Demokratie

Partizipation ist ein vieldiskutierter Begriff. In der Literatur zu Partizipation lassen sich unterschiedliche Haltungen identifizieren, in welcher Ausprägung diese stattfinden soll. So unterscheidet Arnstein (1969) zwischen acht verschiedenen Stufen der Partizipation, von der schwächsten Form, der *Manipulation*, bis zur höchsten, der *Kontrolle* durch Bürger*innen. Laut Arnstein (1969) wird nur bei den obersten Stufen, *Partnerschaft*, *Machtübertragung* und *Bürger*innenkontrolle* oder *Selbstverwaltung*, den Bürger*innen tatsächliche Gestaltungsmacht zugesprochen. Obwohl in der aktuellen Literatur ein differenzierterer Zugang - je nach Ansprüchen der jeweiligen Vorhaben - gefordert wird (Schauppenlehner-Kloyber & Penker, 2016: 2), findet die „*Stufenleiter der Partizipation*“ immer noch in zum Teil abgewandelter Form, Anwendung bei der Einordnung von Partizipationsverfahren.

Elstub (2018) und Pateman (1970) postulieren, dass Partizipation auf direkten Maßnahmen durch Bürger*innen basiert, welche Entscheidungen treffen, die ihr Leben beeinflussen. Elstub (2018: 5) unterscheidet zwischen Entscheidungsprozessen, bei denen Partizipation durch Bürger*innen ein integraler Bestandteil ist und jenen, wo die Entscheidungsmacht bei Repräsentant*innen liegt.

Im Gegensatz zu diesem impliziten Ausschluss von Repräsentation im Partizipationskontext nennt Newig (2011: 487) Repräsentation als ein Element, um Partizipation zu charakterisieren. Partizipation liegt dann vor, wenn Personen mit legitimen Anliegen ausreichend repräsentiert werden (Newig, 2011: 487).

Von Vertreter*innen partizipativer Demokratieformen werden verschiedene Argumente für Partizipation geliefert, welche meist an der Kritik an repräsentativer Demokratie anschließen. Newig (2011: 489ff) fasst diese in drei Kerndiskurse zusammen: Zum Ersten: „*Emanzipation*“; „die Befreiung aus Zuständen der Abhängigkeit bzw. Ungleichheit, mit dem Ziel, Selbstbestimmung zu erlangen. Durch Mitbestimmung aller Bevölkerungsschichten können demnach sozio-ökonomische Ungleichheiten reduziert werden (Macpherson, 1990: 94). Zum Zweiten: „*Demokratische Legitimität*“; basierend auf der Annahme, dass Partizipation mehr Transparenz und Kontrolle staatlicher Organe ermöglicht. Elstub (2018: 4) führt das Argument an, dass partizipative Demokratie eine authentischere Form der Demokratie darstellt, da Personen direkt ihre eigene

Lebenswelt mitgestalten können. Zum Dritten: „*Effektivität*“; die Einbeziehung von Erfahrungswissen und Perspektiven verschiedener Akteure kann in vielen Fällen die Qualität von Entscheidungen verbessern und für höhere Akzeptanz sorgen (Newig, 2011: 491; Renn, 2005: 227). Elstub (2018) betont weiters mit dem Begriff „*schools of democracy*“ den bildenden Charakter von Partizipation, wodurch Bürger*innen informiert und sensibilisiert werden.

Im Gegensatz zu diesen positiven Wirkungen steht Partizipation auch vielfach unter Kritik. Folgend werden zentrale Kritikpunkte erläutert. Prägend ist die Kritik von Arnstein (1969), welche sich in erster Linie auf Top-Down-Prozesse mit ritualisiertem Charakter bezieht. Aus Sicht von Arnstein (1969: 216), wurde stigmatisierten Personengruppen im Rahmen von Partizipationsprozessen, im Kontext der 60er Jahre in den USA, meist keine tatsächliche Gestaltungsmacht übertragen. Partizipation wird theoretisch weitgehend als positiv und erstrebenswert betrachtet, in der Praxis jedoch ohne tatsächlicher Machtzugeständnisse für Betroffene umgesetzt (Arnstein, 1969). Des Weiteren verweist Newig (2011, 487ff) auf die Gefahr von Lobbying, im Falle, dass Menschen mit legitimen Interessen nicht ausreichend repräsentiert sind. Eine allgemein gültige Antwort auf die Frage, wer in einem Beteiligungsprozess involviert werden sollte, kann die Literatur nicht liefern, weshalb diese immer wieder Kern der Kritik ist. Das bereits genannte „*demokratische Dilemma*“ (Dahl, 1994) lässt sich auch mit diesem Spannungsfeld in Verbindung bringen, da mit zunehmender Anzahl der Beteiligten die Mitwirkungsmöglichkeit Einzelner sinkt. Diese Argumente stellen jedoch nicht Partizipation per se in Frage, sondern ihre Umsetzung.

Cooke & Kothari (2001) hingegen spitzen die grundsätzliche Kritik an Partizipation zu, indem sie diese als Tyrannei bezeichnen. Demnach wird Machtkonzentration bei Eliten reproduziert, weil diese verbesserte Möglichkeiten vorfänden, sich in Partizipationsprozesse einzubringen (Korf, 2005: 226). Gethmann (2005: 33) erkennt Partizipation nur als legitim an, wenn unmittelbar Betroffene zur Verbesserung der Planungs rationalität involviert werden, wodurch sich Beteiligung auf lokale Projekte beschränkt. Im Unterschied zur Partizipation können an demokratischen Wahlen alle wahlberechtigten Bürger*innen ihre Stimme in den politischen Willensprozess integrieren (Gethmann, 2005: 33).

Deshalb lautet das Argument von Gethmann (2005: 33), dass durch Partizipationsprozesse demokratisch legitimierte Institutionen umgangen werden. In Reaktion auf diese grundsätzliche Kritik betont Renn (2005: 228), dass es vor allem um die Frage geht, wie durch Partizipation „*Entscheidungsfindung im Sinne der Reflexion über Folgewissen und Wünschbarkeit von Folgen verbessert werden kann*“. Unreflektierte Forderungen sowohl für als auch gegen Partizipation werden von Renn (2005) dahingehend abgelehnt.

Partizipative Demokratie wird, im Gegensatz zu radikaleren Forderungen mancher Vertreter*innen der direkten Demokratie, nicht als grundlegende Infragestellung liberaler, repräsentativer Institutionen verstanden, sondern vielmehr als eine notwendige Ergänzung (Pichler et al., 2020: 195). Durch die (theoretisch) gleiche Gewichtung unterschiedlicher Fähigkeiten, Talente und Interessen, kommt eine partizipative Demokratie den Ansprüchen einer egalitären Gesellschaft näher (Polletta, 2004: 2ff).

Unterschiedliche Ausprägungen des Partizipations-Diskurses lassen sich dadurch erklären, dass sich der in der Literatur stärker etablierte *Top-Down-Diskurs*, (Newig, 2011: 491), Einbindung der Zivilgesellschaft durch politische Entscheidungsträger*innen, vom *Bottom-Up* Zugang, initiiert durch die Zivilgesellschaft, unterscheidet. Letzterer deckt sich auf gesellschaftspolitischer Ebene mehr mit dem radikalen Verständnis von Partizipation sozialer Bewegungen und lässt sich schwer von den Vorstellungen direkter Demokratie unterscheiden. Zur Klassifizierung von Partizipationsprozessen bietet Newig (2011: 488) in Anlehnung an Fung (2006) drei Dimension an, welche auch für die Analyse von Prozessen innerhalb sozialer Bewegungen relevant sind: Erstens: „*die Art, Richtung und Intensität der Informationsflüsse*“; zweitens: „*die Stärke des Einflusses auf die zu treffenden Entscheidungen, der den Beteiligten gewährt wird*“; und drittens: „*der Kreis der beteiligten Personen*“.

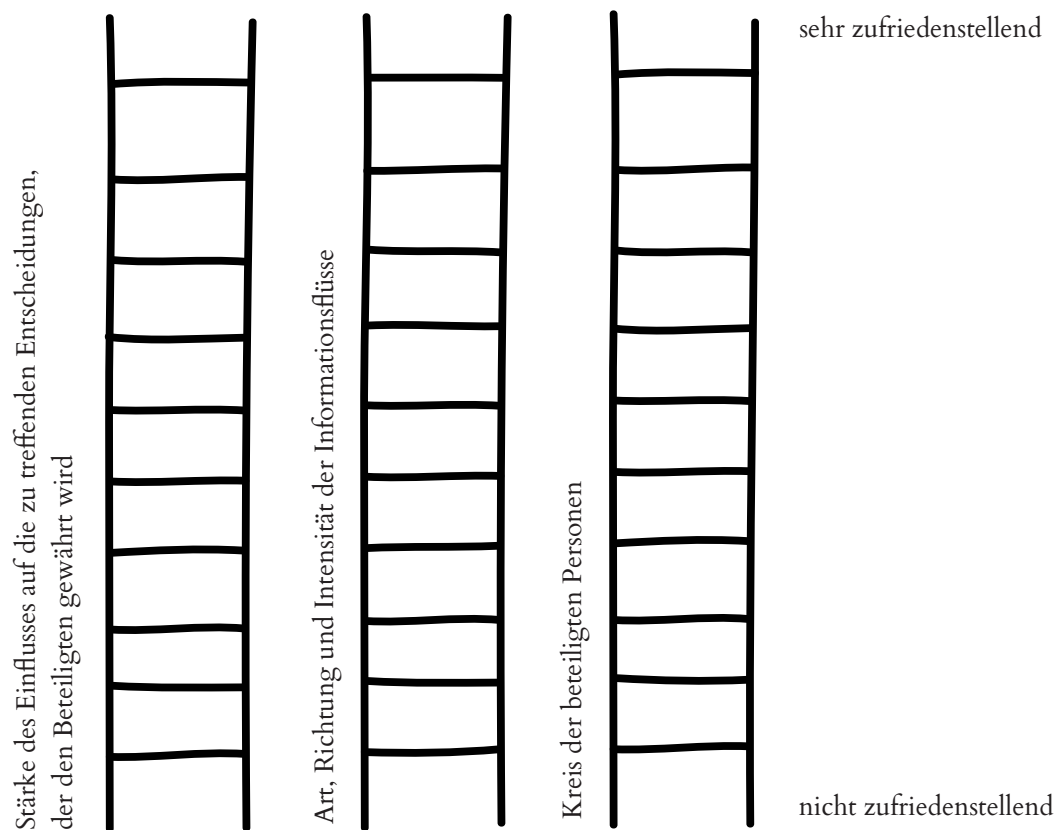


Abbildung 3: Dimensionen der Partizipation nach Newig (2011), in Anlehnung an die Partizipationsleiter nach Arnstein (1969) (eigene Darstellung)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der Partizipationsbegriff aufgrund seiner verschiedenen Formen und Ausprägungen schwer definieren lässt. Im Top-Down-Diskurs, wo auch der Begriff Bürger*innenbeteiligung Anwendung findet, werden eine Reihe von Methoden angeführt (vgl. Nanz & Fritsche, 2012). In dieser Arbeit liegt der Fokus auf Bottom-up-Partizipation sozialer Bewegungen, welche am ehesten der höchsten Stufe der Partizipation, der Selbstverwaltung, entspricht. Dennoch kann auch hier intern Partizipation in verschiedensten Ausprägungen stattfinden und der Methodenpool der Bürger*innenbeteiligung als geeignetes Repertoire dienen. Eine grafische Darstel-

lung der verschiedenen Formen von Partizipation ist jedoch aufgrund der hohen Komplexität und Vielfalt für diese Arbeit nicht zielführend. Die drei Dimensionen nach Newig (2011: 488) erscheinen hierbei als geeignetste Grundlage, den Mechanismus der Partizipation zu beschreiben. Diese geben weniger normative Ideale vor, sondern weisen vielmehr einen beschreibenden Charakter auf. Als ideale Form der Partizipation gilt jene, welche den Bedürfnissen der Beteiligten im jeweiligen Kontext am besten entspricht. Abbildung 3 stellt das Ausmaß dar, inwiefern die jeweiligen Dimensionen den Bedürfnissen involvierter Personen entsprechen.

2.1.4 Deliberative Demokratie

Laut Elstub (2018: 1) herrscht ein weitgehender Konsens, dass *deliberative Demokratie* aus der partizipativen Demokratie entstanden ist. Oft werden beide Konzepte miteinander vertauscht, was sich auf die Gemeinsamkeit in ihrer Kritik an der liberalen Demokratie zurückführen lässt (Elstub, 2018: 1). Auch deliberative Demokratie versteht sich im Kontext liberaler, repräsentativer Institutionen (Pichler et al., 2020: 195). Deliberative Demokratie unterscheidet sich von der partizipativen Demokratie dadurch, dass sie ausschließlich auf einem Kommunikationsprozess, dem Austausch von Argumenten und öffentlichen Debatten, welche im Vorfeld von Entscheidungen stattfinden, aufbaut (Elstub, 2018: 7). Obwohl Deliberation eine wichtige Form der Partizipation darstellt, existieren Partizipationsformen, welche theoretisch ohne Deliberation auskommen, wie zum Beispiel Wahlen, Mobilisierung oder Protest (Brown, 2018: 2).

Als Begründer der deliberativen Demokratie wird vielfach Jürgen Habermas (Habermas, 2018) genannt. Deliberation wird in seinem Sinne als offene und begründete Argumentation ohne Manipulation und Ausübung von Macht verstanden (Bächtiger et al., 2018: 5; Bäckstrand et al., 2010: 2; Pichler et al., 2020: 196). Wichtig für gute Deliberation sind weiters: Gleichwertigkeit aller Beteiligten, Respekt, Orientierung am Gemeinwohl unter Berücksichtigung individueller Bedürfnisse sowie Ehrlichkeit (Bächtiger et al., 2018: 4ff). Deliberation impliziert das Abwägen und Reflektieren von Präferenzen, Werten und Interessen in Bezug auf ein öffentlich relevantes Thema (Bächtiger et al., 2018: 2). Für den öffentlichen Diskurs fordert deliberative Demokratie eine Kommunikationsstruktur und -kultur, die argumentative Verständigungsprozesse ermöglicht (Meyer, 2009: 78). Eine besondere Bedeutung haben dahingehend argumentative Qualitätsmedien (Meyer, 2009: 78). Im Gegensatz zu anderen Demokratietheorien, welche den Fokus auf politische Vorgänge und Machtstrukturen legen, ist Politik gemäß deliberativer Demokratietheorie das Resultat einer „*fairen, verständnisorientierten Beratschlagung*“ (Schmidt, 2019: 228).

Laut Pateman (2012: 8) ist Deliberation für jede Form von Demokratie ein zentrales Element. Deliberative Prozesse können emanzipierend wirken, bessere Entscheidungen ermöglichen und die Legitimität von Politik erhöhen (Bäckstrand et al., 2010: 17; Barber, 1984: 205). Diskussionen ermöglichen Selbstreflexion, Wissenserwerb und Bedürfnisse und Positionen anderer können besser verstanden werden (Barber, 1984).

Im Gegensatz dazu bezeichnet Bäckstrand et al. (2010: 18) auf politischer Ebene das Ideal eines deliberativen Prozesses auf Augenhöhe und ohne Manipulation als naiv und gefährlich utopisch. Machthierarchien, der starke Einfluss von Interessensgruppen oder von Marktmechanismen werden in dem Diskurs vielfach ignoriert (Bächtiger et al., 2018: 18; Bäckstrand et al., 2010: 17). Auch die Annahme, dass Bürger*innen in einer theoretisch idealen Situation prinzipiell vernunftbasiert agieren und ihre kognitiven Fähigkeiten einsetzen und hinreichend Motivation aufbringen, wird in Frage gestellt (Bächtiger et al., 2018; Schmidt, 2019). So neigen Menschen häufig dazu, sich in schwierigen und komplexen Situationen der Verantwortung zu entziehen (Ryfe, 2005: 51). Ob Deliberation gebildete, tolerante und partizipierende Bürger*innen hervorbringt, lässt sich empirisch nicht eindeutig bestätigen, sondern stellt aktuell eher eine Ausnahme dar (Ryfe, 2005: 49).

Mit dem Konzept der partizipatorischen deliberativen Demokratie kombiniert Elstub (2018: 5) diese beiden Demokratietheorien, wodurch Bürger*innen gemeinsam auf Basis eines deliberativen Prozesses entscheiden. Dies ermöglicht, die jeweiligen Vorteile der Theorien zu kombinieren und Schwächen aufzuwiegen. Laut Elstub (2018: 6) ergänzt Partizipation die deliberative Demokratietheorie um den Faktor, dass alle Betroffenen und alle Argumente in den Diskurs eingebunden werden. Durch Deliberation gewinnt das Konzept der partizipativen Demokratie an Klarheit, der bildende Effekt wird verbessert und Ungleichheiten werden durch einen öffentlichen Diskurs reduziert.

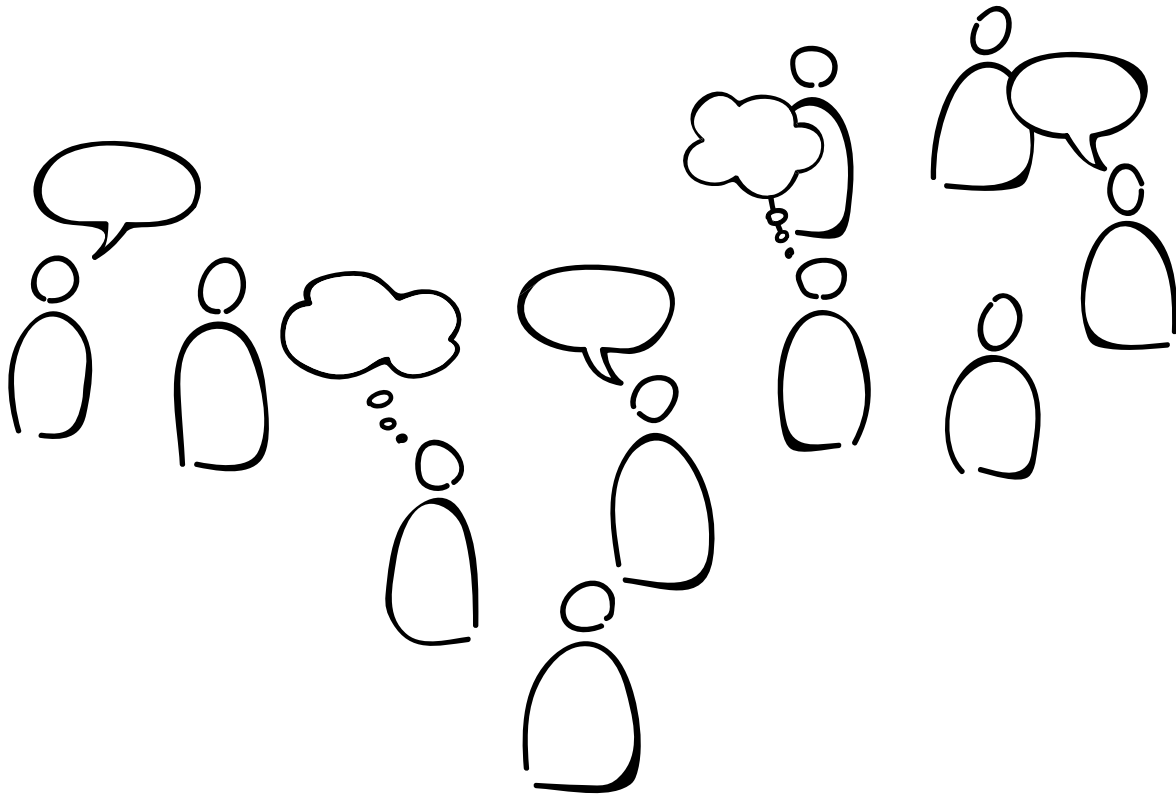


Abbildung 4: Mechanismus Deliberation (eigene Darstellung)

Der Mechanismus *Deliberation* wird, gemäß Habermas, als offene und begründete Argumentation ohne Manipulation und Ausübung von Macht verstanden. In einem

idealen Setting spielen somit im Diskurs Hierarchien und Diskriminierung keine Rolle, alle Beteiligten können ihre Gedanken und Bedürfnisse frei kommunizieren.

2.1.5 Resümee

In diesem Kapitel wurden die Mechanismen: direkte Mitbestimmung, Repräsentation, Partizipation und Deliberation und Ideen zu deren idealer Umsetzung erläutert. Die eben beschriebenen Demokratietheorien boten einen Einblick, wie sich der Demokratiebegriff entwickelte. Ausgehend von dominanten direktdemokratischen Vorstellungen wurde erst durch Repräsentation *Demokratie* die zentrale Herrschaftsform vieler Länder. Auch wenn direkte Mitbestimmung aller Bürger*innen an allen Entscheidungen der ursprünglichen Demokratie-Definition entspricht, ist dieses Konzept nicht ansatzweise in größeren Gruppen, Organisationen oder Staaten umsetzbar. *Repräsentation* wurde deshalb von ihren Vertreter*innen als aktuell best-möglicher Kompromiss angesichts dieser praktischen Einschränkungen bezeichnet. Der Wunsch nach *Partizipation* und verschiedenen Formen der Beteiligung entstand durch deutliche Missstände innerhalb repräsentativer Demokratien, um schließlich um den Aspekt der *Deliberation* ergänzt zu werden. Partizipation und Deliberation sind Bestrebungen, sich dem demokratischen Ideal wieder mehr anzunähern. Eine trennscharfe Abgrenzung ist aufgrund der zum Teil umstrittenen Definitionen nicht möglich. Auch werden im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs diese Formen meist zusammengedacht und weniger als Gegensätze betrachtet.

Inwiefern Mechanismen der direkten, partizipativen und deliberativen Demokratie als realistisch empfunden werden und auch tatsächlich Anwendung finden können, unterliegt einem stetigen Wandel. Krainz und Krainz (2019a: 4) bezeichnen gelebte Demokratie als langwierigen Prozess, welcher auf ständiges Aushandeln angewiesen ist. „*Autocracy is imposed upon the individual. Democracy he has to learn.*“ (Lewin et al. 1939: 82, zitiert nach Krainz und Krainz 2019a: 3). Ausgehend von dieser Annahme könnten aktuell als utopisch wahrgenommene Arbeitsweisen in Zukunft möglicherweise Anwendung finden. Die Lernfähigkeiten von Gruppen bezüglich demokratischer Entscheidungsfindung und Organisationsentwicklung lässt sich sowohl historisch (vgl. Maeckelbergh, 2011a) als auch durch den Vergleich verschiedener Gruppen und Organisationen darstellen (vgl. Leach, 2016). Diese Argumentationslinie sollte keinesfalls organisationssoziologische und gruppenpsychologische Grenzen negieren, sondern vielmehr dazu ermutigen, mit einer demokratieoptimistischen Haltung aktiv diese Grenzen auszutesten und Erfahrungswissen in den weiteren Interaktionsprozess zu integrieren, um sich schrittweise demokratischen Idealen anzunähern. Welche Rolle soziale Bewegungen in dieser Hinsicht spielen, wird im folgenden Kapitel erläutert.

2.2 Bewegungsforschung

In den letzten Jahren wurde in den Medien vielfach von wachsenden sozialen Bewegungen berichtet. Begriffe wie zum Beispiel „*Black Lives Matter*“, „*Belarus-Proteste*“, „*Hongkong-Proteste*“, „*#MeToo*“ oder „*Querdenker*“ sind mittlerweile weit verbreitet und stehen für den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen politische

Maßnahmen und/oder herrschenden Machtstrukturen. Dieses Kapitel dient einerseits dazu, die Relevanz von sozialen Bewegungen für Demokratien darzustellen und illustriert weiters die Entstehungsgeschichte der Klimagerechtigkeitsbewegung.

2.2.1 Was bedeutet „Bewegung“?

Sowohl Rootes & Brulle (2013) als auch della Porta & Diani (2006) bezeichnen Bewegungen als lose und nichtinstitutionalisierte Netzwerke informaler Interaktion mit gemeinsamen Werten, die versuchen, durch politische Teilhabe ihre gemeinsamen politischen Ziele umzusetzen. Laut Tarrow (2011: 6) kennzeichnen sich soziale Bewegungen dadurch, dass sie langfristig in der Lage sind, Widerstand gegen politische Gegner aufrecht zu halten, z.B. in Form von kollektiven Aktionen. Organisierte und individuelle Akteur*innen arbeiten in Richtung gemeinsamer Ziele und können trotzdem ihre Autonomie und Unabhängigkeit behalten (della Porta & Diani, 2006: 21). Durch die autonome Struktur entstehen vielfältige Möglichkeiten für Individuen, eine politisch wichtige Rolle einzunehmen (della Porta & Diani, 2006: 21). Das impliziert jedoch auch, dass kein*e Einzelak-

teur*in für die gesamte Bewegung sprechen kann (della Porta & Diani, 2006: 21). Das Definieren von gemeinsamen Zielen und Strategien ist ein ständiges Aushandeln und findet in der Regel innerhalb von Organisationen statt (della Porta & Diani, 2006: 21). Organisationen sind daher ein wichtiger Teil innerhalb von sozialen Bewegungen und übernehmen noch weitere Funktionen wie Koordination, Bewerben und Aufrechterhalten kollektives Handeln, Anbieten von Services für Mitglieder, Mobilisierung von Ressourcen, Koordination sowie das Auswählen und Ausbilden von Mitgliedern (Scott, 1981: 9, zitiert nach della Porta & Diani, 2006: 137). Organisationen, als Teil von sozialen Bewegungen, werden vielfach als „*Social Movement Organisations*“ (SMOs) bezeichnet (della Porta & Diani, 2006: 140).

2.2.2 Demokratiepolitische Bedeutung sozialer Bewegungen

Meyer & Tarrow (1998) verdeutlichen mit dem Begriff „*Social Movement-Society*“ (SMO) die Relevanz von sozialen Bewegungen in westlichen Industrieländern. Das Konzept „*Social Movement Society*“ beschreibt zwei Phänomene. Zum einen die Tatsache, dass sich mehr und mehr Menschen unkonventioneller Formen der politischen Teilhabe bedienen, zum anderen, dass diese Formen zur Normalität werden (Tarrow, 2011: 117). Soziale Bewegungen gelten somit nicht als temporäre Phänomene, sondern als integraler und prägender Bestandteil unserer Gesellschaft. Della Porta & Diani (2006: 8ff) betonen ebenfalls den starken Einfluss sozialer Bewegungen auf aktuelle gesellschaftspolitische Zustände und ihren Beitrag zur Demokratisierung unserer Gesellschaft. Sie greifen vor allem dort ein, wo der Markt und das herrschende politische System darin

versagen, Bedürfnisse der Zivilgesellschaft ausreichend zu berücksichtigen. Krainz und Krainz (2019a) verweisen weiters auf die Bedeutung des *bottom-up-Prinzips* für eine Demokratie und betonen in diesem Zusammenhang den notwendigen Beitrag von sozialen Bewegungen an der Gestaltung der Gesellschaft. Darüber hinaus können SMOs durch die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen direkt Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen (della Porta, 2009: 101f). Della Porta (2009) beobachtet in ihrer Untersuchung der globalisierungskritischen Bewegung, dass SMOs durch verschiedene Strategien diese Form der Einflussnahme nutzen.

Amenta et al. (2010) analysierten zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, die sich mit der Frage beschäftigten, inwiefern soziale Bewegungen im Vergleich zu anderen Akteuren tatsächlich Einfluss auf das politi-

sche System haben. Die Wahrnehmung reicht von sehr einflussreich bis zur grundsätzlichen Infragestellung der Wirksamkeit sozialer Bewegungen (vgl. Amenta et al., 2010). Aufgrund der vielfältigen Erscheinungsformen sozialer Bewegungen und der Komplexität des politischen Systems lassen sich diesbezüglich schwer grundsätzliche Aussagen treffen. Der Einfluss, der von sozialen Bewegungen ausgeht, gilt daher als sehr kontextabhängig.

Angesichts der Klimakrise bedarf es aufgrund der Dringlichkeit einer nachhaltigen Transformation laut Ripple et al. (2017: 1026f) verschiedenster Ansätze. Neben der Bedeutung von Akteur*innen und Maßnahmen in Politik und Wirtschaft nennen Ripple et al. (2017: 1026f) auch die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Drucks. Von Seiten der Wissenschaft werden vielfach Warnungen kommuniziert, dass politische Maßnahmen nicht ausreichen, um für unsere Gesellschaft existentiell notwendige Lebensgrundlagen zu erhalten, wodurch sozialen Bewegungen eine besondere Rolle zukommt (vgl. Hagedorn et al., 2019). Weiters kritisiert Maeckelbergh (2011b: 352) das dominante Paradigma im politischen Diskurs, wonach uniforme Lösungen und Zustimmung angestrebt werden. Diese können nicht vielfältige Bedürfnisse erfüllen und stehen somit in Konflikt mit den demokratischen Werten von Gleichheit und Inklusion (Maeckelbergh, 2011b: 352). Vielfältige Bedürfnisse und Interessen erfordern multiple Lösungen. Akzeptanz von Dissens und Protest sowie das Streben nach Diversität sind wichtige Elemente einer Demokratie (Maeckelbergh, 2011b: 352). Smith (2004) bezeichnet Formen des Protestes auch außerhalb des gesetzlich legalen Rahmens als gerechtfertigt, wenn Deliberation exklusiv oder manipulativ ist oder Bürger*innen unzureichend informiert werden. Soziale Bewegungen leisten durch die

Entwicklung international verflochtener, partizipativer, netzwerkbasierter Strukturen einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung inklusiver Lösungsfindung (Maeckelbergh, 2011b: 347, 357). Durch komplexe Verflechtungen auf lokalen bis internationalen Ebenen mittels abwählbarer Repräsentant*innen können partizipativ Entscheidungen mit globalen Auswirkungen getroffen werden (Maeckelbergh, 2011b: 347).

Wie im vorherigen Kapitel erwähnt, argumentieren Krainz und Krainz (2019a: 4), dass Demokratie per se ein Lernprozess ist. Demokratie hängt somit nicht nur von der richtigen Organisationsstruktur und Entscheidungsfindungsmethode ab, sondern auch von Erfahrungen und Fähigkeiten der Beteiligten. Durch das Schaffen von Diskussionsräumen und durch ihre Öffentlichkeitswirkung, z.B. durch Proteste, Foren oder Camps wirken soziale Bewegungen im Sinne einer deliberativen Demokratie (vgl. della Porta & Doerr, 2018; Smith, 2004). Innerhalb dieser Räume können Fähigkeiten erlernt und Partizipationsformen und Methoden ausprobiert werden (Leach, 2009: 1043). Sutherland et al. (2014) bezeichnen die Organisationsformen sozialer Bewegungen als radikal, partizipativ-demokratische Alternativen. Der dadurch geschaffene, experimentierfreudig offene Rahmen begünstigt die Weiterentwicklung der kollektiven Entscheidungsfindung. Somit schaffen soziale Bewegungen durch Reflexionsräume, Informationsaustausch, netzwerkartige, globale Strukturen und lösungsorientierte Zugänge demokratierrelevantes Wissen (vgl. della Porta & Pavan, 2017a). della Porta & Pavan, (2017a: 3) bezeichnen dahingehend soziale Bewegungen als Labore sozialer Innovation. Mit dieser Brille betrachte auch ich EG in dieser Masterarbeit – als Reallabor für einen demokratischen Lernprozess.

2.2.3 Ursprünge der Klimagerechtigkeitsbewegung

Die Klimagerechtigkeitsbewegung schließt an eine lange Entwicklung sozialer Bewegungen an. Für ein Verständnis der Organisationsstrukturen und Entscheidungsfindungsmethoden sowie der Prinzipien und Ideale innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung bedarf es eines Blickes auf ihre Entstehungsgeschichte.

Sander (2016: 8) nennt das *Climate Action Network*

(CAN), bestehend aus pragmatischen NGOs des globalen Nordens, und das Netzwerk *Climate Justice Now!*, ein am UN Klimagipfel 2007 gegründetes Netzwerk aus progressiven „Süd-NGOs“, als Ursprünge der Klimagerechtigkeitsbewegung. Gipfelproteste gegen Verhandlungen der Vertreter*innen der mächtigsten Staaten des globalen Nordens werden in diesem

Zusammenhang ebenfalls mehrfach genannt (Maeckelbergh, 2011a; Sander, 2016). Zentral in der Bewegung sind das Ablehnen der unzureichenden Klimapolitik und die Forderung nach effektiver Ursachenbekämpfung der Klimakrise. Im Zentrum der Kritik steht das kapitalistische Wirtschaftssystem in Verbindung mit patriarchalen Strukturen (vgl. Brand & Wissen, 2017; Sander, 2016). Weitere Charakteristika sind die Dringlichkeit eines Systemwandels sowie die Verbindung der ökologischen mit der sozialen Dimension. Beide Dimensionen können nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sondern bedingen einander gegenseitig. Durch ausbeuterische, koloniale Strukturen werden einerseits Ungleichheiten reproduziert und andererseits eine ressourcenintensive Lebensweise erst ermöglicht (vgl. Brand & Wissen, 2017). Nur durch einen radikalen Systemwandel und Auflösung der ausbeuterischen Lebensweise ist eine zukunftsfähige Lebensweise realisierbar (vgl. Brand & Wissen, 2017). Eine Transformation im Sinne der Klimagerechtigkeit zielt darauf ab, „dass die Menschen unmittelbar und kollektiv über die Gestaltung der Naturverhältnisse entscheiden können und die Aneignung der Natur gerecht und nachhaltig gestaltet wird“ (Sander, 2016: 10).

Mittlerweile wird der Begriff Klimagerechtigkeit international von verschiedenen Protestgruppen eingesetzt. Prominente und zum Teil sehr junge Bewegungen sind in diesem Kontext: *350.org* (350.org, 2020), *Fridays for future* (Fridays For Future, 2020) und *Extinction Rebellion* (Extinction Rebellion, 2020). Auch im deutschsprachigen Raum hat sich die Klimagerechtigkeitsbewegung etabliert. Zu Beginn existierten einige Klimaplenen in großen Städten und eine Reihe von Akteur*innen bildeten Netzwerke (Sander, 2016). Zu den wichtigsten Akteur*innen in Deutschland zählen: *Hambacher Forst*, *Gegenstrom Berlin*, *AusgeCO2hlt*, *Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)*, *Interventionistische Linke (IL)* sowie *Attac* (Sander, 2016: 8f). Aufbauend auf dem *Klima!Bewegungsnetzwerk (K!BN)* entstand das Netzwerk *Energiekämpfe in Bewegung (EKiB)* und anschließend die Kampagne *Ende Gelände* (Sander, 2016: 9). Das Netzwerk *Climate Justice Action (CJA)* dient zur Vernetzung auf europäischer Ebene (Sander, 2016: 9).

Die Klimagerechtigkeitsbewegung und ihre Haltung sind somit erst in den 2000ern entstanden, dennoch beruhen die grundlegenden Werthaltungen und immmanenten Organisationslogiken auf Entwicklungen der

1960er Jahre. Die 1960er galten in vielerlei Hinsicht als eine Zeit des Wandels. Neben Entwicklungen in Kunst und Kultur trugen soziale Bewegungen zu einer Demokratisierung sowie zu institutionellen Veränderungen innerhalb des politischen Systems bei (Gassert, 2008: 309). Doch auch bezüglich der Organisation, der Arbeitsweise und der Ideale innerhalb sozialer Bewegungen galt diese Zeit als zentraler Wendepunkt (vgl. Maeckelbergh, 2011a). Dominante Vorstellungen eines revolutionären sozialen Wandels kommunistischer Parteien und Bewegungen verloren an Anschlussfähigkeit durch Negativbeispiele autoritärer kommunistischer Systeme in Ost-Europa in den 50er und 60er Jahren (Eley, 2002: 360f). Maeckelbergh (2011a: 307) beschreibt diese Zeit als Bruch hegemonialer Theorien, was sie als Chance für neues Gedankengut interpretiert. Bewegungen entwickelten neue Theorien für einen sozialen Wandel und entfernten sich vom orthodoxen Marxismus. Soziale Bewegungen legten ihren Fokus auf *Dezentralisierung* in der Entscheidungsfindung und *Graswurzel-Aktivismus* (Maeckelbergh, 2011a: 307). Dies gilt als Geburtsstunde der „*Neuen Linken*“, welche sich durch Diversität in der politischen Ausrichtung, ein egalitäres Weltbild, der Ablehnung von Organisationen, Parteien, Autoritäten und dem Fokus auf Konsensfindung sowie bottom-up Prozesse (Maeckelbergh, 2011a: 308) definiert. Die Organisation *Students for a Democratic Society (SDS)*, als Teil der US amerikanischen Studentenbewegung in den 1960ern, wird vielfach mit der Entstehung der partizipativen Demokratieform in Verbindung gebracht (vgl. Elstüb, 2018; Polletta, 2004). Hinsichtlich der Entscheidungsprozesse ist für Akteur*innen der „*Neuen Linken*“ die Unterscheidung zwischen „*wer*“ entscheidet und „*wie*“ entschieden wird, zentral (Elstüb, 2018: 5; Maeckelbergh, 2011a: 311). Ziel war es, effektive, partizipative Strukturen zu entwickeln, sprich „*wie*“ entschieden wird, wodurch das „*Wer*“ obsolet werden sollte (Maeckelbergh, 2011a: 311).

Auch die *globalisierungskritische Bewegung* bediente sich der Grundprinzipien der „*Neuen Linken*“ und kritisierte die aktuelle Form der repräsentativen Demokratie (Maeckelbergh, 2011a: 332). Die globalisierungskritische Bewegung fordert globale Gerechtigkeit, die Einhaltung von Menschenrechten sowie fairen Handel und kritisiert neoliberale, unregulierte Globalisierung, vorangetrieben von Interessen großer, multinationaler Unternehmen

(vgl. della Porta, 2006). Die Klimagerechtigkeitsbewegung gilt als Nachfolgerin der globalisierungskritischen Bewegung und schließt an bewegungsinterne Prinzipien der „Neuen Linken“ an, wobei die Dringlichkeit eines Systemwandels in der Klimagerechtigkeitsbewegung

2.3 Critical Leadership Studies

Die sogenannten *Critical Leadership Studies (CLS)* beschäftigen sich mit dem Begriff Leadership, folgend synonym mit Führung bezeichnet, speziell im Kontext von sozialen Bewegungen (Sutherland et al., 2014). Im Rahmen der CLS werden vielfach SMOs und deren Arbeitsweisen analysiert und zentrale Konzepte beschrieben. Erkenntnisse der CLS sowie ergänzender Literatur sind für diese Arbeit von Bedeutung, da vorhin herangezogene Demokratietheorien zwar eine Grundlage zur Einordnung der Prozesse von EG darstellen, jedoch wenig konkrete methodische Handlungsempfehlungen auf Organisations- bzw. Bewegungsebene anbieten. Abstrakte, demokratische Ansprüche werden somit um explizite Handlungsempfehlungen der CLS erweitert. Die inhaltliche Nähe der CLS zu demokratischen Idealen soll in diesem Kapitel zur Geltung kommen.

Im Rahmen der CLS analysierte SMOs agieren zum Teil im Rahmen der Klimagerechtigkeitsbewegung oder decken sich weitgehend bezüglich ihrer internen Organisations- und Entscheidungsprinzipien mit dieser. Laut Sutherland et al. (2014: 2) beschäftigen sich die Critical Leadership Studies hier mit einem im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen wenig beforschten Konzept. Der Fokus von Literatur zu Leadership liegt üblicherweise auf hierarchischen Organisationen, welche in einem kapitalistischen Markt agieren müssen (Sutherland et al., 2014: 2). Diese Literatur kann somit wenig über horizontal organisierte Organisationen aussagen (Sutherland et al., 2014: 2). Simsa (2019: 292) beschreibt CLS wie folgt: „Damit theoretisieren Critical Leadership Studies das, was Aktivist*innen in die Praxis umsetzen wollen, nämlich einen Fokus auf Prozesse und Beziehungen, statt auf Führungspositionen“. Autorität, Hierarchie, Dominanz werden abgelehnt, Selbststeuerung, Egalität, Partizipation, Solidarität und Inklusion werden angestrebt (Simsa, 2019: 292). Leadership wird dahingehend nicht abgelehnt, jedoch von Führungspositionen unter-

wesentlich höher ist (Maeckelbergh, 2011a: 332). Dies wirft die Frage auf, welche Konsequenzen der äußere Handlungsdruck auf organisationsinterne Prozesse hat.

schieden. Die prinzipielle Ablehnung von Führung birgt die Gefahr, dass informelle Hierarchien entstehen (Fyke and Sayegh, 2001, zitiert nach Sutherland et al., 2014: 8), weshalb Führung vielmehr als sozial konstruierter Prozess verstanden wird (Sutherland et al., 2014). Dieser Zugang zu Führung und die Nähe zu direkter, partizipativer, deliberativer und horizontaler Demokratie, lässt sich vielfach in der Praxis in sozialen Bewegungen beobachten (vgl. Leach, 2016; Maeckelbergh, 2011a; Simsa & Totter, 2020; Sutherland et al., 2014). Simsa & Totter (2020) betonen, dass sich Aktivist*innen durchaus der Wichtigkeit von Führung bewusst sind. Die Haltung von Organisationen, welche sich den CLS zuordnen lassen, wird oft als präfigurativ bezeichnet. *Präfiguration* steht für die Haltung, dass ein sozialer Wandel durch die Umsetzung der eigenen Ideale im Hier und Jetzt erfolgt. Die Vorstellung wie Beziehungen, Prozesse, Strukturen und Organisationen in der zukünftigen Gesellschaft aussehen sollen, wird in der eigenen Arbeits- und Lebensweise umgesetzt (vgl. Maeckelbergh, 2011a, 2011a, 2012, 2016; Simsa & Totter, 2020). Ziel dabei ist, dass sich mehr und mehr Menschen für neu geschaffene, alternative Strukturen entscheiden und dadurch bestehende Muster aufgeweicht und abgelöst werden (Leach, 2013: 2). Das Konzept der horizontalen Organisation – als Gegensatz zur hierarchischen – wird direkt verbunden mit Präfiguration (Maeckelbergh, 2012: 211).

Horizontalität impliziert demokratische, nicht-hierarchische und anti-autoritäre Kommunikation, Entscheidungsfindung und Organisation mit dem Ziel, Macht-hierarchien zu limitieren (Sitrin, 2006: 3). Aufbauend auf der Annahme, dass Machtzentren durch Personen, Gruppen und Ideen unbewusst oder bewusst ständig neu entstehen, versteht sich Horizontalität als stetiger Prozess, um diesen Dynamiken entgegenzuwirken (Maeckelbergh, 2011b: 350; Sitrin, 2006: 3). Vor allem unsere Sozialisierung innerhalb eines kapitalistisch und hierarchisch

geprägten Systems erschwert kollektive Zusammenarbeit (Sitrin, 2006: 3). Im Kontext mit dem Begriff Präfiguration ist Horizontalität sowohl ein Ziel als auch ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen (Sitrin, 2006: 4).

Innerhalb horizontaler Organisationen wird *Konsensfindung* oft als demokratisches Ideal bezeichnet (Leach, 2016: 36). Konsensfindung wird als kreativer und dynamischer Weg, eine Zustimmung aller Gruppenmitglieder zu generieren, beschrieben. Es geht nicht um die Wahl zwischen verschiedenen Alternativen, sondern um eine Lösungsfindung, die alle unterstützen oder womit zumindest alle mitgehen können (Seeds for Change, 2020). Beteiligte haben die Möglichkeit, jede Entscheidung, die sie als schädigend oder unmoralisch einstufen, zu blockieren (Leach, 2016: 36). Konsensfindung in ihrer konkreten Umsetzung wird von verschiedenen Gruppen unterschiedlich praktiziert und unterliegt einer stetigen Entwicklung.

In der Literatur zu horizontalen Organisationen werden vielfach Konfliktfelder identifiziert. Simsa (2019) nennt informelle Hierarchien und Ineffizienzen sowie Probleme bei strategischen Entscheidungen, Choi-Fitzpatrick (2015) thematisiert den Konflikt zwischen Inklusion und Effizienz sowie die Existenz von oligarchischen Tendenzen und Lesjak (2019) die Spannung zwischen werte-basierter selbsterhaltender Systemlogik und Zweckrationalität. Letzt genannte Spannung ist vergleichbar mit der in dieser Arbeit untersuchten Diskrepanz zwischen Idealen und deren Umsetzung in der Praxis. Diese Konfliktfelder stellen jedoch keine unumstößlichen Tatsachen dar, sondern werden zum Teil in der Literatur von vornherein in Frage gestellt oder es werden Strategien genannt, um damit umzugehen.

Aufbauend auf einer Analyse von neun deutschen SMOs widerspricht Leach (2016) der Annahme, dass Entscheidungsfindung im Konsens per se ineffizient und unpraktikabel ist und nennt Faktoren, wodurch effizientere Gruppen hervorstechen. Folgend werden diese Faktoren und weitere Strategien für eine inklusive, effiziente und effektive Arbeitsweise aus der Literatur zu CLS und horizontalen Organisationen zusammengefasst:

Maeckelbergh (2012) untersucht Entscheidungs- und Organisationsprozesse der spanischen Bewegung *15M* und führt Methoden und Settings an, welche bereits in der globalisierungskritischen Bewegung Anwendung fanden. So nennt und beschreibt sie explizit den Einsatz

einer Moderation, das Setting des Kreises, Berichterstattung und den Einsatz von Handzeichen. Konsensfindungen in Großgruppen laufen in ihrer Idealform wie folgt ab: Themen werden zuerst in einer großen Gruppe, danach in vielen Kleingruppen und abschließend wieder in der großen Gruppe diskutiert (Maeckelbergh, 2012: 218). Das Setting wird moderiert und ein bis zwei Vertreter*innen aus den Kleingruppen präsentieren jeweils ihre Ergebnisse. Lesjak (2019: 8) argumentiert damit, dass beim Arbeiten in Gruppen im Vergleich zum Arbeiten mit Massen ab einer gewissen Größe Unterschiedlichkeiten weniger stark ignoriert werden. Die Gruppe ist in der Lage, Unterschiede zu integrieren und ermöglicht Konsensentscheidungen. In der Masse werden diese aufgelöst, wodurch die Gefahr von Ausgrenzung und faschistoiden Verhaltensweisen besteht (Heintel 2008: 45 zitiert von Lesjak, 2019: 8). Eine genaue Trennung zwischen einer Gruppe und einer Masse in Bezug auf die Personenanzahl bietet Lesjak (2019) nicht an.

Sutherland et al. (2014: 8f) betonen die Betrachtung von Führung als gestaltbaren sozial konstruierten Prozess, welcher sich durch Sinnstiftung und Interaktion konstituiert. Das Erkennen von Bedeutung und Sinn der eigenen Tätigkeit und das Übernehmen von Verantwortung sind zentral für die kollektive Zusammenarbeit (Sutherland et al., 2014: 9). Das bewusste Arbeiten mit und Erleben von Macht führt zu einer Vielfalt an Personen mit Führungsverantwortung und zu komplexen und wechselnden Machtbeziehungen (Sutherland et al., 2014: 12). Dahingehend findet das Rotieren von Rollen in SMOs Anwendung. Es gewährleistet Partizipation und reduziert die Passivität von Akteur*innen (della Porta & Doerr, 2018: 11; Sutherland et al., 2014: 26). Leach (2016: 63) beobachtet interessanterweise, dass effizientere Gruppen bezahlte Angestellte vermeiden. Eine monetäre Gegenleistung scheint für interne Dynamiken negative Effekte mitzubringen. Effektivere Gruppen sind meist auch gut vernetzt mit anderen horizontalen Gruppen, wodurch ein gegenseitiges Lernen stattfindet (Leach, 2016: 63).

Leach (2016) und Simsa & Totter (2020) heben die Bedeutung von kollektiver und individueller Reflexion sowie das Erstellen von gemeinsamen Regeln hervor; wobei es im Verantwortungsbereich jeder einzelnen Person liegt, das eigene dominante Verhalten zu reflektieren (Leach, 2016: 63). Dies dient dem Verstehen und Gestalten effizienter Führungspraktiken, führt zu einer

hohen Prozess- und Methodenkompetenz und weist ein hohes emanzipatorisches Potential auf (Simsa, 2019: 294). In diesem Kontext gilt vor allem das aktive Sichtbarmachen und Benennen von Wissenshierarchien als hilfreich, um mit informellen Hierarchien zu arbeiten (Leach, 2016). Anschließend an die Problematik der Exklusion diverser Interessen und Bedürfnisse durch uniforme Lösungsfindung (vgl. Maeckelbergh, 2011b: 352), betont Maeckelbergh (2012) das Streben nach multiplen und offenen Zielen. Der pluralistische Zugang ermöglicht das Anerkennen diverser Bedürfnisse und Interessen. Es wird versucht, möglichst viele Entscheidungen Einzelpersonen zu überlassen und Entscheidungen prinzipiell als vorläufig und veränderbar zu betrachten (Leach, 2016: 63). Inklusive demokratische Prozesse sind offen für neue Menschen, Ideen und Ziele, wodurch durch verschiedene Meinungen Konflikte entstehen können (Maeckelbergh, 2012: 225). Konflikte werden jedoch nicht als negativ betrachtet, sondern vielmehr als Quelle für Kreativität (Maeckelbergh, 2012: 209). Das positive Framing von Konflikten ermöglicht einen offenen Umgang und ein konstruktives Arbeiten damit.

Als wichtige Elemente innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung werden sogenannte *Camps* genannt (vgl. Sander, 2016). *Camps* dienen als Protest- und Organisati-

onsform zugleich und schaffen Räume, um mit genannten Methoden zu experimentieren (della Porta & Doerr, 2018: 8). Sie finden im öffentlich zugänglichen Raum statt, um Transparenz zu gewährleisten. *Camps* bieten einerseits notwendige Infrastruktur, um Aktivist*innen über längere Zeiträume zu versorgen und schaffen andererseits Orte des Austauschs, der Kommunikation und Vernetzung (vgl. Frenzel, 2011: 164). Protestcamps wurden innerhalb der Friedensbewegung in den 1980er und 1990er Jahren entwickelt, wobei das erste Klimacamp als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung 2006 in England stattgefunden hat (Frenzel, 2011: 163). Als Innovation der Bewegung 15M beschreibt Maeckelbergh (2012) die zentrale Lage der *Camps* in oft illegal besetzten Räumen im Stadtzentrum. Dadurch sind die *Camps* wesentlich zugänglicher, Teilnehmende diverser und die Öffentlichkeitswirkung stärker. *Camps* gelten als weiterentwickelte Form des Forums. *Foren* sind Räume für Debatten, Reflektion und für kollektive Lernprozesse und werden als „*spaces for the movement of movements*“ bezeichnet (della Porta & Doerr, 2018: 8f). Das „*World Social Forum*“ und das „*European Social Forum*“ dienen als internationale Vernetzungsplattformen und Ort der Deliberation für soziale Bewegungen.



3 Material und Methoden

Zur Beantwortung der Forschungsfrage bedarf es einer geeigneten Methode zur Bewertung demokratischer Organisation. Die empirische Demokratieforschung liefert eine Reihe an Methoden zur Messung der demokratischen Qualität eines politischen Systems (Bühlmann et al., 2012). Ein Beispiel hierfür ist das „*Demokratiebarometer*“ nach Bühlmann et al. (2012), welches sich an den demokratischen Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Kontrolle orientiert und daraus entsprechende Funktionen demokratischer Systeme und operationalisierbare Indikatoren ableitet. Üblicherweise zielen diese methodischen Zugänge auf eine Bewertung repräsentativ-demokratischer Staaten ab. Für alternative Organisation von z.B. sozialen Bewegungen der neuen Linken erweist sich diese als nicht geeignet. Weiters erscheint eine quantitative Auswertung dieser Einzelfallstudie, mit dem Ziel eines besseren Verständnisses für erfolgreiche demokratische Arbeitsweisen, nicht zielführend.

Aus diesen Gründen werden in dieser Arbeit für eine Analyse interner demokratischer Strukturen und Prozesse, aufbauend auf den vier genannten Demokratietheorien, vielmehr die Mechanismen der direkten Mitbestimmung, Repräsentation, Partizipation und Deliberation aus der Literatur herausgearbeitet. Diese Mechanismen werden als Erklärungsansätze sowie Handlungsempfehlungen

für gesellschaftliche Steuerung und als sich ergänzende Konzepte verstanden, auch wenn sich zitierte Vertreter*innen zum Teil widersprechen. Literatur zu den jeweiligen Demokratietheorien betrachtet in erster Linie Prozesse auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene, der sogenannten Makro-Ebene². Daraus werden vielfach bereits Konsequenzen für die Meta-Ebene abgeleitet; mit Fokus auf Institutionen und Organisationen innerhalb eines demokratischen Systems. Das Forschungsinteresse dieser Arbeit liegt klar auf der Meta-Ebene. Ansprüche von Vertreter*innen der jeweiligen Demokratietheorien lassen sich in vielen Fällen jedoch nicht direkt auf eine Meta-Ebene, bzw. auf organisationssoziologische Prozesse übertragen. Aufgrund des Strebens von EG nach einer demokratischen Arbeitsweise innerhalb des Bündnisses bzw. von Gruppen und des präfigurativen Anspruchs, werden diese dennoch als geeignete Analysegrundlage betrachtet. Eine Operationalisierbarkeit erfolgt durch die vereinfachte Darstellung der Grundprinzipien der gewählten demokratischen Mechanismen. Weiters werden auch Wahrnehmungen der beteiligten Akteur*innen bezüglich bündnisinterner Interaktionen und Beziehungen auf der sogenannten Mikro-Ebene in die Analyse integriert.

² Für eine ausführlichere Erläuterung der in den Sozialwissenschaften üblichen drei Analyseebenen vgl. Politiklexikon Schubert & Klein (2018)

Die Critical Leadership Studies (CLS), angelehnt an Simsa (2019) und Sutherland et al. (2014), sowie ergänzende Literatur dienen weiters als theoretische Grundlage. Diese geben vertiefende Einblicke in Arbeitsweisen innerhalb sozialer Bewegungen, Organisationen und Gruppen. Sie leiten daraus konkrete Empfehlungen ab und können somit der Meso- als auch der Mikro-Ebene zugeordnet werden. Um die Arbeitsweise von EG in den historischen Kontext einordnen zu können, wurde entsprechende Literatur zu sozialen Bewegungen herangezogen.

Ausgehend von einem persönlichen Interesse für die konkrete Ausgestaltung demokratischer Strukturen und Prozesse selbstorganisierter Gruppen und persönlicher Berührungspunkte mit EG, wurde im ersten Schritt zur Gewinnung geeigneter Literatur eine systematische Literaturrecherche auf den Websites *Web of Science*, *Scopus*, *Google Scholar* und *BOKU:LitSearch* durchgeführt. Folgende Suchbegriffe wurden hierfür verwendet bzw. im Laufe der Recherche identifiziert: social movement, social movement organization, protest movement, environmental movement, climate justice movement, consensus, decision making, leadership, critical leadership studies, participation, community organizing, grassroot-, deliberative-, participatory-, direct- democracy. Mittels Schneeballsystems konnte vertiefende Literatur gefunden werden.

Die Beantwortung der Forschungsfragen erfolgt durch eine Beschreibung der Organisation und der Prozesse von EG und der Gegenüberstellung dieser mit Idealen der Demokratietheorien sowie Empfehlungen der CLS. Zur Erfassung der Ideale, Organisationsstruktur, Kommunikations- und Entscheidungsprozesse von EG wurden eine Analyse relevanter Daten auf der EG Homepage sowie qualitative, halbstrukturierte Interviews mit Akteur*innen von EG durchgeführt. Personen, die im Rahmen von EG agieren, werden folgend auch als Aktivist*innen bezeichnet. Die Vorbereitung und Durchführung der sogenannten Expert*inneninterviews orientierte sich an Meuser & Nagel (2002). Im Sinne von Meuser und Nagel (2002: 443) gelten als Expert*innen jene Personen, „die selbst Teil des Handlungsfeldes sind, das den Forschungsgegenstand ausmacht“, Verantwortung tragen sowie Zugang zu relevanten Informationen haben. Aktivist*innen, die seit mehreren Jahren in EG-Gruppen und dem EG-Netzwerk aktiv sind, wird

in dieser Arbeit ein Expert*innenstatus zugesprochen. Als Grundlage und Orientierung für die Interviewführung diente ein Leitfaden. Der im Anhang (Kapitel 8.1 Interviewleitfaden – Ende Gelände) ersichtliche Interviewleitfaden wurde in folgende Sachthemen gegliedert:

- A) Beschreibung von Entscheidungsprozessen, AG-Ebene
- B) Spannungsfelder in der Praxis
- C) AG übergreifende Strukturen, Organisations- / Netzwerkebene
- D) Demokratievorstellung

Aufbauend auf der Einstiegsfrage gaben 19 Leitfragen und 29 Detail- bzw. Alternativfragen einen Rahmen vor. Als Ziel der Interviews galt es, einen möglichst guten Einblick in die Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozesse innerhalb von EG und die individuelle Position der IP bezüglich demokratischer Werte zu bekommen, wobei der Fokus auf Arbeitsgruppen, lokalen Gruppen und Bündnistreffen von EG lag. Die Interviews dauerten jeweils ca. eine Stunde und fanden aufgrund der Corona-Pandemie, mit einer Ausnahme, online statt.

Da sich ziviler Ungehorsam jenseits des legalen Handlungsspektrums befindet und EG vom Verfassungsschutz als linksextremistisch beeinflusst eingestuft wurde, wodurch dieser Überwachung rechtfertigt (BMI, 2020b: 162), arbeitet EG in vielen Bereichen möglichst bedeckt. Auch wurde eine ablehnende Haltung bezüglich der wissenschaftlichen Beobachtung von EG wahrgenommen; durch keine der über offizielle E-Mail-Adressen kontaktierten Gruppen konnte eine Person für ein Interview gewonnen werden. Eine Haltung, die aufgrund vielfältiger polizeilicher Repressionen in Verbindung mit linkem Aktivismus als verständlich erscheint. Aktivist*innen, welche sich bereit erklärten an einem Interview teilzunehmen, wurden in erster Linie über persönliche Kontakte gefunden. Der Fokus dieser Arbeit liegt aus diesen Gründen auf Prozessen, welche sich im legalen Bereich befinden und zum Teil für externe Personen noch vergleichsweise einfach zugänglich sind. Die systematische Darstellung bündnisinterner Arbeitsweisen, welche in dieser Arbeit erfolgt, kann somit mit keinen gesetzlichen Übertritten in Verbindung gebracht werden. Weiters wurde ein sehr zurückhalten-

der Umgang mit sensiblen Informationen der interviewten Personen wahrgenommen. Somit erscheinen sowohl die Interviews als auch diese Masterarbeit aus einer strafrechtlichen Perspektive als unbedeutend. Insgesamt wurden sechs Personen interviewt; diese werden folgend auch als IP bezeichnet. Die Ergebnisse beschränken sich auf jene Gruppen und Treffen, bei denen diese interviewten Personen aktiv waren. Die Interviewpartner*innen erwähnten in den Interviews ihren Bezug zu folgenden Treffen, EG-Orts- und Arbeitsgruppen und weiteren politischen Gruppen:

- Bündnistreffen
- KOPLA (Koordinierungsplattform)
- GRUPLA (Gruppenplattform)
- OG München
- OG Aachen
- OG Stuttgart
- OG Wien
- International-AG
- Aktionslogistik-AG
- Skills4Action
- System Change not Climate Change Österreich
- Klimacamp bei Wien
- Kesselbambule

Die Auswertung der Interviews orientierte sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015), wobei diese aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit in vereinfachter Form durchgeführt wurde. Zur Weiterverarbeitung der Daten wurden die Interviews aufgezeichnet und mit Hilfe der Software MAXQDA transkribiert und codiert. Die Codes, siehe Tabelle 1, wurden auf Basis der Literatur gebildet und kategorisiert. Im Laufe des Codiervorgangs wurden neue Codes gebildet, um relevante Informationen aus den Interviews, die in der Literatur nicht abgebildet wurden oder zu Beginn nicht bedacht wurden, in den weiteren Forschungsprozess einfließen lassen zu können.

Textteile, welche einem Code zugeordnet wurden, mussten eine zentrale und relevante Aussage diesbezüglich enthalten. Somit wurden sowohl ausführliche Beschreibungen bestimmter Prozesse als auch prägnante Hinweise zu bestimmten Themen jeweils einem Code zugeordnet. Dadurch unterscheiden sich codierte

Textteile zum Teil stark in der Länge. Beispielsweise wurde folgender Absatz dem Code *Entscheidungsprozesse/Entscheidungsmethoden* zugeordnet.

„Also wir sind ein super großes Bündnis und super viele Arbeitsgruppen und super viele Menschen, die in irgendeiner Form stattfinden. Drum ist es, glaub ich, ganz natürlich, dass wir nicht zu allem irgendwie mitentscheiden können, aber mein Gefühl war es war vom vornherein klar ausgemacht. Ok, das ist jetzt zum Beispiel ein Thema, das entscheidet die Camp AG und die Camp AG gibt dann an uns weiter. Hey, dieses und jenes muss passieren und wir müssen dann damit umgehen, das bedeutet dann bei dieser Thematik, die jetzt irgendwie jetzt bei der Camp AG gibt nicht sehr, die Feedback-Schleife zu sagen: Hey, eigentlich stellen wir uns Dinge anders vor! Wobei es immer die Möglichkeit gäbe, Bedenken oder starke Bedenken zu äußern, also, jede Arbeitsgruppe könnte sich jeder Entscheidung zum Beispiel in irgendeiner Form sagen: Hey, das können wir nicht mittragen und könnten damit schon auch Prozesse in ... (unverständlich)“ (IP6: Pos. 53)

Am Ende dieses Zitats ist ebenfalls ersichtlich, wie gekennzeichnet wurde, wenn Teile der Interviews nicht verständlich waren. Dies begründete sich in der zum Teil geringen Qualität der Tonaufnahmen und durch Verbindungsprobleme bei Onlinemeetings. Alternativ zu eben genanntem Zitat enthielten Absätze teils relevante Informationen in Bezug auf mehrere Codes. Im folgenden Zitat wurden Elemente den Codes *Inhalte, Werte von EG; Eigenschaften IP/Motivation*, sowie *Organisationsstrukturen/Autonomie Individuum* zugeordnet:

„Dass da eben so eine holistische Analyse von irgendwie Gegenwartszuständen stattfindet. Und solange man sich da drin bewegt... Also was bei uns auch noch nie Thema war, und auch, also deswegen mag ich auch meine Ortsgruppe hier so gerne, auch im Vergleich zu anderen Gruppen, ne. Man muss nicht diskutieren darüber: Gehen wir jetzt auf eine Demo, wo Nazis blockiert werden oder nicht?, sondern so ... Dann ist nur noch die Frage: Wer hat Zeit und man geht da hin, so? Also solche Sachen, ja. Und da hab ich noch nie erlebt, dass irgendwie an irgendeiner Stelle vom Bündnis. Ja, also deswegen würd ich sagen, fühlt sich nach sehr, sehr großer Autonomie an.“ (IP1 Pos. 76)

Zitate ähnlichen Inhalts wurden zusammengefasst und strukturiert. Der Großteil der Informationen hatte einen beschreibenden Charakter. In der Interviewführung wurde deshalb bereits darauf geachtet, Redun-

danzen gering zu halten, um ein umfassenderes Bild des Bündnisses zu erlangen. Um dem Ziel, eine übersichtliche Darstellung der Strukturen und Prozesse von EG zu erstellen, gerecht zu werden, erfolgte im Laufe des Forschungsprozesses eine iterative Weiterentwicklung eben dieser. Als Ausgangspunkt dienten sowohl Darstellungen von EG selbst als auch die theoriegestützte Vorstrukturierung der Codes. Durch wiederholtes Brainstorming und Skizzieren während des Codie-

rungsprozesses und der Verschriftlichung der Ergebnisse wurden schließlich die in dieser Arbeit ersichtliche Gliederung des Ergebnisteils sowie die enthaltenen Abbildungen erarbeitet. Hierbei stellte sich die *Software Microsoft OneNote* als besonders hilfreich heraus. Auch die Beschreibung grundlegender Formen und Methoden der Mitbestimmung ist ein Resultat dieses Prozesses und erfolgte in Anlehnung an die Mechanismen der Demokratietheorien.

Tabelle 1: Codierungssystem zur Auswertung der sechs Interviews

Code Bezeichnungen	IP6	IP5	IP4	IP3	IP2	IP1	Σ
Entscheidungsprozesse	0	0	0	0	0	0	0
Ablauf Treffen Kleingruppe, Ortsgruppe, AG	5	0	0	7	6	15	33
Ablauf Treffen Bündnistreffen	1	1	2	5	0	0	9
Entscheidungsmethoden	9	4	12	5	10	5	45
Hilfsmittel und Handzeichen	0	0	0	0	0	3	3
Onlinetreffen	0	0	0	1	0	3	4
Etablierung Entscheidungskultur	0	0	3	2	0	4	9
Spannungsfelder	0	0	0	0	0	0	0
Wirksamkeit IP	0	1	2	2	0	3	8
Reflexion	0	1	1	5	1	6	14
Konflikte	0	0	0	4	4	8	16
Effizienz	2	0	2	6	0	4	14
Inklusion	2	10	9	4	7	5	37
Leadership, Hierarchie & Macht	7	9	9	13	11	15	64
Organisationsstrukturen	0	0	0	0	0	0	0
Organisation Bündnisebene	0	9	3	1	6	1	20
Organisation Arbeitsgruppe	17	0	3	8	0	0	28
Organisation Ortsgruppe	2	15	3	3	8	9	40
Autonomie Gruppe	0	3	0	0	2	4	9
Autonomie Individuum	1	0	0	3	2	5	11
Verbindung Gruppen innerhalb EG	3	2	0	0	0	6	11
Repräsentation	2	0	4	0	0	4	10
Netzwerk	8	8	7	6	4	14	47
digitale Tools	0	2	0	0	0	0	2
Fördernde informelle Faktoren	0	1	0	1	4	2	8
Inhalte, Werte von EG	4	3	2	3	5	6	23
Demokratievorstellungen	0	0	0	0	0	0	0
Übertragbarkeit auf andere Organisationen	0	0	3	0	0	2	5
Übertragbarkeit Staat	1	5	2	2	2	3	15
Demokratie und EG	1	2	2	2	1	3	11
Eigenschaften IP	1	0	0	0	0	1	2
Teilhabe an EG, Treffen, Gruppen	4	2	5	5	5	6	27
Rollen, Aufgaben, Zuständigkeiten	3	4	2	1	0	7	17
Motivation	2	4	2	4	4	6	22
Kompetenzen, Ausbildungen, Erfahrung	1	0	0	0	0	4	5





Abbildung 5: Logo Ende Gelände (Ende Gelände 2021)

4 Ende Gelände

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Interviews und online verfügbaren Informationen in drei Unterkapitel gegliedert. Zu Beginn werden Ideale und Werte von EG und den interviewten Personen zusammengefasst sowie hinterleuchtet, welche Rolle und Bedeutung EG aus demokratiepolitischer Sicht zugesprochen wird. Folgend bietet eine übersichtliche Darstellung und Beschreibung der Gruppen, Treffen und des Netzwerkes einen Einblick in die Organisationsstruktur des Bündnisses EG. Anschließend werden interne Kommu-

nikations- und Entscheidungsprozesse beschrieben und erläutert, welche Methoden und Haltungen Anwendung finden. EG wird in dieser Arbeit vielfach als bewusst agierender Akteur mit klaren Positionen zu bestimmten Themen beschrieben, obwohl intern eine Diversität und Widersprüchlichkeit von Meinungen existiert. Dieses Framing wurde in Fällen gewählt, bei denen Positionen im Namen des Bündnisses öffentlich kommuniziert werden und somit von einem internen Konsens ausgegangen wird.

4.1 Ideale, Werte und demokratiepolitische Bedeutung

„Wir verstehen uns als Teil der Bewegung für Klimagerechtigkeit und sind solidarisch mit allen, die Widerstand leisten gegen die Klimazerstörung durch Kohlekraftwerke und gegen die sozialen und ökologischen Folgen fossiler Energieversorgung. Unsere Kämpfe sind feministisch, antifaschistisch, antirassistisch, antikapitalistisch und gegen Antisemitismus. Wir sind uns alltäglicher und struktureller Diskriminierungen untereinander und durch unsere Umwelt bewusst und setzen uns aktiv dagegen ein. Wir bemühen uns darum, denen, die Diskriminierung erfahren, Raum anzubieten und das kollektive Bewusstsein und die Aufmerksamkeit dafür zu stärken. Wir wollen zum Beispiel toxische Männlichkeit nicht durch dominantes Redeverhalten oder Auftreten reproduzieren. Jeglichen homophoben, nationalistischen, rassistischen, verschwörungsideologischen oder anderen reaktionären Tendenzen und Vereinnahmungsversuchen treten wir entschieden entgegen.“ (Ende Gelände, 2020a)

In diesem Ausschnitt des Aktionskonsenses von 2020 bekennt sich EG zu einer Reihe von Ansprüchen und Visionen an eine Gesellschaft. Das Verständnis dieser Ideale ist wichtig, um interne Prozesse von EG greifbar zu machen. Analog zu dem Begriff *Präfiguration* versucht EG in der Organisationsweise als auch in der Aktion, *„Utopien sichtbar zu machen, wie Menschen sich anderweitig organisieren können“ (IP4: Pos. 105)*. Als zugrunde liegende abstrakte Utopie wird das *„gute Leben für alle“* genannt (Ende Gelände, 2020c). Konkreter verbindet EG damit folgende Themen:

Der anfängliche Fokus auf Kohleabbau wird bereits durch den Namen *Ende Gelände* als auch durch Slogans wie *„Kohle stoppen. Systemwandel Jetzt.“ (Ende Gelände, 2020h)* zum Ausdruck gebracht. Ein grundlegender Systemwandel wird gefordert, da im Sinne der Klimagerechtigkeit die Klimakrise als Resultat eines ungerechten Systems dargestellt wird. Kapitalismuskritik ist dabei zentral:

„Ohne eine Abkehr vom fossilen Kapitalismus ist weder eine ernstzunehmende Bekämpfung der Klimakrise noch globale soziale Gerechtigkeit möglich.“ (Ende Gelände, 2020c)

Beispielsweise bringt EG mit der Kampagne *#NotMyEnergiewende* die aktuelle Strategie der deutschen Energiewende mit *„Ungerechtigkeiten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltauswirkungen“* im globalen Süden in Verbindung (Ende Gelände, 2020k). Laut IP4 verstärken

aktuelle Strukturen und kapitalistische Machtverhältnisse sowohl koloniale Kontinuitäten als auch Ungleichheiten innerhalb Europas (Pos. 107). Innerhalb des bestehenden Systems können deshalb klimapolitische und humanitäre Ziele nicht erreicht werden.

„Ein tiefgreifender, sozial-ökologischer Wandel ist nötig, um ein gutes Leben für alle zu erreichen.“ (Ende Gelände, 2020c)

Ein *„gutes Leben für alle“* und Klimagerechtigkeit implizieren laut EG auch den Anspruch an Inklusion, den Abbau von Barrieren und die Ablehnung von menschenverachtenden Tendenzen (Ende Gelände, 2021b).

„Eine klimagerechte Zukunft kann nur antifaschistisch sein!“ (Ende Gelände, 2019)

IP1 betont diese Verbindung ebenfalls, *„wer für Klimagerechtigkeit kämpft, kämpft automatisch gegen Nazis“ (Pos. 92)*. Antifaschismus und die Ablehnung von *„rechtem Gedankengut“* wird vor allem dadurch begründet, dass diese zum Teil wissenschaftliche Grundlagen der Klimakrise leugnen, zu einer Diskursverschiebung sowie *„zur Legitimation von ausgrenzendem und unterdrückendem Verhalten“* beitragen (Ende Gelände, 2019).

Daran anschließend wird Rassismus abgelehnt, da in der Vergangenheit Rassismus Ausbeutung und Versklavung anderer Menschen und Länder legitimierte, diese Ausbeutung noch heute existiert und *„direkte Ursache der Klimakatastrophe“* ist (Ende Gelände, 2020j). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass laut EG Kapitalismus und unterdrückende Mechanismen wie Faschismus, Rassismus oder das Patriarchat eine klimagerechte Transformation verhindern, weshalb ein Systemwandel unumgänglich ist. IP1 nennt diese *„holistische Analyse von [...] Gegenwartszuständen“* als Motivation vieler Aktivist*innen, sich bei EG zu engagieren (Pos. 76).

Bezüglich eben genannter abstrakter Themen herrscht innerhalb von EG ein weitgehender Konsens, welcher beispielsweise durch den vorhin zitierten Aktionskonsens zum Ausdruck gebracht wird. Mit welchen Themen sich EG abseits des Kohleabbaus aus strategischer Sicht auseinandersetzt und worauf in Aktionen der Fokus gelegt werden sollte, wird jedoch intern kontinuierlich verhandelt. IP2 beschreibt die bisherige Entwicklung wie folgt:

„Ende Gelände ist ein Bündnis zuallererst gegen den Braunkohleabbau, dann wurde das irgendwann erweitert gegen Kohleabbau und Kohleverstromung und dann gab's so Anfang

2018 eine Öffnung hin auch zu anderen Themen, die im Bereich der Klimagerechtigkeit liegen“ (Pos. 97).

Folgend wird zusammengefasst, worauf durch diese Öffnung zu anderen Themen durch Statements, Maßnahmen oder Aktionen, der Fokus gelegt wurde und welche Alternativen unter dem Begriff „Systemwandel“ angeboten werden. Naheliegend ist eine Auseinandersetzung mit weiteren Akteur*innen im fossilen Energiesektor. EG formuliert dahingehend:

„Unser Ziel ist klar: Klimagerechtigkeit [sic]. Im Energiesektor bedeutet das 100% erneuerbare Energie, unter demokratischer Kontrolle, wo möglich regional. Schlussstrich für Ausbeutung von Mensch und Umwelt.“ (Ende Gelände, 2020e)

Damit kritisiert EG jegliche Form fossiler Energieerzeugung. Alternativen zu Kohle, wie Atom- oder Gaseenergie, bezeichnet EG als „falsche Lösungen“; zum Teil richteten sich auch Aktionen gezielt gegen diese Energieformen (Ende Gelände, 2020e, 2020l). Anknüpfend an Kapitalismuskritik fordert EG „Energiedemokratie“, wodurch der Wachstumszwang überwunden und eine gemeinwohlorientierte Energieerzeugung ermöglicht wird (Ende Gelände, 2020d). „Energiedemokratie“ wird dahingehend mit einer genossenschaftlichen, selbstorganisierten oder kommunalen Organisation verbunden (Ende Gelände, 2020d). Weiters wurden Themen aufgenommen, die für lokale Gruppen aufgrund ihrer lokalen politischen Rahmenbedingungen von höherer Relevanz waren:

„Weil bei uns ist halt der größte lokale Struggle, würd ich sagen, der Verkehr und das Mobilitätssystem. Es sitzt dort halt ein großer Automobilhersteller und da haben wir halt einen Ansatzpunkt gefunden, wie wir für Klimagerechtigkeit kämpfen wollen. [...] Und wir waren halt eine der ersten Ortsgruppen die dann halt eine Aktion, Ende Gelände Aktion gemacht hat, die halt nicht zum Thema Kohle war, sondern zum Thema Verkehr in dem Fall. Und so gibts natürlich noch viele weitere, Ernährungssouveränität, [...] antirassistische Themen und so weiter, die inzwischen alle unter Ende Gelände Label auch stattfinden können.“ (IP2: Pos. 97)

Mit steigender Anzahl an lokalen Gruppen und Aktivist*innen wurden somit vermehrt Themen aufgenommen und EG zu einem zentralen Akteur der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung.

Inwiefern die Auseinandersetzung mit strategischen Überlegungen und Grundsatzdiskussionen Spannungen

hervorrufen kann, zeigt der interne Diskurs zur aktuellen liberal-repräsentativen Demokratie. IP3 beschreibt die Spannung „zwischen Menschen, die in Parteien sind und Menschen die Parteien und Staat sehr stark ablehnen“ (Pos. 106).

IP3 betont weiters, dass „von großen Teilen in Ende Gelände [...] der Staat als Konstrukt [...] abgelehnt wird“ und Demokratie, verbunden mit staatlicher Steuerung, nicht ausreicht (Pos. 152).

„Demokratie im Sinne von parlamentarischer Demokratie, im Sinne von mehrheitlichem Entscheidungsverfahren oder so, ist es eher was, wo ich sagen würd: Ok, da will Ende Gelände von weg!“ (IP5: Pos. 69)

IP5 erwähnt, dass Aktivist*innen zum Teil in ihrer Kritik am Staat auf Strukturen von EG verweisen:

„Viele Menschen von Ende Gelände sagen: So, diese Organisation wäre, ist ein Schritt dahin, dass wir keinen Staat mehr brauchen!“ (Pos. 73)

Mit der grundsätzlichen Infragestellung des Staates oder der repräsentativen Demokratie identifizierte sich jedoch keine der interviewten Aktivist*innen in dieser Deutlichkeit. Dennoch herrscht ein weitgehender Konsens dahingehend, dass repräsentative Demokratie einen großen Entwicklungsbedarf aufweist. IP2 führt die Wien Wahl im Herbst 2020 als Kritik für fehlende Wahlberechtigung an:

„Dreißig Prozent der in Wien [...] lebenden Menschen hatten noch nicht einmal die Möglichkeit sich an [...] der sogenannten Demokratie überhaupt zu beteiligen, weil sie nicht wahlberechtigt waren.“ (Pos. 111)

IP4 bringt Kritik am Mehrheitssystem wie folgt zum Ausdruck:

„Find ich voll wichtig [...] mitzunehmen, was verschiedene Gruppen in der Gesellschaft für Bedürfnisse haben und das find ich grade in so einer diversen Gesellschaft super spannend und superwichtig, eben nicht nur zu sagen, keine Ahnung, wir sind vielleicht weiß und privilegiert und in der Mehrheit und deswegen machen wir Politik für uns und die Menschen, die halt irgendwie in der Minderheit sind, haben dadurch irgendwie viel weniger Mitspracherecht.“ (Pos. 93)

Aufgrund der aktuellen Missstände des demokratischen Systems betrachtet IP1 zivilen Ungehorsam als „notwendig, weil sich unsere demokratischen Prozesse auch nicht weiterentwickelt haben“ (Pos. 100).

Als mögliche Alternativen oder Ergänzungen werden unterschiedliche Ansichten und Modelle beschrieben.

Als „typisches Beispiel“ in der radikalen Linken wird der „demokratische Konföderalismus“ in Anlehnung an die autonome syrische Region Rojava genannt,

„wo eben viel auf einer untersten Ebene, auf Dorf- oder Straßenzugenebene organisiert wird und alles, was irgendwie sich auf der Ebene entscheiden lässt, wird auch dort entschieden und sonst gibt's eben Delegierte, die diese Entscheidungen auf einer höheren Ebene versuchen zu koordinieren.“ (IP4: Pos. 95)

Die verstärkte Einbindung von Menschen und dezentrale Organisation von unten, in kleineren Gruppen, sowie lokale Vernetzung werden mehrfach als erstrebenswerte Ziele beschrieben. IP1 ist der Meinung, „gesamtgesellschaftlich sollten sich so basisdemokratische Organisationsprozesse viel mehr durchsetzen [...] ich glaube einfach wirklich fest daran, dass kollektive basisdemokratische Prozesse bessere Ergebnisse bringen als hierarchische Prozesse. Wenn alle eingebunden sind, wenn alle mitdenken, so. Das erfordert an vielen Stellen Zeit und Kraft und Aufwand, aber es [...] verspricht viel bessere Ergebnisse“ (Pos. 94).

IP3 äußert dahingehen auch Bedenken bezüglich der Skalierbarkeit:

„Ein Staat ist einfach viel zu groß, um sich gut konsensorientiert zu organisieren, ist einfach schwierig vorstellbar für mich, aber generell diese Organisation, dass es einzelne Arbeitsgruppen, einzelne Regionen gibt, die Dinge für sich entscheiden und dann in die nächsthöhere Ebene getragen werden und auch wieder zurückgetragen werden, solche Verschränkungen, ja, fänd ich schon spannend, wenn das so gesamtgesellschaftlich so funktionieren würd!“ (Pos. 152)

Zusammenfassend beschreiben interviewte Aktivist*innen kein einheitliches und konkretes Bild, inwiefern sich Gesellschaft auf staatlicher Ebene in Anlehnung an Prozesse von EG organisieren ließe. Unterschiedliche Positionen zu Demokratie erklären, weshalb sich EG in ihrer Außenkommunikation zu keiner klaren Alternative zum aktuellen demokratischen System bekennt. Im Rahmen einer internen Reflexion der Positionierung von EG wurde laut IP3 deutlich,

„dass es auch schwierig ist auch innerhalb von Ende Gelände klare Positionierung zu bestimmten Themen zu finden, weil das Bündnis so divers ist [...] vielleicht lässt man's auch bewusst offen und entwickelt keine Haltung dazu, weil das gar nicht funktionieren würde oder weil man dann echt Leute verlieren würde und das ist dann irgendwie doch nicht so wichtig. Man hangelt sich dann eher mehr so von Fall

zu Fall.“ (Pos. 110)

Die Rolle von EG im politischen System beschreiben Aktivist*innen wie folgt:

„Ende Gelände ist für mich eine soziale Bewegung und soziale Bewegungen sind so außerparlamentarische Zusammenschlüsse vielleicht von Menschen. Also genau, Organisationsformen von Menschen, die für bestimmte Themen Aufmerksamkeit schaffen wollen und [...] zum anderen versucht Ende Gelände aber auch [...] quasi Utopien sichtbar zu machen.“ (IP4: Pos. 105)

Auch schafft EG laut IP1 Reflexionsräume:

„Also, wo ich das Gefühl hab, auch die Reflexion über eigentlich Demokratie findet in solchen Prozessen viel, viel mehr statt als gesamtgesellschaftlich“ (Pos. 100).

EG nimmt innerhalb der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung eine wichtige strategische Rolle ein. Von Anfang an strebte EG nach einem internationalen Austausch und gezielter Vernetzung, um Themen der Klimagerechtigkeit auf die politische Agenda zu bringen (Ende Gelände, 2020d: 9). Zudem reicht es laut IP2 nicht mehr „in Anführungszeichen nur auf Demos rumzulatschen, das soll nicht abwertend klingen, aber wir müssen irgendwie einen Schritt weiter gehen und den Finger wirklich in die Wunde legen“ (Pos. 113). EG leistet wichtige „Basisarbeit“, um Menschen für zivilen Ungehorsam zu mobilisieren (Pos. 113). Besonders wird das bereichernde Gefühl von Empowerment und Selbstermächtigung durch Aktionen des zivilen Ungehorsams betont. Mit einer Ausnahme wurde von allen interviewten Personen auf dieses Gefühl, als eine zentrale Motivation sich bei EG zu engagieren, hingewiesen:

„Ich glaub mein grundsätzlicher Antrieb ist, dass ich das erste Mal das Gefühl hab, nicht vollständig alternativlos auf eine Klimakrise zuzulaufen!“ (IP6: Pos. 113)

IP1 ist der Meinung,

„...das, was wir tun, gerade in einem Bündnis wie Ende Gelände und in der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung oder in der Klimagerechtigkeitsbewegung weltweit, ist das Beste, was wir gerade tun können. Uns organisieren, aktiv werden, nicht den Kopf in den Sand stecken und gegenseitig stützen“ (Pos. 102).

Durch diese Statements zeigt sich, dass EG von den interviewten Personen als wichtiges Element der derzeitigen Demokratie wahrgenommen wird. In Bezug auf die Umsetzung von Idealen auf organisationsinterner Ebene wurde EG mehrfach als „basisdemokratisch“

bezeichnet. Für IP4 steht Basisdemokratie

„dafür, dass sich die Menschen, die sich dem Bündnis zugehörig fühlen, [...] gemeinsam Entscheidungen fällen, bei denen die Bedürfnisse der verschiedenen Beteiligten, auf die geachtet wird und einbezogen werden und dass es nicht irgendwie eine Gruppe von Menschen gibt, die da einfach alles entscheidet und vorgibt, wie was passieren soll“ (Pos. 103).

Als ideale Form der Entscheidungsfindung wird dahin-

gehend die Konsensfindung genannt. Für IP3 erweckte vor allem die erfolgreiche Arbeitsweise in Zusammenhang mit der Größe des Bündnisses ihre Neugierde und so bezeichnet sie diese als anfängliche Motivation, Teil von EG zu werden (Pos. 156). Wie interne Konsensfindung und Arbeitsweise konkret gestaltet werden, wird in den folgenden Kapiteln beschrieben.

4.2 Organisationsstruktur

Um den Bündnisbegriff greifbarer zu machen, werden in diesem Kapitel zentrale EG-Gruppen und Treffen genauer erläutert. Die detailliertere Beschreibung einzelner Gruppen hebt nicht deren besondere Bedeutung hervor, sondern begründet sich in

der Datenverfügbarkeit durch die Interviews. Abbildung 6 ist ein Versuch, das System Bündnis am Beispiel von EG illustrativ darzustellen. Aus anschließenden Unterkapiteln ist eine Erläuterung der hier ersichtlichen Elemente zu entnehmen.

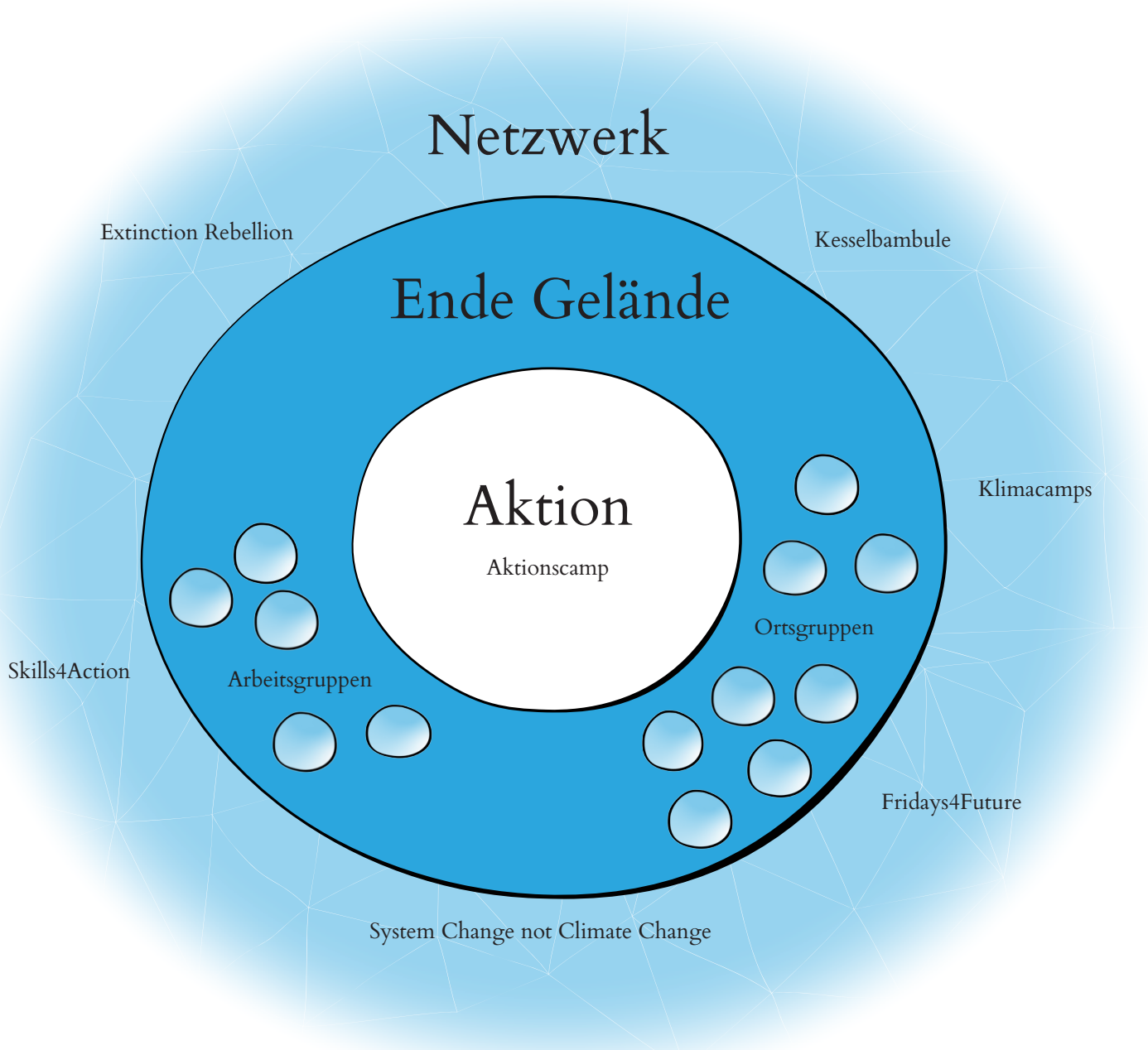


Abbildung 6: Struktur des Bündnisses Ende Gelände (eigene Darstellung)

4.2.1 Aktionen

„Wenn's keine Aktion gibt, dann läuft Ende Gelände nicht!“ (IP3: Pos. 118)

Dieses Statement verdeutlicht die Bedeutung der Aktionen für EG. EG wird auch als „Aktionsbündnis“ bezeichnet (IP2: Pos. 73), weshalb die Aktionen in Abbildung 6 im Zentrum stehen. Im Außenauftritt sind in erster Linie die Massenaktionen von EG sichtbar. Neben den (jährlichen) Massenaktionen gegen u.a. Braunkohle, finden unter dem EG Label vielfach kleinere Aktionen statt, die sich gegen verschiedenste Projekte richten, welche mit den Werten von EG in Konflikt

stehen. Im Zuge von Aktionen wird versucht, auch unter enormem Zeit- und Handlungsdruck und mit mehreren tausend Personen, basisdemokratische Entscheidungen zu ermöglichen. Dafür ordnen sich Aktivist*innen bestimmten Bezugsgruppen zu und zudem werden z.B. „Delegiertenplenar“ abgehalten. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt jedoch auf den Strukturen von Arbeitsgruppen und Ortsgruppen. Einen detaillierteren Einblick bezüglich der Organisation und Entscheidungsfindung während einer Aktion bieten Vandepitte et al. (2019).

4.2.2 Aktionscamp

Aktionscamps bieten für den unmittelbaren Zeitraum vor, während und nach Aktionen notwendige Infrastruktur wie Verpflegung, sanitäre Einrichtungen und Schlafmöglichkeiten. Aktionscamps werden zum Teil auch als Klimacamps bezeichnet oder finden im Rahmen von Klimacamps statt. Hier findet die Vorbereitung auf die Aktion durch Aktionstrainings, Rechtshilfe-Workshops und Austausch in Bezugsgruppen statt. Auf Aktionscamps treffen Ortsgruppen, Arbeitsgruppen, aber

auch Aktivist*innen ohne konstanter Verbindung zu oder struktureller Einbindung in EG aufeinander. Aktionscamps und der dafür notwendige Rahmen werden von EG-Arbeitsgruppen, und zum Teil auch Ortsgruppen, geschaffen (IP2: 5). Das gemeinsame Zusammenkommen und der Austausch auf den Camps ermöglichen koordinierte Aktionen mit mehreren tausend Menschen. Somit sind Aktionscamps zentral für die erfolgreiche Umsetzung der Massenaktionen.

4.2.3 Arbeitsgruppen

Eine Arbeitsgruppe (AG) arbeitet zu einem bestimmten Thema bzw. übernimmt konkrete Aufgaben und Funktionen. AGs unterscheiden sich stark in ihrer Größe, der Häufigkeit von Treffen, Konstanz und Arbeitsintensität (Ende Gelände, 2020e: 8). Beispielsweise arbeitet die Aktionslogistik-AG in einem „zwei Wellen-System“ (IP6: Pos. 23). Die Aktionslogistik-AG Kerngruppe ist langfristig aktiv, Monate vor der Aktion, in der sogenannten „ersten Welle“. Materialien, wie zum Beispiel Maleranzüge, das Wiedererkennungsmerkmal der Aktivist*innen, Kommunikationsmaterialien, Autos und Handys müssen bereits vor der Aktion organisiert werden. Die zweite Welle beginnt laut IP6 zehn Tage vor der Aktion, in dieser Phase werden notwendige Vorbereitungen für die Aktion getroffen (Pos. 23). Einige Aktivist*innen stoßen erst in dieser Phase zu der Aktionslogistik-AG, wodurch sich das Team vergrößert. Somit sind die Arbeitsinten-

sität und Mitgliederanzahl innerhalb dieser AG je nach Phase sehr unterschiedlich. Prinzipiell sind AGs eigenständige Gruppen, mit eingeschränktem Informationsfluss zwischen den Gruppen:

„Also die AG Internationales weiß nicht, was die AG Moby unbedingt macht, außer es gibt halt irgendwie Überschneidungspunkte und man wird abgesprochen.“ (IP3: Pos. 38)

Im Gegensatz dazu arbeiten einzelne Gruppen je nach Bedarf auch sehr eng zusammen, z.B. während einer Aktion die Aktions-AG mit der Aktionslogistik-AG. Folgende Übersicht der EG-Arbeitsgruppen basiert auf der Listung der EG Homepage (Ende Gelände, 2021a) und wurde durch Informationen aus den Interviews ergänzt. Es handelt sich nur um eine Momentaufnahme – auch im Laufe des Schreibprozesses dieser Masterarbeit hat sich diese Struktur weiter verändert.

-Aktions-AG

ist zuständig für die Planung, Vorbereitung und Organisation der EG Aktionen; „*Aktions-AG [...] ist halt irgendwie so das Herzstück von Ende Gelände, wenns keine Aktion gibt dann läuft Ende Gelände nicht!*“ (IP3: Pos. 118)

-Aktionslogistik-AG

organisiert und verwaltet Aktionsmaterial, sorgt für Verpflegung und Versorgung mit notwendigen Ressourcen der Aktivist*innen während der Aktion

-Antira-AG

versucht vor allem interne Reflexionsprozesse bezüglich Rassismus anzustoßen, z.B. durch das Verfassen von „*antirassistischen Infomails*“

-Anti-Repressions-AG

ermöglicht Aktivist*innen durch Workshops und Informationen mögliche rechtliche Konsequenzen und Repressionen abschätzen zu können und kommuniziert Handlungsempfehlungen

-Bildungs-AG

sammelt und verwaltet Bildungsmaterialien, macht interne und externe Weiterbildungsangebote zugänglich; zukünftig soll eine Skillshare-Plattform angeboten werden

-Camp-AG

Vorbereitung, Organisation, sowie Auf- und Abbau der Infrastruktur des Aktionscamp

-Finanz-AG

Beschaffung und Verwaltung des Budgets von AGs und des Gesamtbündnisses

-Homepage-AG

betreibt die EG-Website und verwaltet die Inhalte

-International-AG

arbeitet an der internationalen Vernetzung von EG; ist zuständig für Übersetzungen bei Treffen und von Informationen; vertritt Bedürfnisse internationaler Aktivist*innen und Gruppen, welche beispielsweise bei Aktionen teilnehmen wollen

-Mobilisierungs-AG

erstellt und verwaltet Mobilisationsmaterialien; unterstützt bei der Organisation von Info-Veranstaltungen; koordiniert Busse für die Anreise zur Aktion

-Moderations-AG

Vorbereitung, Gestaltung und Moderation von Bündnistreffen

-Polizeikontakt-AG

Kommunikation mit der Polizei vor und während Aktionen

-Presse-AG

Verfassen und Veröffentlichung von Pressemitteilungen und Artikeln; steht in Kontakt mit Medien, Reporter*innen, Fotograf*innen, Radio und gibt Interviews

-Prozess-AG

behält den Überblick über EG interne Prozesse, Aufgaben, Zuständigkeiten und ist Anlaufstelle für damit verbundene organisatorische und emotionale Anliegen

-Sani-AG

Sanitäter*innen versorgen bei Bedarf Aktivist*innen während Aktionen medizinisch

-Sicherheits-AG Seekuh

Gewährleistung der Sicherheit im Rahmen des Camps, u.a. durch Bildungsarbeit

-Kleingruppe „EG loves Danni“

unterstützt die Waldbesetzung des Danneröder Waldes zur Verhinderung des Baus der Autobahn A49

-Kleingruppe „Gegen Rechts“

macht Verbindungen zwischen Klimagerechtigkeit und „*rechtem Gedankengut*“ sichtbar, u.a. durch Erarbeitung eines Positionspapiers; Mobilisierung gegen rechte Gruppierungen; Vernetzung mit Migrant*innen, Geflüchteten und antifaschistische Gruppen

-Kleingruppe „Sozialökologische Kämpfe“

versucht Klimakämpfe mit sozialen Auseinandersetzungen und Bewegungen zu verbinden, u.a. durch Vernetzung mit anderen Bündnissen

4.2.4 Lokale Gruppen

Unter lokalen Gruppen werden in dieser Arbeit alle Gruppen bezeichnet, welche EG als solche auf ihrer Website listet; dies sind mehr als 80 Gruppen. Lokale Gruppen umfassen sogenannte Ende Gelände-Ortsgruppen (OGs) und weitere Gruppen, welche sich als Teil von EG identifizieren, dies jedoch nicht in ihrem Namen zum Ausdruck bringen. Laut IP5 ist eine Ortsgruppe eine autonome Gruppe, die sich dem Bündnis zugehörig fühlt (Pos. 35). Ob eine Gruppe als EG-Ortsgruppe bezeichnet wird, können diese somit selbst entscheiden. Von Seiten des Bündnisses gibt es

„...keine Kriterien, die man erfüllen muss, um in einer Ortsgruppe zu sein; das ist jeder Gruppe selbst überlassen, wie sie sich framed und nennt“ (IP5: Pos. 35).

Dahingehend lässt sich ebenfalls die bereits genannte schrittweise inhaltliche Öffnung von EG anführen, wodurch eine veränderte Haltung des Bündnisses zu Ortsgruppen sichtbar wird.

„Am Anfang war so ein bisschen der Konsens innerhalb vom Ende Gelände Bündnis: Hey, wenn ihr als Ortsgruppe diesen Slogan „Ende Gelände“ verwendet, dann agiert bitte im Sinne von Ende Gelände!“ (IP2: Pos. 97)

Aktuell beschreiben die IP's die offizielle Anerkennung als EG Ortsgruppe als sehr niederschwellig. Personen einer Gruppe müssen

„...nur die Zugangsdaten irgendwo herbekommen, für diese, diese Telefonkonferenzen, was das ja sind. Und dafür müssten sie mal auf einem Bündnistreffen gewesen sein, also einzelne Menschen aus der Gruppe, auch nicht alle.“ (IP5: Pos. 37)

Üblicherweise übernehmen OGs bündnisrelevante Aufgaben wie Mobilisierung für Aktionen des Bündnisses, Organisation von Infoveranstaltungen oder Aktionstrainings und Social Media Arbeit. Zum Teil organisieren OGs auch eigene Aktionen. Trotz der Offenheit bezeichnen sich unter den von EG gelisteten lokalen Gruppen nicht alle als EG-Ortsgruppe.

„Es gibt ja auch viele Ortsgruppen, die sich wirklich, also die sich nicht Ortsgruppe Ende Gelände nennen, sondern irgendwie Klimagruppe xy, um sich auch eine gewisse Autonomie zu bewahren, aber faktisch eigentlich eine Ortsgruppe sind.“ (IP5: Pos. 33)

Als eine Motivation für lokale Gruppen Teil von EG zu werden und an Treffen teilzunehmen, nennt IP5 die „riesige Plattform“ und Ressourcen, die EG bietet (Pos. 35). Das weite Spektrum lokaler Gruppen lässt bereits vermuten, dass diese in ihrer Struktur, Arbeitsweise und Größe sehr unterschiedlich sind. Laut IP5 ist es „jeder Ortsgruppe selbst überlassen, wie sie sich organisiert“ (Pos. 13), dennoch orientieren sich die meisten OGs „schon sehr stark an der Struktur vom Bündnis“ (Pos. 29). In München gibt es in Anlehnung an das Bündnis eine Prozess-, Awareness- und Finanz-AG. Weiters arbeiten in München Gruppen gezielt zu bestimmten Themen. IP5 unterscheidet dahingehend zwischen „Verwaltungs-AGs und inhaltlicher Aktions-AGs“ (Pos. 13). Im Gegensatz dazu beschreibt IP1 in Bezug auf die Ortsgruppe Aachen: „So richtig formalisierte AGs haben wir zum Beispiel nicht“ (Pos. 12).

Die Ortsgruppe Wien wird von den interviewten Aktivist*innen generell weniger als eigenständige Ortsgruppe betrachtet, vielmehr werden Aufgaben von den Gruppen der Bewegung „System Change not Climate Change Österreich“ mitgetragen. In der Erarbeitung eigener Strukturen werden OGs nicht prinzipiell vom Bündnis begleitet, vielmehr liegt es in der Eigenverantwortung einer Gruppe, funktionierende Strukturen aufzubauen. Das Bündnis und die AGs dienen dahingehend als Plattform und können bei Bedarf herangezogen werden.

„Letztendlich ist es eine basisdemokratische Gruppierung und Menschen dürfen machen, was sie brauchen; so und klar, alle sind dafür verantwortlich, sich selbst um die Dinge zu kümmern, die sie brauchen!“ (IP5: Pos. 41)

Zusammenfassend lässt sich sagen, die Struktur der AGs auf Bündnisebene dient als Orientierung für die interne Struktur von OGs, in der Praxis sind diese sehr unterschiedlich und oft werden zentrale Funktionen und Aufgaben von einzelnen Personen übernommen.

4.2.5 Bündnistreffen

Das Bündnistreffen gilt als „das wichtigste Element“ (IP2: Pos. 107) für Diskussionen und Entscheidungsfindung. Es werden Austauschräume für Arbeitsgruppentreffen und Kleingruppenphasen geschaffen und sowohl aktionsspezifische Themen als auch inhaltliche Themen und Grundsatzfragen verhandelt. Veränderungen an der Struktur, wie z.B. die Einführung neuer AGs, können in diesem Rahmen vom Bündnis beschlossen werden.

Das Bündnistreffen ist ein Ort, an dem interessierte Personen mit dem Bündnis in Berührung kommen können; es werden Struktur, AGs und Entscheidungsformen vorgestellt und Teilnehmende eingeladen, in AGs einzusteigen. Laut IP5 „muss man schon mal auf

einem Bündnistreffen gewesen sein, [...] um ein Gefühl dafür zu kriegen, wie Ende Gelände funktioniert“ und um die komplexen Strukturen von EG zu verstehen (Pos. 39).

Üblicherweise ist das Bündnistreffen ein physisches Treffen, findet im Abstand von ein bis zwei Monaten statt (Ende Gelände, 2017) und dauert drei Tage. Seit Ausbruch der Corona Pandemie wurde das Treffen online abgehalten. Das Bündnistreffen ist zugänglich für alle Menschen, die „wissen, wo es stattfindet“ (IP5: Pos. 43). Diese Information wird üblicherweise über den E-Mail-Verteiler kommuniziert oder auch auf der Website veröffentlicht. Bisher nahmen bis zu maximal 200 Personen teil (IP3: Pos. 38).

4.2.6 Koordinierungsplattform (KOPLA)

Die Koordinierungsplattform gilt als „Delegierten-Entscheidungsgremium“ und findet, je nach Bedarf, zwischen den Bündnistreffen statt (Ende Gelände, 2017). Die KOPLA ist eine Telefonkonferenz für Delegierte aus den Orts- und Arbeitsgruppen. Entscheidungen

und Themen, die nicht bis zum nächsten Bündnistreffen aufgeschoben werden können, werden hier bearbeitet. Somit gilt die KOPLA zusätzlich zum Bündnistreffen ebenfalls als zentrale Entscheidungsinstanz.

4.2.7 Gruppenplattform (GRUPLA)

Laut IP5 ist die KOPLA „vor allem für die AGs vom Bündnis gedacht und GRUPLA vor allem für die Ortsgruppen“ (Pos. 37). Diese Aussage steht zu einem gewissen Grad in Widerspruch mit der Beschreibung, dass die KOPLA aus Delegierten der Orts- und Arbeitsgruppen besteht (Ende Gelände, 2017; IP2: Pos. 35, 72). In jedem Fall wurde die GRUPLA von den OGs gegründet und

dient als Plattform für lokale Gruppen, die sich als Teil von EG sehen. Die GRUPLA funktioniert ebenfalls auf Delegiertenbasis, es „sollte eigentlich pro Ortsgruppe immer eine Person präsent sein“ (IP2: Pos. 35). Dieses Zitat lässt bereits vermuten, dass auch bei der GRUPLA nicht immer alle relevanten Gruppen vertreten sind bzw. sein müssen.

4.2.8 Informelle Strukturen

Im Rahmen der Interviews wurden weitere, dem Bündnis zugehörige Gruppen und Zusammenschlüsse genannt, welche nicht auf der Website gelistet werden:

„Wenn man dann so ein bisschen tiefer in Ende Gelände reingeht, dann merkt man halt auch, dass es irgendwie diese regionalen Absprachen mit Gruppen halt gibt, dass irgend so ein paar Ortsgruppen, die arbeiten immer zusammen und dann werden diese Informationen auch von einzelnen Leuten hin und her getragen, also es ist keine richtige formelle

Organisationsstruktur.“ (IP3: Pos. 9)

Auf Basis der beiden Kategorien Orts- und Arbeitsgruppe lässt sich somit die Struktur von EG nicht vollständig beschreiben. IP3 beschreibt beispielsweise einen losen Zusammenschluss von Österreich und Süddeutschland:

„Da geht's hauptsächlich halt irgendwie da drum, wie also einerseits der Informationsfluss von dem Bündnis zu Regionalgruppen in Süddeutschland und halt in Gruppen, die mit

Ende Gelände zusammenarbeiten, wie zum Beispiel System Change not Climate Change; und andererseits, also Informationen hin und her zu tragen, einerseits und dann halt auch irgendwie die Beschlüsse dann nachzubesprechen und wieder praktisch Informationen dazu hochzutragen; und so ein bisschen, so die Verschränkung ist das halt so zwischen, es ist irgendwie so eine Art Zwischenebene noch zwischen Regionalgruppen und dem Bündnis.“ (Pos. 7)

4.2.9 Netzwerk

Vereinfacht wurden bisher alle Gruppen als Teil von EG bezeichnet, welche EG als solche auf der Homepage anführt. Da EG jedoch als „breiter Zusammenschluss von Menschen“ diverser Gruppen der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung und linker Politgruppen gilt (Ende Gelände, 2021a), scheint die Beschränkung auf bisher genannte Gruppen nicht hinreichend, um den Bündnisbegriff zu erklären. Auch in den Interviews wurde klar, dass weitere Gruppierungen wichtige Rollen im Bündnis einnehmen. Diese werden in dieser Arbeit dem sogenannten Netzwerk von EG zugeordnet. In den Interviews genannte Gruppierungen und Verbindungen zu Personen werden in diesem Kapitel zusammengefasst. IP4 sieht „die Zusammenarbeit mit anderen Akteurinnen in der Klimagerechtigkeitsbewegung“ (Pos. 51) als ein Ziel des Bündnisses. Sowohl auf lokaler Ebene durch OGs als auch auf Bündnisebene. IP4 nennt bezüglich der Zusammenarbeit auf Ortsgruppenebene in Stuttgart ein lokales Bündnis namens „Kesselbambule“, „Fridays for Future“ und verweist auf weitere „linke Gruppen“ (Pos. 51). Laut IP4 hat Kesselbambule „...so verschiedene kapitalismuskritische und Klimagerechtigkeitsaktionen in Stuttgart organisiert, unter anderem bei so einem Autogipfel bei Porsche und im Rahmen vom Klimastreik letztes Jahr und da wird insgesamt, wurde in Stuttgart, auch mehr zum Teil mehr zum Thema Verkehr gearbeitet, weil das dort sehr präsent ist; und auch zum Danni zum Beispiel, also dort gab’s auch extra irgendwie so ein, so eine Soliaktion mit dem Danni und das wurde auch ins Bündnis zum Beispiel getragen, dass diese Ortsgruppe zum Danni arbeitet.“ (Pos. 7)

Die nach wie vor existierende enge Verzahnung zu den Waldbesetzungen des Dannenröder Forsts, kurz Danni, und des Hambacher Forsts, kurz Hambi, wird

Abseits der formellen Struktur sind vor allem auch interne personelle Verbindungen zentral. Interviewte Aktivist*innen sind zum Teil in mehreren Gruppen tätig oder wechselten im Laufe der Zeit zwischen Gruppen. Laut IP5 ist es gut, „wenn Menschen, die im Bündnis aktiv sind, ja auch präsent sind in der Ortsgruppe, um so ‘nen Informationsfluss auch aufrecht zu erhalten.“ (Pos. 7)

auch von IP1 (Pos. 2) genannt und beispielsweise durch die EG-Kleingruppe „EG loves Danni“ deutlich. Die Zusammenarbeit mit Fridays for Future spielt auch in der Ortsgruppe Aachen eine wichtige Rolle. In Wien wurden im Rahmen des Klimacamps Mobilisierungsveranstaltungen organisiert und Kurzfilme zu EG gezeigt. Ein expliziter Raum zur Vernetzung wurde Anfang 2020 durch eine Konferenz „von verschiedenen Akteur*innen der Klimagerechtigkeitsbewegungen im deutschsprachigen Raum“ geschaffen (IP4: Pos. 51). Analog zu dem vorherigen Kapitel zu informellen Strukturen spielen ebenfalls auf Netzwerkebene personelle Verbindungen eine zentrale Rolle. Jede der interviewten Personen ist zumindest in einer weiteren aktivistischen Gruppe außerhalb der formellen Bündnisstrukturen aktiv, sowohl im ehrenamtlichen als auch Lohnarbeitskontext. Vielfach existieren personelle Überschneidungen oder es werden Ressourcen und Räumlichkeiten mit Organisationen innerhalb der linken Szene geteilt.

Auf einer individuellen Ebene spielen für IP4 autonome Kleingruppen oder sogenannte „Bezugsgruppen“, welche auch, aber nicht nur, im EG Kontext agieren, eine wichtige Rolle (Pos. 39). Aktivist*innen der Gruppe, welcher sich IP4 zugehörig fühlt, verbindet eine „gemeinsame Aktionsform, die die Menschen irgendwie gerne durchführen“ und versuchen durch diese Aktionsform „andere politische Projekte und Bewegungen zu unterstützen, die uns als Gruppe relevant erscheinen und wichtig sind“ (Pos. 43). Dieser Gruppe ist ein „linkes emanzipatorisches Ziel“ wichtig; bezüglich der konkreten Themen von Aktionen sind sie jedoch offen (IP4: Pos. 45).

Daran anschließend bezeichnet IP5 Menschen in

ihrem Umfeld mit ähnlichem „Aktionslevel“³ zu denen sie eine gute Verbindung hat als „Metacrew“.

„Wenn man einige Jahre in so einer Organisation auch ist oder so einer Gruppierung, ne, entsteht ja auch immer so eine Metaebene von Menschen, die vielleicht jetzt nicht mehr sich Ende Gelände zugehörig fühlen oder auch ein bisschen weggegangen sind.“ (Pos. 65)

Für EG spielen diese Personen eine wichtige Rolle, da sie „prinzipiell auch bei Aktionen auch dabei sind“, auf deren Wissens- und Erfahrungsschatz zurückgegriffen werden kann und auch weitere Kampagnen wie „Sand im Getriebe“ oder „Ende Geländewagen“ daraus entstanden sind.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Trainer*in-

nennetzwerk „Skills4Action“ zu. Dieses unterstützt aktivistische Gruppen vor Aktionen des zivilen Ungehorsams mit u.a. Aktionstrainings und Trainings zu Entscheidungsfindung und Gruppenprozessen (IP5: Pos. 99). Laut IP1 entstand dieses Netzwerk im Kontext der „G8 und G20“ Proteste, noch bevor EG existierte (Pos. 6). EG zieht dieses Netzwerk üblicherweise vor großen Aktionen heran, um Aktivist*innen auf die Aktion vorzubereiten. Zwischen EG und Skills4Action bestehen einerseits personelle Überschneidungen und andererseits sind Module zum Teil „auf Ende Gelände zugeschnitten“, wie zum Beispiel das Modul „Polizeiketten durchfließen“ (IP6: Pos. 99).

4.3 Kommunikations- und Entscheidungsprozesse

Aufbauend auf den Ergebnissen zur EG internen Struktur werden in diesem Kapitel Grundprinzipien und Methoden der Kommunikations- und Entscheidungsprozesse systematisch dargestellt.

Das vorherige Kapitel zeigt, dass sich mehr als 100 Gruppen EG zugehörig fühlen. Jede Gruppe ist eigenständig in der konkreten Umsetzung der internen Kommunikations- und Entscheidungsprozesse. Eine vollständige Darstellung der Prozesse ist in dieser Arbeit nicht möglich. Vielmehr wurde versucht, die zugrundeliegenden Grundprinzipien und Mechanismen und wie diese in der Praxis angewendet werden, herauszuarbeiten.

Für ein besseres Verständnis ist in dieser Arbeit relevant, inwiefern interne Kommunikations- und Entscheidungsprozesse von EG an jene der Klimagerechtigkeitsbewegung anschließen und diese weiter-

entwickeln. IP1 beschreibt dahingehend, dass die Entscheidungskultur von „Praktiken, die so grob innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung gelebt werden“, geprägt ist (Pos. 38). IP3 erklärt die Wurzeln der EG internen Prozesse wie folgt:

„Ende Gelände ist ja eigentlich ein Bündnis, das heißt das besteht auch aus verschiedenen Gruppen, die sich zu Ende Gelände zusammengeschlossen haben, auch wenn man das heute nicht mehr so merkt, aber die wahrscheinlich sich zusammengesetzt haben mit ihren verschiedenen Kulturen und gesagt haben, so, das wollen wir übernehmen und das nicht!“ (Pos. 68)

Erfahrungen wurden somit aus bestehenden Strukturen zusammengetragen und daraus die Arbeitsweise von EG entwickelt.

³ Das Aktionslevel gibt vor in welchem Ausmaß ein*e Aktivist*in bereit ist, mögliche rechtliche Konsequenzen und Repression in Kauf zu nehmen.

4.3.1 Rahmenbedingungen und Einschränkungen der Mitbestimmung

Innerhalb von EG treffen Menschen in unterschiedlichsten Settings aufeinander. Diese Settings beeinflussen, in welcher Form kommuniziert und entschieden werden kann.

Einen starken Einfluss auf Kommunikations- und Entscheidungsprozesse hat die *Anzahl der teilnehmenden Personen* an Plenen. Die Mitgliederanzahl der OGs ist sehr unterschiedlich und reicht beispielsweise von Berlin mit 150 Personen bis Aachen mit 15 bis 20 Personen. Als größte Treffen, bei denen tatsächlich Entscheidungen getroffen werden, gelten die Bündnistreffen. Nur auf den Aktionscamps finden Plenen mit höherer Teilnehmer*innenanzahl statt. Hier werden jedoch keine Grundsatzentscheidungen getroffen und diese sind nicht Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit.

Weiters variiert die Häufigkeit von Treffen sehr stark. Die Spannweite reicht von Bündnistreffen, welche alle ein bis zwei Monate stattfinden, bis zu Plenen der Aktionslogistik-AG, welche während der Aktion mehrmals täglich stattfinden. Befragte OGs treffen sich in der Regel einmal pro Woche, wobei sich dies im Laufe der Zeit entwickelt:

„...also am Anfang einmonatige, dann alle zwei Wochen [...] und dann hatten wir [...], im September 2018 unsere erste eigene Aktion und dann war eh klar: Ok, mindestens einmal pro Woche!“ (IP2: Pos. 51)

Zentral ist die Unterscheidung zwischen physischen Treffen und Onlinetreffen. Onlinetreffen und Telefonkonferenzen haben bei EG bereits eine lange Tradition. Dies lässt sich auf die räumliche Distanz der Gruppen zurückführen, wodurch regelmäßige physische Treffen zum Teil schwer umsetzbar sind. Plenen von OGs und Bündnistreffen finden üblicherweise physisch statt. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie wurden diese jedoch auch überwiegend online abgehalten.

Eine Einschränkung stellt die Tatsache dar, dass EG vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft wurde, was mit einer latenten „verstärkten Überwachung“ verbunden ist. Aus diesem Grund arbeiten manche Gruppen möglichst verdeckt. Beispielsweise wird nicht kommuniziert, welche Personen Teil der Aktions-AG sind. Dies hat einen Einfluss auf das Gesamtbündnis und schränkt einerseits die Transparenz, andererseits die Möglichkeiten von Aktivist*innen sich einzubringen, ein.

4.3.2 Formen der Mitbestimmung

Um Prozesse verständlich und übersichtlich darzustellen, wurde eine vereinfachte Gliederung in vier Kategorien vorgenommen. In der Literatur zu Demokratietheorien identifizierte Darstellungen erwiesen sich für

den Fall von EG als nicht geeignet, weshalb eine eigene Gliederung entwickelt wurde. Folgende Kategorien beschreiben in erster Linie, wo und in welcher Art und Weise Personen und Gruppen mitgestalten können.

4.3.2.1. Direkte Mitbestimmung

Die Kategorie Direkte Mitbestimmung bezieht sich auf Kommunikations- und Entscheidungsprozesse innerhalb von Gruppentreffen, Bündnistreffen, der KOPLA oder GRUPLA. Folgend werden diese Treffen auch als „Plenum“ bzw. „Plena“, bezeichnet. Gemäß dem Ideal von EG können alle anwesenden Personen eines Plenums gleichermaßen teilhaben und im Konsens mitbestimmen. Inwiefern direkte Mitbestimmung umgesetzt wird, wird folgend beschrieben.

Die Frage, wer anwesend ist, führt zu dem Thema der Offenheit von Gruppen und Treffen. Treffen von Orts- und Arbeitsgruppen der interviewten Aktivist*innen werden tendenziell nicht nach außen kommuniziert. Die OG Aachen organisiert zum Beispiel „dann lieber so alle zwei drei Monate mal ein öffentliches, also Vollmitgliedertreffen“ (IP1: Pos. 32). IP5 betont ebenfalls, dass sie in der OG München auch „keine öffentlichen Plena machen, sondern erst einzeln irgendwie Leute mal treffen und schaun, wer so da

ist und die irgendwo auch abholen, wo sie grad sind.“ (Pos. 29)

Dahingehend gibt es jedoch „sehr unterschiedliche Meinungen“ (IP1: Pos. 32). IP1 erwähnt: „Ich hab mal gehört, EG Berlin hat es eine Zeit lang immer offen.“ (Pos. 32). Offene Treffen bringen eine hohe Fluktuation und damit verbundene Schwierigkeiten mit sich. Dennoch, Bündnistreffen sind offen für alle Interessierten. An einer KOPLA oder GRUPLA teilzunehmen, ist vergleichsweise hochschwellig. Grundsätzlich bemüht sich EG im Rahmen von offenen Bündnistreffen möglichst viele Diskussionen zu führen, Informationen zu kommunizieren und Entscheidungen zu treffen (Ende Gelände, 2020i). Aufgrund organisationssoziologischer und methodischer Herausforderungen kommen jedoch weitere Formen der Mitbestimmung zum Einsatz. Gemäß Abbildung 7 können alle anwesenden Personen direkt zu einem Thema arbeiten; dies umfasst Entscheidungsfindung sowie Diskussionen oder Informationsweitergabe.

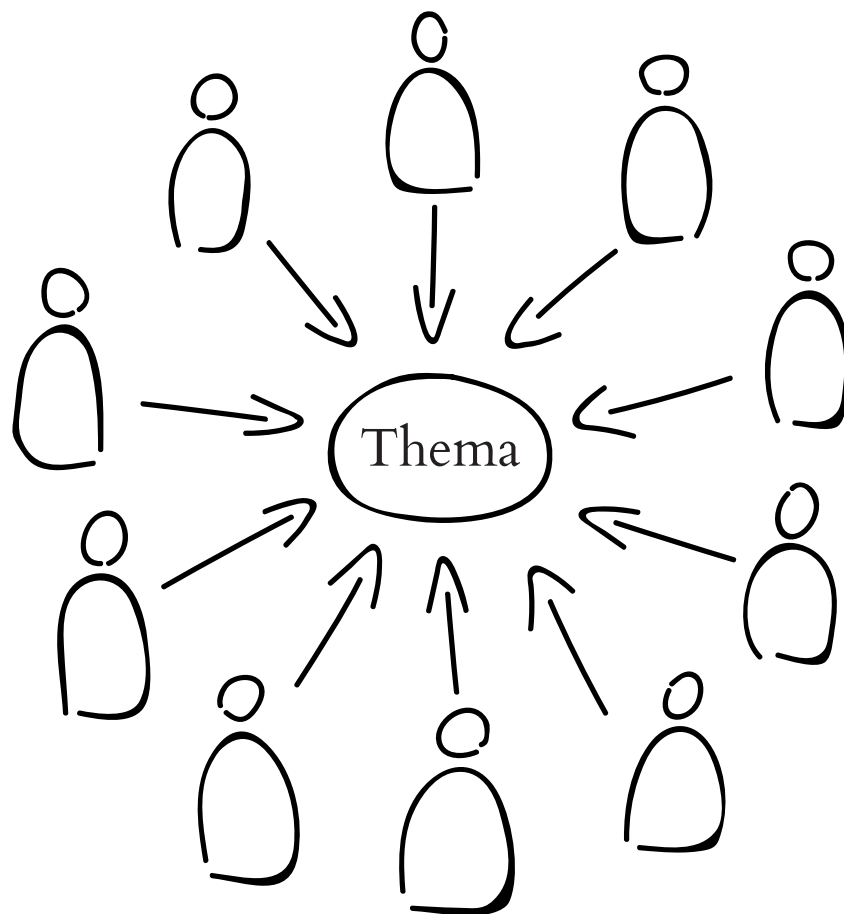


Abbildung 7: Direkte Mitbestimmung (eigene Darstellung)

4.3.2.2. Delegation von Personen und Entscheidungen (nach oben)

Die Delegation von Personen zu übergeordneten Treffen ist ein zentrales Prinzip auf Bündnisebene. Diese spielt sowohl bei geschlossenen als auch bei offenen Treffen eine Rolle. Gruppen versuchen prinzipiell bei Bündnistreffen vertreten zu sein; zum Teil sprechen Personen auch bewusst für eine bestimmte AG (IP4_Pos.82). Wobei „keine formalisierte [...] Delistruktur“ existiert: „Alle, die da sind, sind da.“ (IP1: Pos. 80)

Die KOPLA hingegen basiert auf dem Delegationsprinzip. Einzelne AGs entsenden Personen, um ihre Themen einzubringen, zu entscheiden und in Verbindung mit dem Bündnis zu bleiben. Bei der Auswahl der Delegierten wurde in den Interviews kein Wahlverfahren genannt, vielmehr ist es eine Frage der eigenen Kapazitäten und zeitlichen Ressourcen (IP1: Pos. 40). Tendenziell übernehmen auch Personen mit mehr Erfahrung die Funktion einer*s Delegierten. Obwohl es

für gut empfunden wird, wenn von allen zugehörigen Gruppen Delegierte anwesend sind, sind auch bei einer KOPLA die Anwesenden entscheidungsfähig.

Von Bedeutung ist vor allem aber, welche Themen in ein Plenum getragen werden müssen. Dies unterliegt keinen klaren Regeln, sondern vielmehr der Einschätzung von Aktivist*innen. Laut IP3 können Sachen, zu denen es bereits Grundsatzbeschlüssen gibt oder die bereits durchgeführt wurden, einfach umgesetzt werden (Pos. 150). Bei unklarerer Themen, wenn etwas andere Gruppen und Personen betrifft, wenn etwas das Bild des Bündnisses nach außen beeinflussen könnte oder wenn es um viel Geld geht, werden diese Punkte üblicherweise ins Plenum getragen (IP3: Pos. 146). Gemäß Abbildung 8 werden Themen in Gruppen bearbeitet und folgend durch Vertreter*innen in die nächst höhere Ebene getragen.

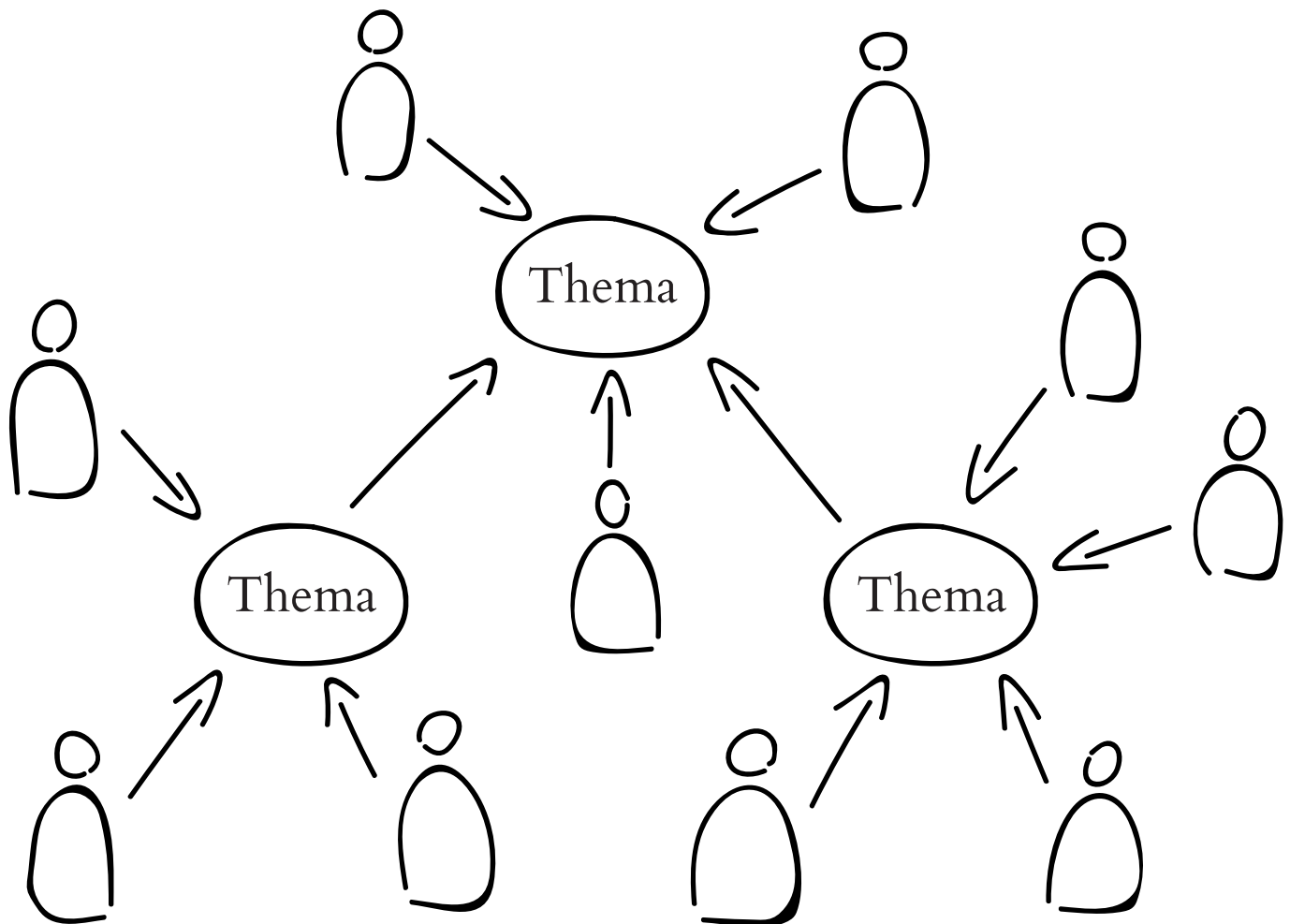


Abbildung 8: Delegation nach oben (eigene Darstellung)

4.3.2.3. Delegation von Verantwortung und Aufgaben (nach unten)

Vor allem Diskussionsthemen, Aufgaben, Verantwortungen aber auch Entscheidungsbefugnisse können von einem Plenum an Gruppen oder Personen delegiert werden, wie in Abbildung 9 dargestellt. Entsprechend der Beschreibungen der interviewten Personen wird für diesen Mechanismus ebenfalls der Begriff „*Delegation*“ verwendet. Zur Unterscheidung wird in dieser Arbeit die Richtung, in welche Delegation erfolgt, ergänzt. IP4 (Pos. 95) und IP5 (Pos. 40) machten in diesem Zusammenhang von den Begriffen „*oben*“ und „*unten*“ gebrauch. Als Beispiel für Delegation nach unten kann im Rahmen eines Bündnistreffens oder einer KOPLA eine neue AG gegründet werden und die Ziele und der Handlungsspielraum der AG definiert werden. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde u.a. die Hygienekonzept-AG gegründet: „*Da wurde dann quasi kollektiv beschlossen [...], dass diese AG, was Hygienevorschriften oder Hygienekonzept angeht, selbst auch Dinge entscheiden darf ohne Rücksprache mit dem Bündnis.*“ (IP5: Pos. 47)

Wobei dies nicht mit einer Delegation von Aufgaben in einem top-down Kontext zu verwechseln ist, da diese Entscheidungsgremien aus den Mitgliedern der EG-Gruppen bestehen: „*Die Gesamtheit der AGs und*

Ortsgruppen entscheidet, was die einzelnen AGs dann entscheiden dürfen.“ (IP5: Pos. 49)

Prinzipiell strebt EG danach, möglichst viele Entscheidungen, wofür es nicht der expliziten Zustimmung des Bündnisses bedarf, auf der untersten Ebene zu treffen und durch klare Kommunikation den Rahmen hierfür zu kommunizieren. Innerhalb dieses Rahmens ist die Autonomie von einzelnen Personen und Gruppen relativ hoch (IP1: 84; IP3: 144). Hier stellt sich vielmehr die Frage nach den eigenen Kapazitäten (IP2: Pos. 103). IP6 betont, dass, selbst wenn von einer AG eine Entscheidung getroffen wird, die in ihrem Verantwortungsbereich liegt, Bedenken von Gruppen oder Personen außerhalb dieser AG jederzeit rückgemeldet und integriert werden können (Pos. 53). Wenn Personen die Verantwortung für einen bestimmten Bereich oder eine Aufgabe übernehmen, kann das symbolisch dadurch beschreiben werden, dass jemand einen „*Hut aufhat*“:

„*Hut aufhaben ist so ein bisschen ein Wording, um irgendwie zu sagen, dass man da gerade Verantwortung übernimmt, aber bisschen wieder diesen hierarchischen Geschmack so ein bisschen losbekommt, weil man einen Hut ja sichtbar aufhat, aber auch weitergeben kann.*“ (IP6: Pos. 39).

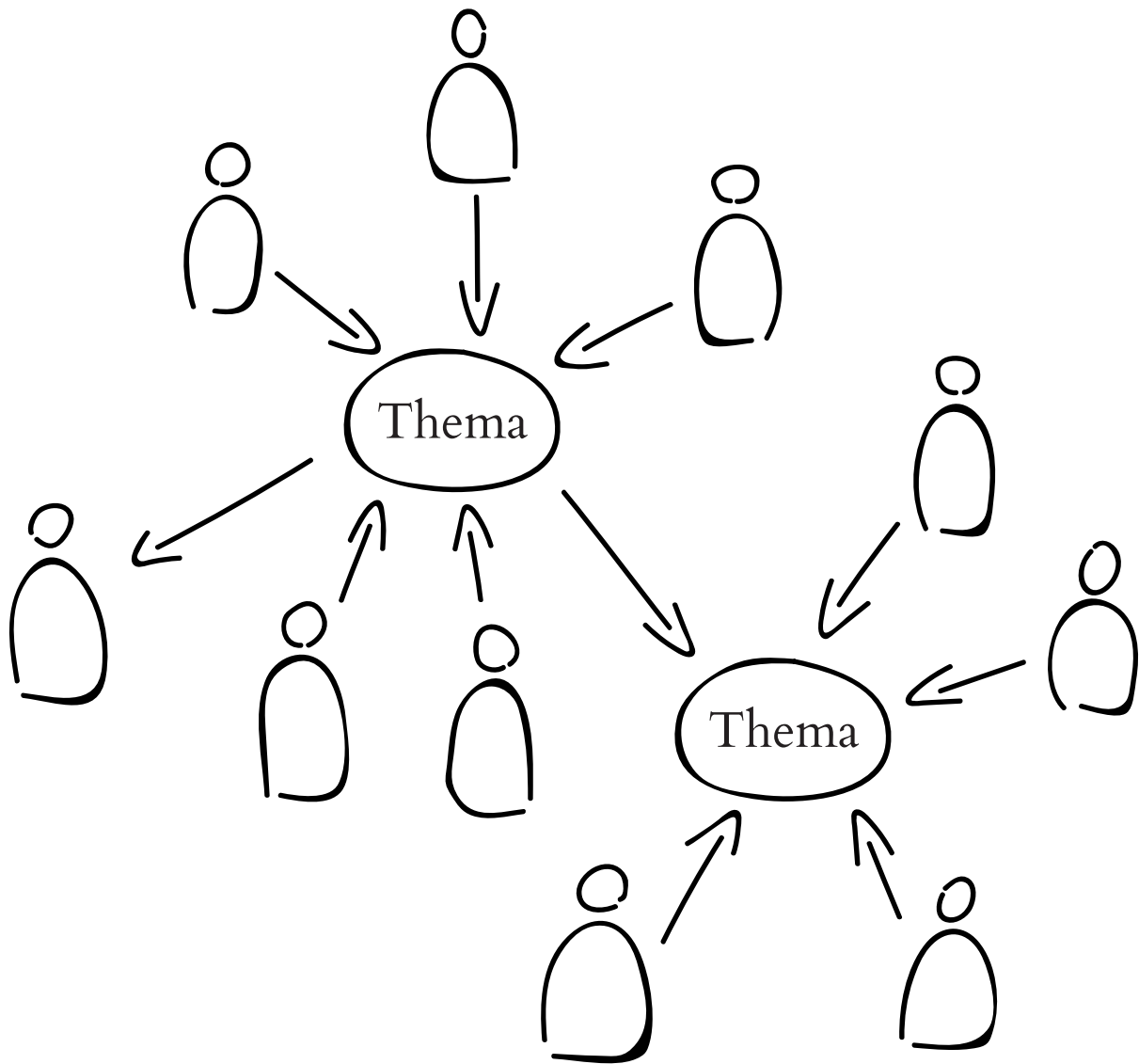


Abbildung 9: Delegation von Verantwortung und Aufgaben nach unten (eigene Darstellung)

4.3.2.4. Informell

Diese Kategorie bezieht sich auf Prozesse, die außerhalb eines Plenums stattfinden und nicht explizit delegiert werden. Bereits im Kapitel zu den Strukturen von EG wurde die Bedeutung informeller Verbindun-

gen deutlich. Hierzu zählen zum Beispiel der Informationsaustausch oder Entscheidungen, welche von Einzelpersonen oder Gruppen getroffen werden und nicht in Plenen thematisiert wurden.

4.3.3 (Direkte) Mitbestimmung im Plenum

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie Entscheidungen, Austausch und Diskussionen in Plenen stattfinden, welche Methoden idealerweise eingesetzt werden und wie diese in der Praxis von verschiedenen

Gruppen angewendet werden.

„Aber dieses ganze „Wie“ ist halt bei Ende Gelände genauso wichtig wie das „Was“! (IP5: Pos. 77)

4.3.3.1. Moderation, Ablauf und Vorbereitung

Die Verantwortung für die Gestaltung, Leitung und Einhaltung des zeitlichen Rahmens eines Plenums liegt bei der Moderation. Für Bündnistreffen wird diese Aufgabe von der Moderations-AG übernommen. Dass dafür eine eigene AG eingerichtet wurde, ist bereits ein Hinweis dafür, welchen Stellenwert eine strukturierte und reflektierte Moderation auf Bündnistreffen für EG hat. Bei gruppeninternen Treffen wird die Moderation oft auch spontan übernommen. In der OG München wurde bewusst darauf geachtet, dass die Moderation rotiert und Menschen mit weniger Erfahrung für diese Aufgabe motiviert werden (IP2: Pos. 21). Im Gegensatz dazu übernehmen in der Internationales-AG *„oft die ein, zwei gleichen Personen“* die Moderation (IP3: Pos. 48).

Eine Agenda ist eine übersichtliche Darstellung der zu bearbeitenden Punkte und wird idealerweise im Vorhinein kommuniziert, damit sich Personen und Gruppen auf das Treffen vorbereiten können (Ende Gelände, 2020i). Auf Ortsgruppenebene spielt die Vorbereitung von Themen vor allem bei großen oder

komplexen Entscheidungen eine Rolle. IP4 erwähnt: *„Kleine Entscheidungen, die auch nicht so eine hohe Relevanz hatten, wurden, glaub ich, in meinen Augen oft einfach spontan eingebracht und sind oft spontan dann einfach entschieden worden.“* (Pos. 25)

Laut IP1 (Pos. 18) werden in der Ortsgruppe Aachen *„quantitativ“* am häufigsten Themen spontan eingebracht – ohne klarem Konzept, wie damit gearbeitet werden soll: *„Hier ist das Thema – und dann steht es ganz offen im Raum.“* (Pos. 18)

IP1 betont die Wichtigkeit einer Check-In- und Check-Out-Runde (Pos. 30). Zu Beginn eines Plenums können Teilnehmende ihre aktuelle Befindlichkeit, Erwartungen kommunizieren und am Ende die eigenen Wahrnehmungen bezüglich des Treffens teilen. Auch wenn es eine gewisse Plenums-Kultur in EG gibt, sind Moderation und Ablauf bei Treffen *„sehr unterschiedlich, einfach weil die Menschen einfach so unterschiedlich sind“* (IP3: Pos. 40).

4.3.3.2. Konsensverfahren

Gemäß der basisdemokratischen Entscheidungsfindung im Konsens beschreibt IP6:

„Wir haben ein gewisses Ideal, dass alle Menschen möglichst gleichermaßen bei Entscheidungen mitbestimmen können, [...] Erfahrungs-, Informationshierarchien werden ideal vorher abgebaut!“ (Pos. 95)

Der Konsens ist an sich keine klar definierte Methode, sondern der Anspruch, dass jede Person einem Vorschlag zustimmt (Seeds for Change, 2020). Bei EG hingegen kommt ein konkretes Verfahren zu Anwendung, welches

in diesem Kapitel beschrieben wird. Als Idealform wird ein sechsstufiges Konsensverfahren beschrieben. *„Wenn es einen Konsensvorschlag gibt, werden von der Moderation dazu nacheinander die verschiedenen Stufen abgefragt und die Gruppenmitglieder melden sich jeweils.“* (Skills for Action, o.J.)

Teilnehmende können ihre Position in Form der folgenden sechs Stufen zum Ausdruck bringen, (Beschreibung gemäß Skills for Action (o. J.):

-volle Zustimmung

-leichte Bedenken

-**Enthaltung:** Ich kann oder will mich nicht ablehnend oder zustimmend zu diesem Vorschlag positionieren. Im Zweifelsfall setze ich aber den Konsens mit um.

-**Beiseite stehen:** Ich kann den Konsens-Vorschlag nicht mittragen, möchte mich der Entscheidung aber nicht in den Weg stellen. Ich „*trete beiseite*“ und mache bei der Umsetzung ggf. nicht mit.

-schwere Bedenken

-**Veto:** dieser Konsensvorschlag darf nicht beschlossen und durchgeführt werden, weil er gemeinsamen Werten, Grundprinzipien (z.B. Aktionskonsens...) widerspricht.

Im Falle von „Bedenken“ oder „Beiseite stehen“ werden Personen üblicherweise nach den Gründen gefragt, weshalb sie nicht zustimmen. IP2 beschreibt bezüglich eines Konsenses, *„dass es eigentlich keine schwere Bedenken geben darf; also, dass man wirklich so lange diskutieren muss, bis wir wirklich alle hinter dieser Entscheidung stehen können“* (Pos. 23).

Gruppen legen zum Teil noch weitere Regeln fest wie z.B.: *„Ab so und so viel schweren Bedenken ist es wie ein Veto“* (IP2: Pos. 23). Ein Veto blockiert den Vorschlag und ist ein Ausdruck davon, dass dieser grundlegend verändert werden muss und somit schwer unmittelbar eine Alternative gefunden werden kann. Im Falle eines Vetos kann ein lösungsorientierter Ansatz wie folgt aussehen:

„Dann würde die Person, die das Veto gegeben hat, im Idealfall mit der Person, die das ausgearbeitet hat oder mit diesen Personen, dann nochmal zusammengehen und sich überlegen, ok gut, wie können wir das jetzt so gestalten, dass, dass wir dazu ja sagen können als ganze Gruppe; also so eine Art kontroverse Kleingruppe, die das sich dann anschaut und einbringt...“ (IP3: Pos. 58).

IP2 (Pos. 21) erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Methode „Konsent“, welche in soziokratischen⁴ Organisationen Anwendung findet. Diese wird in der Regel vom Konsens dadurch unterschieden, dass nicht

die Zustimmung, sondern Widerstände bzw. Einwände erfragt werden (vgl. Strauch et al., 2018) und würde demnach eher der Entscheidungsform von EG entsprechen. Dennoch wird von EG der Begriff „Konsens“ verwendet.

Wenn im Rahmen eines Konsensverfahrens wichtige Argumente nicht integriert wurden oder Personen mit dem Entscheidungsprozess unzufrieden sind, kann ein Konsens auch im Nachhinein wieder geöffnet werden. Beispielsweise wurde 2020 der bereits veröffentlichte Termin einer Massenaktion im Nachhinein verschoben. Auf der EG-Homepage wurde das wie folgt begründet: *„Nach dem Bonner Bündnistreffen kamen gewichtige Argumente auf, die im Entscheidungsprozess noch nicht gehört worden waren und so wurde der Prozess als übereilt und damit der Konsens als unreif empfunden. Darum haben wir uns als Bündnis entschieden, den entsprechenden Konsens noch einmal zu öffnen.“* (Ende Gelände, 2020f).

EG und Aktivist*innen betonen mehrfach, dass ein Konsens bei größeren Entscheidungen viel Zeit braucht, um möglichst hohe Zustimmung zu bekommen und Spannungen im Nachhinein zu vermeiden. Große Themen werden tendenziell nicht bei einem Treffen entschieden, sondern zum Teil mehrere Wochen mitgenommen, damit *„mehrere Menschen da auch mitreden können“* (IP5: Pos. 43). In diesem Zeitraum werden solche Themen dann abwechselnd auf Bündnisebene und Gruppenebene diskutiert, bis ein Konsens gefunden werden kann.

Bei Treffen mit großer Teilnehmer*innenanzahl wird auch ein Räte-System angewendet (IP4: Pos.73). Das Plenum wird hierbei in Basisgruppen mit 10-15 Menschen aufgeteilt. Fragestellungen werden in den Basisgruppen besprochen und die Ergebnisse von zwei Delegierten ins Plenum getragen. Dadurch wird es jeder Person ermöglicht, Stellung zu einem Thema zu nehmen.

IP3 beobachtet im Gegensatz zu zeitintensiven Prozessen auch *„so absurde Situationen, wo irgendwie eine Sache entschieden wird und eine andere noch nicht und wenn man dann irgendwie schnell was einwirft, dann wird das auch entschieden, weil alle keine Lust mehr haben, noch weiter da*

⁴ Die soziokratische Kreisorganisationsmethode ist ein umfangreiches Organisationsmodell und findet u.a. in Unternehmen, Vereinen, NGO's, Bildungsinstitutionen oder selbstverwalteten Wohnprojekten Anwendung. Eines der vier grundlegenden Basisprinzipien ist der in dieser Arbeit erwähnte Konsent (Strauch et al., 2018).

drüber zu diskutieren“ (Pos. 78). Die Bereitschaft, sich mit einem Thema intensiver auseinanderzusetzen, wird somit auch von gruppenspezifischen Phänomenen beeinflusst.

Vor allem auf Gruppenebene finden verkürzte bzw. vereinfachte Formen des Konsensverfahrens Anwendung. In der OG München kann meistens ein Konsens oder ein Kompromiss im Zuge eines Diskussionsprozesses gefunden werden (IP2: Pos. 53). IP4 erwähnt, dass sie sich an keine Situation in der Ortsgruppe Wien erinnern kann, in der das sechsstufige Verfahren angewendet wurde (Pos. 23). Vielmehr wird ein Vorschlag eingebracht und nur Bedenken werden abgefragt. Gemeinsamkeiten von Gruppen, bei denen vereinfachte Konsensverfahren gut funktionieren, sind eine geringe Mitgliederanzahl, Vertrautheit und geschlossene Treffen.

Abseits des Konsensverfahrens ist eine zentrale Methode das sogenannte „Stimmungsbild“. Ein Stim-

mungsbild wird eingesetzt, wenn es sich um „nicht so kontroverse Entscheidungen“ handelt und in kurzer Zeit die Haltung der Anwesenden ermittelt werden soll (IP1: Pos. 16). Dies kann in Form einer verbalen Reaktion oder mit Handzeichen erfolgen. Im Falle einer positiven Rückmeldung kann ein Vorschlag umgesetzt werden und keine weiteren Diskussionen sind notwendig.

IP6 nennt vor allem Zeitdruck während Aktionen als Grund für verkürzte Verfahren in der Aktionslogistik-AG (Pos. 95). Entscheidungen müssen oft von Personen im Moment getroffen werden, ohne Rücksprache mit der Gruppe halten zu können. Bei einer „Entscheidung, die komplett egal ist“ kann auch beispielsweise eine Münze geworfen werden (IP6: Pos. 95). Gruppen müssen je nach Situation entscheiden, welche Methode am geeignetsten für eine möglichst gemeinsame Entscheidung ist (IP6: Pos. 57).

4.3.3.3. Protokoll

Durch Protokolle können Entscheidungen und der Ablauf eines Plenums nachgelesen werden. Vor allem für Personen, die nicht anwesend waren, ist dies von Relevanz. Auf Bündnistreffen werden ausführliche Protokolle zu den verschiedenen Themen und für verschiedene Kleingruppen vorbereitet. Im Falle einer Konsensentscheidung wird die Anzahl der Zustimmungen, Bedenken,...

notiert. Eine Ausnahme erwähnt IP6 im Zusammenhang mit der Aktionslogistik-AG am Aktionscamp (Pos. 69). In diesem Fall werden Aufgaben in der Regel unmittelbar umgesetzt und aufgrund sensibler Informationen, die nicht öffentlich zugänglich sein sollen, nicht protokolliert (IP6: Pos. 69).

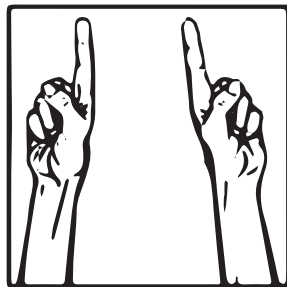
4.3.3.4. Handzeichen

Handzeichen werden zur visuellen Kommunikation im Rahmen von Plenas verwendet. Dadurch können schnell Stimmungen wahrgenommen und Entscheidungen getroffen werden. Handzeichen ermöglichen auch, dass die Gruppe eigenständig koordiniert, wer wann spricht. Die erste Person, die sprechen möchte, hebt einen Finger, die zweite Person zwei Finger, die dritte drei Finger und so weiter. Dadurch wird die Moderation entlastet (IP1: Pos. 24). Bei Onlinetreffen werden

Handzeichen durch Symbole im Chat ersetzt. Auf der EG-Homepage werden in Abbildung 10 ersichtliche Darstellungen der Handzeichen verwendet (Ende Gelände, 2017). Einzelne OGs verwenden zum Teil ergänzende oder veränderte Handzeichen, wie ein „L-Symbol“ für „Language“; es bedeutet, dass ein unbekannter Begriff erklärt werden soll. Ein „P-Symbol“ bedeutet einen Vorschlag, wie ein Prozess besser gestaltet werden kann (IP2: Pos. 57).

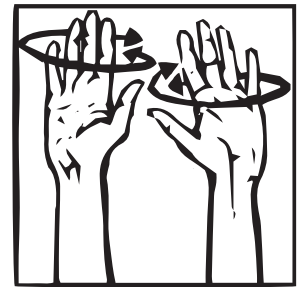
Direkte Antwort

„Ich möchte etwas sagen.“ oder
„Ich möchte etwas fragen.“



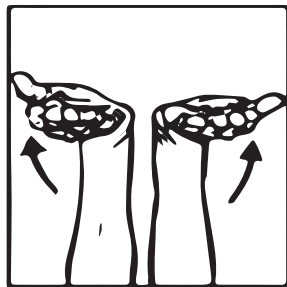
Zustimmung

„Sprich bitte lauter. Du bist nicht zu verstehen.“



Lauter

„Sprich bitte lauter. Du bist nicht zu verstehen.“



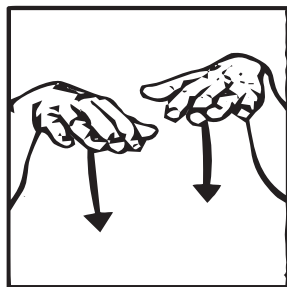
Ich habe verstanden

„Ich stimme dem eben gesagten zu. Ich finde diese Idee/diesen Vorschlag gut.“



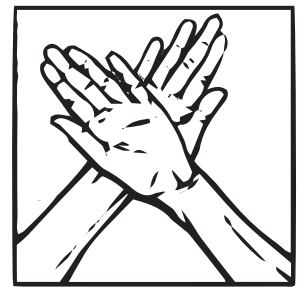
Ruhiger, Langsamer

„Beruhigt Euch, bleibt sachlich, nehmt die Heftigkeit raus.“
oder „Bitte sprich langsamer, ich komme sonst nicht mit.“



Ablehnung

„Ich stimme dem eben Gesagten nicht zu. Ich finde diese Idee, diesen Vorschlag nicht gut.“



Wortmeldung

„Ich möchte etwas sagen.“ oder
„Ich möchte etwas fragen.“

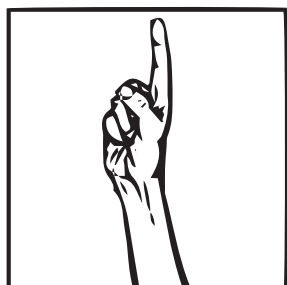


Abbildung 10: Diskussions Handzeichen (Skills for Action, 2017) (überarbeitete Darstellung)

4.3.4 Digitale Kommunikationsmedien

In diesem Kapitel werden kurz digitale Kommunikationsmedien aufgelistet, welche bei EG zum Einsatz kommen. Da Gruppen eigenständig in ihrer Arbeitsweise sind, werden auch hier nur jene genannt, welche im Rahmen der Interviews erwähnt wurden.

Protokolle werden auf sogenannten „Pads“ mitgeschrieben. Ein Pad ist ein Onlinedokument, welches jederzeit von allen Interessierten geöffnet und gleichzeitig bearbeitet werden kann. Für den Zugriff wird nur der jeweilige Link benötigt. Je nach Bedarf können diese für alle freigegeben oder auch verschlüsselt sein. Im Rahmen von Bündnistreffen werden mehrere Pads für

unterschiedliche Diskussionen und Themen erstellt und bereits im Vorhinein an Teilnehmende versendet.

Als zentrales Kommunikationsmedium auf Bündnisebene dienen interne *E-Mail-Verteiler* (IP5: Pos. 51). Sowohl auf Bündnisebene als auch auf Ortsgruppenebene werden „die wichtigsten Sachen“ per E-Mail geklärt (IP5: Pos. 51). Der *Messenger Dienst* „Signal“ wurde ebenfalls als Kommunikationsmedium genannt. KOPLAs finden üblicherweise auf *Telefonkonferenzen* statt. Vor allem seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie finden Treffen häufig als *Videokonferenzen* statt. Ein bündnisweites Projektmanagementtool wurde nicht erwähnt.

4.3.5 Umgang mit Konfliktfeldern

Im Theorieteil wurden in der Literatur genannte Konfliktfelder in Bezug auf horizontale Organisationen angeführt. Auch der Anspruch von EG auf eine gemeinsame Entscheidungsfindung, Inklusion und den Abbau von Hierarchien wurde bereits genannt. In diesem Kapitel wird beschrieben, welche internen Konfliktfelder von Aktivist*innen dahingehend wahrgenommen werden und wie der Umgang damit erfolgt.

In Anlehnung an die Critical Leadership Studies wurden die interviewten Personen bezüglich ihrer Haltung zu *Leadership* und *Führung* befragt. Der Begriff *Führung* löste starken Widerstand aus, von IP5 begründet durch den „Nazi-Beigeschmack“ des Begriffes im deutschen Kontext (Pos. 59). *Leadership* wird tendenziell neutraler betrachtet. Dennoch wird die *Führung* durch Personen prinzipiell kritisiert und in Frage gestellt:

„Ein Prozess muss, muss zwar geführt werden, aber braucht keine Führung in dem Sinne, dass es Menschen gibt, die sagen, wo's langgeht!“ (IP5: Pos. 59)

Einer Leitung innerhalb eines Gruppenprozesses wird grundsätzlich eine hohe Bedeutung zugesprochen. Auch Einzelpersonen, welche bestimmte Themen vorantreiben, spielen eine wichtige Rolle. Laut den interviewten Personen muss dies jedoch innerhalb eines kollektiv beschlossenen Rahmens passieren. Im Aktionskontext kommt es aufgrund des Handlungsdrucks auch zum Teil zur vollständigen Übertragung der Entscheidungsmacht an einzelne Personen. Für IP5 ist dies legitim, sofern die Verantwortungsübertragung auf einem konsensualen Prozess beruht. Die zentrale Frage ist:

„Wer sind die Menschen und wer hat sie dafür legitimiert? Also, das wo der springende Punkt wär: Wodurch haben die Menschen die Legitimation bekommen, um alle anderen in dem Fall dann anzuführen?“ (IP5: Pos. 59)

Der bewusste Umgang mit und der weitreichende Abbau von Hierarchien sind von besonderer Bedeutung für EG. Laut IP5 bringen Personen aufgrund ihrer „unterschiedlichen politischen Hintergründe“ einen „total unterschiedlichen Wissenshorizont“ mit. IP3 beschreibt sich in anderen politischen Gruppen oft als eine der Erfahreneren, wogegen es ihrer Meinung nach innerhalb von EG Personen mit wesentlich mehr Hintergrundwissen gibt (Pos. 156). Das somit erwähnte breite Spektrum an Erfahrung und zeitlichem Engagement innerhalb von EG weist auf die Relevanz von Wissenshierarchien hin. Daran anknüpfend werden Personen, welche gut vernetzt sind oder bei zentralen AGs mitwirken, wie der Presse- oder Aktions-AG, als dominanter erlebt (IP3: Pos.116). Dies ist auch dadurch begründet, denn zum Beispiel Pressesprecher*innen „lernen gut zu sprechen und ...“ weil diese „eh nach außen auch immer viel sprechen“ (IP3: Pos. 118). In Bezug auf Wissenshierarchien wird die Kategorie „Alter“ als bedeutende Dimension betrachtet. Trotz einer großen Diskrepanz in Bezug auf Erfahrung betont IP5, dass der „Wissenstransfer“ ganz gut funktioniert und jüngere Aktivist*innen in ihrer Gruppe sich notwendiges Wissen aneignen konnten. Gezielte Maßnahmen, um Wissenshierarchien entgegenzuwirken und Aufgaben effektiv zu verteilen, sind sogenannte „Skillshares“. IP6 beschreibt im Kontext der Aktionslogi-

sirk-AG einen Skillshare als „ganz wichtiges strategisches Tool“ (Pos. 39), bei dem eine Person, die sich in einem Bereich auskennt, mit Interessierten innerhalb eines gewissen Zeitraums bewusst ihre Erfahrungen teilt. Vor allem am Aktionscamp und in der Aktionslogistik-AG werden Skillshares häufig eingesetzt, um Aufgaben gut weitergeben zu können. In ausgedehnter Form fand 2020 ein dreitägiges „Skillshare-Wochenende“ statt, bei dem Wissensweitergabe im Fokus stand (Ende Gelände, 2020g). Bestrebungen, Aktivist*innen auf Aktionen vorzubereiten und bezüglich Entscheidungsfindungs- und Gruppenprozessen zu schulen, wird vor allem auch durch die Kooperation mit dem Trainer*innennetzwerk *Skills4Action* deutlich. Durch Aktionstrainings wird ein gewisses Basiswissen vermittelt. Weiters werden u.a. durch Infomails und Positionen auf der EG-Website sowie durch den EG-Podcast verschiedene Themen der Klimagerechtigkeit behandelt und leicht zugänglich aufbereitet. Eine Hürde bezüglich des Abbaus von Hierarchien bezieht sich auf die Notwendigkeit, heikle Informationen verdeckt zu halten. IP6 beobachtet eine „nicht ganz ausgesprochene Security- Hierarchie, also es gab schon auf einmal Menschen, die auf einmal im Aktionslogistik-Zelt waren, die dann mit gewissen Menschen geredet haben und man wusste nicht genau, worum's geht“ (Pos. 47).

Abseits von Wissenshierarchien wurde mehrfach Gender als Faktor für Dominanz genannt. Als dominanteste Personen nennt IP3 somit: „CIS-männliche⁵ Personen, die schon lange dabei sind“ (Pos. 116). Auch wenn die Genderverteilung in Bezug auf weiblich & männlich gelesenes⁶ Geschlecht weitgehend als ausgeglichen

wahrgenommen wird, überwiegt laut den Interviews der Redeanteil männlicher Personen. Als Maßnahme, um dem entgegenzuwirken, werden zum Teil Redelisten geführt. IP3 betont: „Wo drauf auch viel geschaut wird, ist zum Beispiel wie viel Redeanteile von FLINT⁷ Personen und CIS männlichen Personen“ (Pos. 40). Auch die Tatsache, dass ausschließlich weiblich gelesene Personen als EG Pressesprecherinnen auftreten, weist auf ein bewusstes Gegensteuern hin. IP3 kennzeichnet dominantes Verhalten durch „sehr lange Redebeiträge und sehr häufige Redebeiträge“, durch viele und lange E-Mails, dass diese Personen „zu sehr, sehr vielen Themen ihre Meinung abgeben“ und durch den Tonfall wodurch sie „nicht ganz aggressiv, aber in die Richtung aggressiv ihre Meinung vertreten“ (Pos. 114). Als stärkste Form von Dominanz beschreibt IP3 Aussagen wie: „Entweder ihr macht mit mir mit oder ich mach halt alleine!“, wodurch anderen Personen kein Raum gegeben wird, einen Vorschlag in Frage zu stellen (Pos. 114).

Eine weitere Kategorie, worauf EG einen Fokus legt, ist die Inklusion von Personen – unabhängig der ethnischen Zugehörigkeit. Durch die kulturell bedingte Dominanz weißer⁸ Menschen und Diskriminierung von POC⁹ betont EG hier die Notwendigkeit, dem bewusst entgegenzuwirken. In diesem Kontext wurde EG jedoch als wenig divers beschrieben:

„Rassismus ist halt nicht so ein Thema, aber vielleicht ist es auch das Problem, dass es nicht so ein Thema ist, weil einfach recht wenig Menschen mit Migrationshintergrund zum Beispiel dabei sind – oder nicht weiße Menschen...“ (IP3: Pos. 106).

⁵ Der Begriff cisgender wird verwendet, um Personen zu beschreiben, welche sich mit jenem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Diese Einordnung bezieht sich ausschließlich auf die Kategorien Mann und Frau. Im Gegensatz dazu stehen trans-gender Personen, welche sich mit einem davon abweichenden Geschlecht identifizieren. Diese Unterscheidung versucht die Normativität von cisgender aufzulösen (Aultman 2014: 61f)

⁶ Das gelesene Geschlecht ist jenes Geschlecht, welches Personen aufgrund von äußerlichen Merkmalen und Auftreten zugeschrieben wird (vgl. Women Engage for a Common Future 2021). Die bewusste Bezeichnung als gelesenes Geschlecht kennzeichnet, dass es sich hier um eine Vermutung handelt, ohne das tatsächliche Geschlecht einer Person zu kennen.

⁷ FLINT steht für Frauen, Lesben, intersexuelle Personen, nicht-binäre Personen und transsexuelle Personen.

⁸ Auf der EG-Homepage ist der Begriff weiß wie folgt beschrieben: „Weiß bzw. weißsein bezeichnen ebenso wie der Begriff PoC keine biologische Eigenschaft, sondern eine politische und soziale Konstruktion. Mit weißsein ist die dominante und privilegierte Position in dem Machtverhältnis Rassismus gemeint.“ (Ende Gelände, 2020j)

⁹ Auf der EG-Homepage ist der Begriff BiPOC, die Erweiterung des Begriffs POC, wie folgt beschrieben: BiPOC steht für Black, Indigenous and People of Color, also Schwarz, Indigen und Personen of Color. „Der aus US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung stammende Begriff ist eine Selbstbezeichnung und beschreibt nicht die biologischen Merkmale von Menschen, sondern eine soziale Konstruktion, die Menschen eine bestimmte soziale Position zuweist.“ (Ende Gelände, 2020j)

Das Spannungsfeld zwischen Ansprüchen an Diversität und der homogenen Gruppenzusammensetzung wurde von allen IP's erwähnt. IP3 vermutet, dass EG wenig Maßnahmen setzt, um Menschen mit Migration gezielt anzusprechen:

„Und ich glaub, da ist es eher so das Problem, dass sich die gar nicht reintrauen, weil sie...dafür vielleicht zu wenig getan wird.“ (Pos. 106)

Die prinzipiell fehlende Offenheit von Aktivist*innen bezüglich der Ideen anderer politischer Akteure und die damit verbundene Gefahr einer homogenen Gruppenzusammensetzung wurde auch von Talisse (2005) beschrieben.

Maßnahmen, internen rassistischen Tendenzen entgegenzuwirken, wurden hingegen vielfach genannt. Beispielsweise die Gründung der Antira-AG, welche u.a. antirassistische Infomails verfasst, in denen Mechanismen beschrieben werden, wie Rassismus reproduziert wird und wie dem entgegengewirkt werden kann. 2020 gab es *„auch einen Migrantifa-Finger bei der Aktion, also wo geguckt wird, ok, was 'ne People of Color brauchen – einfach 'ne andere Art von Schutz oder fühlen sich in einer anderen Form von Protest wohl als weiße Menschen“ (IP5: Pos. 23).*

Auch im Rahmen von Bündnistreffen wurden dafür bewusst Reflexionsräume geschaffen (IP4: Pos.13). Laut IP4 wurden weiters im Rahmen eines Bündnistreffens *„Fehlstellen“* von EG beleuchtet - für Menschen mit körperlichen Einschränkungen bzw. Menschen, die *„durch die Gesellschaft auch Behinderungen erfahren“ (Pos. 15).* In Bezug auf die Aktion beschreibt IP5:

„Also seit zwei Jahren, glaub ich, gibt es den „bunten Finger“, wo Menschen, der extra auch für Menschen ist, die körperlich eingeschränkt sind und trotzdem in die Blockade gehen wollen.“ (Pos. 23)

Laut der EG Homepage wurde der sogenannte bunte Finger jedoch aufgrund von Kritik wieder abgeschafft (Ende Gelände, 2021b).

In der OG München gibt es eine eigene Awareness-AG, die abseits der Organisationsarbeit auf die Auseinandersetzung mit Themen im *„Awarenessbereich“* achtet (IP5: 19). In der OG München wurden weiters monatliche *„Non-Orgatreffen“* organisiert, *„das heißt, da wird nicht über Ende Gelände gesprochen, sondern über irgendein anderes inhaltliches Thema, also zum Beispiel Rassismus, Gender-Themen oder so“ (IP5: Pos. 19).*

Darüber hinaus werden Räume geschaffen zur

Förderung der internen Gruppendynamik: *„Dann gib'ts halt auch aber mal wieder so zusammen bergsteigen gehn oder so, das haben wir auch mal gemacht, also so Sachen.“ (IP5: Pos. 19)*

Eine Kernkritik in der Literatur an horizontalen Organisationen bzw. an Konsensfindung ist die Spannung zwischen Inklusion und Effizienz. Dahingehend wurden Aktivist*innen zu ihrer Wahrnehmung bezüglich der Effizienz von Prozessen innerhalb von EG befragt. Wie bereits beschrieben, betont u.a. IP5, dass EG den Ansatz vertritt, *„dass Entscheidungen Zeit brauchen“* und weiters, dass *„der Effizienzgedanke halt rausgenommen wird aus Entscheidungsfindungen“ (Pos. 73).* Der Fokus auf Effizienz wird somit grundlegend in Frage gestellt, da dadurch wesentliche Bedürfnisse und Informationen verloren gehen können. Bezüglich der persönlichen Wahrnehmung der Prozesse nannten die interviewten Personen einerseits den Wunsch nach strukturierterem und schnellerem Arbeiten, andererseits auch das Gefühl, dass manche Prozesse zu schnell gehen. Grundsätzlich wurde jedoch betont, dass EG rückblickend betrachtet viele Projekte und Aktionen umsetzen konnte: *„Also ich bin einfach schon sehr geflashed, wie viel wir in diesem letzten halben Jahr irgendwie hinbekommen haben.“ (IP1: Pos. 20).* In Bezug auf die Entscheidungsmethode nannte IP2 den Begriff *„Diktatur des Vetos“ (Pos. 89).* Dieser Begriff beschreibt die Tatsache, dass *„in einem konsensbasierten Prozess auch Vetos einfach unüberlegt eingeschmissen werden“* können, wodurch die gesamte Gruppe blockiert wird (Pos. 89). Der Wunsch nach Effizienzsteigerung wurde somit von keiner Person explizit betont, jedoch der Wunsch nach einem bewussteren Einsatz von Vetos.

Auf die Frage nach einem bewussten Umgang mit Konflikten beschrieben IP1 (Pos. 46) und IP2 (Pos. 79), dass sie sehr wenige Konflikte wahrnehmen. IP3 beschrieb eine Situation, in der sie in einem Entscheidungsprozess überstimmt wurde (Pos. 86). In diesem Fall wurde sie vor allem durch Einzelpersonen im Nachhinein unterstützt. In Form von Evaluationsprozessen wurden zu einem späteren Zeitpunkt diese Bedenken auch wieder zu einem gewissen Grad integriert.

Generell bewerteten die interviewten Aktivist*innen die EG internen Prozesse als positiv. Vor allem die wertschätzende Kommunikation - im Vergleich zu anderen Kontexten - wurde mehrfach betont. Weiters hatten alle interviewten Personen das Gefühl, direkt oder indirekt

die Prozesse von EG mitgestalten zu können. Auch wenn sie meist davon nur begrenzt Gebrauch machen, sehen sie zumindest die Möglichkeit, jederzeit ihre Bedenken

einzubringen. IP6 beschrieb in Bezug auf die Aktionslogistik-AG, dass sie *„noch nie in einem so empathischen und kompetenten Team gearbeitet“* hat (Pos. 63).



5 Diskussion

Im Rahmen der Diskussion werden die elaborierten Ergebnisse den Erkenntnissen aus der Literatur gegenübergestellt. Es stellte sich als nicht zielführend heraus, auf Basis der vorhandenen Daten jede Eigenschaft von EG klar als Stärke oder Schwäche zu identifizieren. In vielen Bereichen ist deren Auswirkung aus analytischer Sicht schwer abschätzbar. Deshalb wurde in diesem Kapitel eine diskursive Auseinandersetzung einer klaren Zuordnung vorgezogen. Die jeweiligen Prozesse und Strukturen werden schrittweise betrachtet und Stärken und Schwächen anhand der jeweiligen Aspekte gegenübergestellt. Die Bewertung, inwiefern Prozesse und Strukturen von EG positive oder negative Auswirkungen in Bezug auf die Erreichung demokratischer Ideale haben, erfolgt durch den Vergleich mit den vier vorgestellten Demokratietheorien. Die Gegenüberstellung bezieht sich lediglich auf die vereinfachten Mechanismen der Demokratietheorien, ohne Anspruch Systeme zu identifizieren, welche auf Staaten übertragen werden können. Einerseits, da der Fokus dieser Arbeit auf einer Meta-Ebene liegt, der Bündnisebene von EG; andererseits, da demokratische Mechanismen abseits von Staatssystemen isoliert betrachtet und angewendet werden können. Zudem wurden von den interviewten Personen wiederholt Bedenken geäußert, ob aktuelle Formen repräsentativer Demokratien überhaupt in der Lage sind,

demokratische Werte zu erfüllen. Dies schließt an die Kritik von Maeckelbergh (2011b: 346) an, dass repräsentative Demokratien in Verbindung mit ausbeuterischen, kapitalistischen Strukturen entstanden sind und den Erhalt dieser gewährleisten. Aus diesen Gründen ist die Differenzierung zwischen Demokratie und Nationalstaat in dieser Arbeit von Bedeutung. Ergänzend liefern die CLS eine Reihe von Empfehlungen für horizontale Organisationen, welche zur Bewertung herangezogen werden. Auch wenn interviewte Aktivist*innen Begriffe wie *Führung* oder *Leadership* weitgehend ablehnen, lässt sich deren Haltung mit jener von in der Literatur zu Critical Leadership Studies beschriebenen Organisationen gut vergleichen. EG deckt sich weitgehend mit den Ansprüchen horizontaler Organisationen, deren egalitärem Weltbild und dem Konzept der Präfiguration. Der Wert von Führung und ein kritischer Umgang damit wurde durchaus erkannt, auch wenn alternative Formulierungen bevorzugt werden. EG kann durch seine inhaltliche Ausrichtung und methodische Arbeitsweise klar der Klimagerechtigkeitsbewegung zugeordnet und somit als Weiterführung der Neuen Linken bzw. der globalisierungskritischen Bewegung betrachtet werden. Die in dem Kapitel zu den CLS beschriebenen Strategien und Faktoren für erfolgreiches Arbeiten in Gruppen lassen sich bei EG vielfach wiederfinden.

Eine klare Definition für den in dieser Arbeit präferierten Begriff *Bündnis* konnte in der Literatur nicht identifiziert werden. Die Definition von Bewegungen nach Rootes & Brulle (2013) und della Porta & Diani (2006), welche diese als lose und nichtinstitutionalisierte Netzwerke informaler Interaktion beschreiben, scheint nicht passend, da das Bündnis EG einen höheren Organisationsgrad aufweist. Im Gegensatz zur Klimagerechtigkeitsbewegung auf globaler Ebene verwendet EG ein einheitliches Logo, hat einen koordinierten Öffentlichkeitsauftritt und Entscheidungsgremien. Aufgrund der undefinierten Grenzen sowie der hohen Komplexität und Dynamik scheint der Organisationsbegriff ebenfalls als nicht geeignet. In dieser Arbeit wurde das Bündnis als eine Kombination aus einer losen, offenen Struktur und einer zentralen Koordination wahrgenommen, wobei der informelle Austausch eine zentrale Rolle spielt. EG wird in dieser Arbeit somit als koordiniertes Netzwerk verschiedener Gruppen und Akteur*innen definiert, welches eng verflochten mit dem Netzwerk der Klimagerechtigkeitsbewegung ist. Diese Beobachtung, wodurch in Austausch mit anderen Gruppen partizipativ weitreichende Entscheidungen getroffen werden können, entspricht dem von Maeckelbergh (2011b: 347) gezeichneten Bild, worin soziale Bewegungen global agieren und Lösungen entwickeln können. EG, als Teilausschnitt des nationalen und globalen Netzwerks, fügt sich darin ein. Die Bedeutung von Vernetzung wird bereits durch die Anfänge von EG deutlich; EG galt als Zusammenschluss verschiedener Gruppen der „ökologischen Bewegungslandschaft“ (Sander, 2016). Auch in der Prozessgestaltung innerhalb von EG-Gruppen wird auf bestehendes Wissen der Klimagerechtigkeitsbewegung zurückgegriffen. In den ersten Schritten der Gründung einer neuen lokalen Gruppe werden in der Regel Prozesse auf Basis der Erfahrungen gestaltet, die Personen in anderen Kontexten sammelten. Die Abbildung 6 im Kapitel 4.2. *Organisationsstruktur* ist der Versuch, das Konstrukt EG abzubilden. Aufgrund der hohen Dynamik und Komplexität lassen sich die Grenzen des Bündnisses jedoch schwer definieren. Beobachtete Prozesse und Strukturen können nur bedingt als genereller Modus von EG verstanden werden. Diese Arbeit ist mit diesem Bewusstsein zu lesen.

Basisdemokratie wurde mehrfach von interviewten Personen als Entscheidungsform von EG genannt.

Der Wunsch, dass sich „*basisdemokratische Organisationsprozesse*“ gesamtgesellschaftlich mehr durchsetzen sollen (IP1: Pos. 95), wird auch durch positive und bestärkende Erfahrungen damit im Rahmen von EG begründet. Basisdemokratie kennzeichnet sich durch den Anspruch „*herrschaftsfreie Entscheidungsfindung zu verwirklichen*“, wodurch niemanden ein Verhalten aufgezwungen werden soll (Vandamme, 2000: 18). Durch die Einbindung aller zugehörigen Personen bei Entscheidungen lässt sich Basisdemokratie der direkten Demokratie zuordnen. Direkte Mitbestimmung bezieht sich somit auf alle Personen, die „*da sind*“ (IP1: Pos. 80). In Bezug auf Partizipation kann eine der drei Dimensionen nach Newig (2011: 488) angeführt werden, die Dimension „*Kreis der Beteiligten*“. In dieser Arbeit werden als zugehörige Personen all jene betrachtet, die sich dem Bündnis zugehörig fühlen oder gerne Teil davon wären. Die Zugänglichkeit für Einzelpersonen der meisten Ortsgruppen gilt prinzipiell als hoch. Zum Teil finden sogar offene Treffen statt, bei denen Interessierte jederzeit einsteigen können. In Hinblick auf die Zugehörigkeit von lokalen Gruppen ist EG sehr offen. Diese können selbst entscheiden, ob sie Teil von EG sein wollen. Ausschlusskriterien wurden keine genannt. Die Beteiligung bei AGs hingegen scheint als vergleichsweise hochschwellig. Je nach Gruppe erfordert dies ein gewisses Maß an Erfahrung und bei sensiblen Gruppen wie der Aktions-AG auch ein hohes Vertrauen durch andere Aktivist*innen. Personen, welche sich ehrenamtliches Engagement aus finanziellen Gründen nicht leisten können, werden systematisch aus dem Bündnis ausgeschlossen. Insgesamt bewerteten die IP's EG in Bezug auf die Diversität der Aktivist*innen als sehr homogen, was auf fehlende Inklusion und bestehende Diskriminierungen hinweist. Es wurde auch die Beobachtung geteilt, dass wenig aktive Maßnahmen umgesetzt werden, um die Diversität zu erhöhen. Da Diskriminierung aktuell ein gesamtgesellschaftliches Phänomen darstellt, können dahingehend Barrieren jedoch nur begrenzt EG zugeordnet werden. Aufgrund der mehrfachen Betonung des bewussten Umgangs mit Diskriminierung, der dafür geschaffenen Reflexionsräume sowie der persönlichen Wahrnehmung der interviewten Aktivist*innen wird in dieser Arbeit das Bündnis EG als vergleichsweise inklusiv betrachtet. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass sich keine der interviewten Personen als POC bezeichnete oder

von Rassismus betroffen ist. Die Aussagekraft, welche Rolle beispielsweise rassistisches Verhalten spielt, ist in dieser Arbeit somit begrenzt. In Bezug auf EG-interne Mitbestimmung ist es theoretisch allen Aktivist*innen möglich, bei Bündnistreffen oder ihren jeweiligen Gruppentreffen anwesend zu sein. Als eine Barriere lassen sich dahingehend begrenzte Kapazitäten und zeitliche Ressourcen nennen. Auch fehlender Erfahrungsschatz oder Selbstbewusstsein sowie körperliche oder geistige Einschränkungen limitieren den Kreis der Beteiligten. Trotz der Schaffung von barrierearmen Strukturen wurden diesbezüglich Fehlstellen beobachtet (IP4: Pos. 15). Als Schwäche gilt weiters die fehlende Begleitung von Aktivist*innen, welche aufgrund von Überlastung aus dem Bündnis ausgestiegen sind.

Basisdemokratie impliziert konsensuale Entscheidungsfindung. Der sogenannte Konsens strebt nach der Zustimmung aller Anwesenden und stellt somit die höchste Form der Dimension „*Stärke des Einflusses auf die zu treffenden Entscheidungen*“ nach Newig (2011: 488) dar. Das Ideal von EG ist, dass alle Beteiligten direkt mitbestimmen können. Es wird jedoch differenziert, welche Entscheidungen in Gruppen getroffen werden müssen und welche nach unten delegiert werden. Auf Bündnisebene handelt es sich hierbei primär um zentrale Grundsatzbeschlüsse. Innerhalb des kollektiv beschlossenen Rahmens sollen möglichst viele Entscheidungen auf unterster Ebene getroffen werden. Ausführende Tätigkeiten und Entscheidungen, welche auf dieser Ebene getroffen werden können, befinden sich somit in der Entscheidungsbefugnis der jeweiligen Personen und Gruppen. Dies wird auch durch die starke Gliederung in Aufgaben und Verantwortungsbereiche durch AGs auf Bündnisebene als auch auf Ortsgruppenebene sichtbar. Diese Gruppen arbeiten beispielsweise im Rahmen von Massenaktionen intensiv zusammen. Generell sind Gruppen und Personen zu einem hohen Maß selbst verantwortlich, auf ihre eigenen Bedürfnisse zu achten und entsprechende Handlungen zu tätigen. Es herrscht somit eine hohe Autonomie einzelner Akteure. Personen,

welche beispielsweise ein Projekt vorantreiben wollen, werden in erster Linie durch die eigenen begrenzten Kapazitäten eingeschränkt, oder der Tatsache, dass sie nicht ausreichend Mitstreiter*innen finden.

Als idealer Entscheidungsmodus von EG gilt das sechs-stufige Konsensverfahren, „*mehrheitliche*“ Entscheidungsverfahren¹⁰ werden prinzipiell abgelehnt (IP5: Pos. 69). Vor allem die Problematik, dass durch Mehrheitsentscheidungen Minderheiten übergangen werden, wurde hier betont (IP4: Pos. 93). Methodisch entspricht dieses Konsensverfahren vielmehr dem Konsentverfahren, welches im Rahmen der Organisationsform entwickelt wurde; diese Verbindung wurde auch von IP2 (Pos. 21) hergestellt. Offensichtlich finden in der Klimagerechtigkeitsbewegung somit Methoden Einzug, welche auch in anderen Kontexten, wie z.B. im Unternehmerischen, eingesetzt werden. Das sechs-stufige-Konsensverfahren wird jedoch nicht konsequent umgesetzt. Einerseits werden verkürzte Verfahren angewendet, da dies aufgrund von Zeitdruck notwendig und durch eine ausreichende Vertrauensgrundlage möglich ist. Vereinfachte Verfahren wie z.B. Stimmungsbilder und Handzeichen sind sehr effiziente Methoden, die Stimmung der Gruppe zu einem Thema wahrzunehmen und Entscheidungen zu treffen und werden in bestimmten Situationen als notwendig erachtet. Zeitdruck gilt prinzipiell als ein Hindernis bei EG interner Entscheidungsfindung. Ebenso paradoxe Situationen, in welchen sehr unterschiedlich viel Zeit für Entscheidungen aufgewendet wird, unabhängig von deren Wichtigkeit. Ein Hindernis des Konsensmodells kann auch die Option des Vetos darstellen. Durch ein Veto kann eine Person eine Entscheidung und somit den gesamten Prozess verlangsamten oder blockieren. Weiters schränken Wissenshierarchien oder gendernormatives Verhalten die Beteiligungsmöglichkeit von Personen ein. Die Darstellung der Struktur von EG, siehe Abbildung 6 im Kapitel 4.2 *Organisationsstruktur*, lässt keine Hierarchien zwischen den Gruppen erkennen. Auch wurden nicht erwähnt, dass bestimmte Rollen explizit auf einer höheren Hier-

¹⁰ Bezüglich mehrheitlicher Entscheidungsverfahren wird von IP5 (Pos. 69) auf parlamentarische Demokratie verwiesen. Mehrheitswahl bedeutet in diesem Kontext, die Wahl von Kandidatinnen oder Entscheidungsoptionen auf Basis der meisten Stimmen (vgl. Schubert und Klein 2005: 323). Auch Rousseau fordert beispielsweise, dass der sogenannte allgemeine Volkswille durch die Mehrheit gebildet wird (vgl. Kost 2013; Schmidt 2019).

archiestufe stehen. Im Sinne der Klimagerechtigkeitsbewegung werden Hierarchien weitgehend abgelehnt. Dennoch wurden auch bei EG sogenannte informelle Hierarchien (vgl. Simsa 2019) beobachtet. Personen, die Mitglied bestimmter AGs sind bzw. zentrale Funktionen einnehmen, haben aus Sicht der interviewten Aktivist*innen deutlich mehr Einfluss auf die Prozesse von EG. Die wahrgenommene Dominanz einzelner Personengruppen bestätigt somit zu einem gewissen Grad die Beobachtung oligarchischer Tendenzen innerhalb von horizontalen Organisationen (vgl. Choi-Fitzpatrick 2015). Prinzipiell betrachten die interviewten Personen die Konsensfindung als eine Methode, welche Zeit braucht, um zu guten Lösungen zu finden. Der Wunsch nach effizienteren Methoden wurde nur für seltene Fälle geäußert. Das in der Literatur identifizierte Spannungsfeld in Bezug auf Effizienz kann somit bei EG nicht beobachtet werden. Zum Teil werden Entscheidungsprozesse sogar als zu schnell empfunden, wodurch die Gefahr besteht, wichtige Positionen zu übersehen. Probleme horizontaler Organisationen strategische Entscheidungen zu treffen (vgl. Simsa 2019), wurden bei EG nicht festgestellt. Weitreichende Mitbestimmung wird zudem durch die Möglichkeit deutlich, einen Konsens „aufzumachen“. Entscheidungen, auch jene an denen Personen nicht direkt mitbestimmen konnten, können somit zu einem gewissen Grad als konsensual betrachtet werden, da der Beschluss akzeptiert wird oder Widerstände in manchen Fällen auch im Nachhinein integrieren werden können. Es ergibt sich dadurch eine eigene Dynamik, wodurch das Bündnis entscheidungsfähig bleibt und Bedenken langfristig trotzdem nicht ignoriert werden. Durch die Integration von Bedürfnissen im Nachhinein entsteht eine Art Feedback-Schleife, wodurch ein kollektives Lernen stattfinden kann. Eine Stärke von EG wurde angesichts der Corona-Pandemie deutlich. Onlinetreffen haben bei EG eine lange Tradition, weshalb die Online-Abhaltung aller Treffen eine weniger große Barriere darstellte. Für effektivere Zusammenarbeit werden von EG Moderation, Protokollführung sowie Handzeichen eingesetzt. Insgesamt können diese Elemente als gemeinsame Kultur bzw. gemeinsame Regeln (vgl. Simsa & Totter, 2020) betrachtet werden, da diese Resultat eines kollektiven Prozesses sind. Vor allem zwischen Gruppen variieren die Arbeitsweisen und die konsequente Umsetzung von Methoden dennoch stark. Der Einsatz entsprechender

Methoden hängt von den beteiligten Personen, deren Fähigkeiten und Erfahrungen ab. Laut den Interviews wird die theoretische Mitbestimmungsmöglichkeit bei EG als hoch eingestuft und innerhalb der jeweiligen OGs und AGs wird davon auch Gebrauch gemacht. Die tatsächliche Mitbestimmung der interviewten Aktivist*innen auf Bündnisebene ist hingegen gering bzw. die Hürde auf Bündnisebene aktiv mitzuentcheiden hoch. Jedoch scheint auch ohne aktive Mitgestaltung der meisten Grundsatzentscheidungen eine weitgehende Identifikation mit den Ergebnissen der Entscheidungsprozesse zu herrschen.

Die Anzahl der anwesenden Personen wurde weiters als ein limitierender Faktor für das Konsensmodell angeführt. Beispielsweise nahmen bei Bündnistreffen bis zu 200 Personen teil (IP3: 38). EG stellt dahingehend jedoch nicht direkte Beteiligung per se in Frage, sondern arbeitet lösungsorientiert an geeigneten Methoden, um alle Bedürfnisse in den Prozess zu integrieren. Der Begriff *Labor sozialer Innovation*, in dem kollektive Entscheidungsfindung weiterentwickelt und demokratierelevantes Wissen generiert werden kann, scheint auch aus diesem Grund für EG passend (della Porta & Pavan, 2017; Sutherland et al., 2014). Um diesem Anspruch gerecht zu werden, beschäftigt sich z.B. die Moderations-AG explizit mit der Vorbereitung, Durchführung und Reflexion von Plenen auf Bündnisebene. Die Delegation nach oben, oder auch Repräsentation, stellt innerhalb von EG ein zentrales Element dar, allen Beteiligten eine Stimme zu geben. Aufgrund der Möglichkeit jederzeit Bedenken zu integrieren, übertrifft hier die Mitbestimmungsmacht jene, die innerhalb einer klassischen repräsentativen Demokratie gegeben wäre. Diese Unterscheidung wurde mehrfach von den interviewten Personen hervorgehoben. Delegierte sollen die Positionen ihrer Gruppe in übergeordnete Treffen tragen, wohingegen Repräsentant*innen innerhalb der repräsentativen Demokratie nicht direkt mit den Bedürfnissen aller Repräsentierten konfrontiert werden und ein freies Mandat haben. Weiters kann die Rolle der Delegierten jederzeit zwischen Personen wechseln. Im Gegensatz zu Machtkämpfen einzelner Akteure und Parteien steht durch dieses System die inhaltliche Arbeit im Fokus. Es wurde kein explizites Wahlverfahren von Delegierten genannt, sondern diese Auswahl beruht vielmehr auf verfügbaren Ressourcen, Motivation und

Selbstvertrauen der Beteiligten. Trotz der Empfehlung Delegierte zu entsenden, sind in der Regel viele Gruppen nur unregelmäßig bei Treffen auf Bündnisebene vertreten, wodurch deren Stimme nur begrenzt in den Prozess einfließen kann. Hier ist anzumerken, dass die Rolle der Delegation von Personen zum Teil nicht bewusst eingenommen wird, sondern dass diese je nach eigenen Kapazitäten auch ohne Funktion an Bündnistreffen teilnehmen. Die KOPLA hingegen orientiert sich stärker an dem Delegationsprinzip. Da die Anwesenheit aller Akteure keine Voraussetzung zur Entscheidungsfindung ist, bleibt das Bündnis dennoch entscheidungsfähig. Bei wichtigen Entscheidungen auf Bündnistreffen findet ein „Rätesystem“ Anwendung, welches der Funktionsweise der im Theorieteil erwähnten Formen der direkten Demokratie entspricht, beispielsweise in der Rätedemokratie beziehungsweise dem Konföderalismus. Hierbei kommt Delegation nach oben und nach unten in Kombination zur Anwendung. Anzumerken ist hierbei, dass der Diskurs und Entscheidungsprozesse innerhalb eines Treffens auf verschiedenen Ebenen geführt werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dem Mechanismus der *Repräsentation* innerhalb von EG eine essenzielle Rolle zukommt, dass dieser jedoch nicht konsequent umgesetzt wird.

Durch den Austausch von Argumenten und Meinungen auf verschiedenen Ebenen weist das Rätesystem einen hohen deliberativen Charakter auf. Prinzipiell erfordert das Konsensverfahren ein hohes Maß an Deliberation. Durch das Teilen von Meinungen können Gedanken ausgetauscht werden und ein gegenseitiges Lernen kann erfolgen. Bezüglich der Dimension „*Art, Richtung und Intensität der Informationsflüsse*“ nach Newig (2011: 488) lässt sich somit ein sehr hohes Maß an Partizipation beobachten. Alle Beteiligten können im Rahmen des Konsensverfahrens ihre Meinung kundtun. Besonders fruchtbar können Situationen sein, in denen eine Person ein Veto in Bezug auf einen Vorschlag hat und als Resultat daraus mit jener Person, welche den Vorschlag eingebracht hat, gemeinsam einen neuen Vorschlag erarbeitet. Diese Praxis wurde in Zusammenhang mit Bündnistreffen beschrieben (IP3: Pos. 60). EG strebt danach, möglichst viele Themen auf Bündnisebene zu diskutieren. Ergänzend dazu wurden mehrfach Settings bzw. Treffen beschrieben, in denen bewusst bestimmte Themen diskutiert wurden oder Wissen

geteilt wurde, ohne einen konkreten Anspruch daraus unmittelbare Entscheidungen abzuleiten. Aus Sicht der Deliberation werden vereinfachte Verfahren wie Stimmungsbilder oder Handzeichen kritisch betrachtet, da sie keinen Diskurs zulassen. Die EG-Homepage, der Newsletter oder der EG-Podcast werden als Medien genutzt, um Themen und Positionen zu transportieren und den bündnisweiten Diskurs anzuregen. Von Vorteil zum Wissensaustausch sind ebenfalls die intensive Vernetzung und personelle Überschneidungen mit anderen Gruppierungen der Klimagerechtigkeitsbewegung. Die Transparenz von Entscheidungen von Bündnistreffen ist gegeben. Eine wesentliche Einschränkung stellt der Umgang mit sensiblen und datenschutzrelevanten Daten dar. Die Arbeit einiger Gruppen erscheint deshalb als sehr intransparent und Beteiligten werden in manchen Situationen bewusst Informationen vorenthalten. Ein Faktum diesbezüglich ist auch, dass die Gruppen üblicherweise sehr autonom arbeiten. Die Möglichkeit von Personen außerhalb der Gruppe Informationen abzurufen, wurde nicht genannt. Relevante Informationen können auf Treffen ausgetauscht werden. Eine besondere Bedeutung kommt internen Weiterbildungsangeboten, wie Aktionstrainings, Workshops oder Skillshares zu. Auch der Wissenstransfer von erfahrenen zu jungen Aktivist*innen wurde als positiv wahrgenommen. Der Rahmen innerhalb dessen sich Personen und Gruppen, die sich EG zugehörig fühlen, bewegen sollen unterliegt ebenfalls einem kontinuierlichen Aushandlungsprozess. Die schrittweise Öffnung von EG zu weiteren Themen im Spektrum der Klimagerechtigkeit, abseits des ausschließlichen Fokusses auf Kohleverbrennung, unterstreicht die Dynamik der strategischen Ausrichtung. Zu manchen Themen nimmt EG aufgrund von internen ideologischen Differenzen keine klare Haltung ein. Einerseits kann das Arbeiten mit multiplen und offenen Zielen fruchtbar für einen deliberativen Prozess sein. Maeckelbergh (2011b: 352) betont die Wichtigkeit der Akzeptanz von Dissens und dem Streben nach Diversität für eine Demokratie. Andererseits führt dies zu vermehrten, energie- und zeitintensiven Grundsatzdiskussionen. In Bezug auf Machtdynamiken, Hierarchien und Diskriminierungsthemen wie Rassismus wurde mehrfach betont, dass bewusst Reflexionsräume geschaffen werden. Auch die IP's zeigten eine hohe Bereitschaft zur Selbstreflexion. Durch die aktive Auseinandersetzung

mit Themen wie z.B. soziale Ungleichheiten, Neokolonialismus, Kapitalismus, Rassismus, Faschismus oder patriarchale Strukturen versucht EG nicht nur intern, sondern auch gesamtgesellschaftlich eine Diskursverschiebung zu erreichen. Die Verbindung der vielfältigen Aspekte von Klimagerechtigkeit wurde auch als Motivation genannt, sich bei EG zu engagieren (IP1: Pos. 76). Als Beispiel kann die Abschaffung des bunten Fingers als Resultat eines kollektiven Reflexionsprozesses gewertet werden. Bedenken bezüglich dieses Konzepts führten zu einer Veränderung der Position des Bündnisses und der entsprechenden Anpassung von Beschlüssen. Auch hier ist anzumerken, dass die interviewten Personen *weiß* sind und die Perspektive Betroffener in der Arbeit nicht berücksichtigt wurde. Als Maßnahme, um gendernormativem Verhalten entgegenzuwirken, wurden Redelisten genannt. Dadurch wurde der hohe Redeanteil Cis-männlicher Personen messbar. Eine Kehrseite des hohen Anspruchs auf achtsame Kommunikation und Reflexionsfähigkeit ist die hohe Einstiegshürde und die damit verbundene Exklusion von Personen.

Als wesentlicher Erfolgsfaktor für erfolgreiche Entscheidungsfindung gelten eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Ziel. Durch den ehrenamtlichen Kontext steht die idealistische Motivation im Zentrum; ausschließlich ehrenamtliche Zusammenarbeit wurde auch von Leach (2016, S. 63) als Erfolgsfaktor genannt. Wiederholt wurde als Motivation, sich bei EG zu engagieren, der gemeinsame Kampf gegen die Klimakrise genannt. Eine ausreichende Übereinstimmung der persönlichen Visionen ermöglicht, dass z.B. auch spontane Aktionen realisiert werden können. Das zentrale Dokument ist hier der Aktionskonsens. Aufgrund der hohen Identifikation der Aktivist*innen damit, wird unter Einbeziehung verschiedener Positionen auf eine erfolgreiche Erarbeitung dieses Dokuments geschlossen. Der bewusste und konstruktive Umgang mit Konflikten wurde auch als wichtiger Faktor für horizontale Gruppen genannt (Maeckelbergh, 2012). Innerhalb von EG wurden wenige Konflikte von den interviewten Personen wahrgenommen. Dies kann einerseits daran liegen, dass es tatsächlich zu wenigen Konflikten kommt, oder dass diese nicht entsprechend bearbeitet werden.

Werden Stärken und Schwächen im Kontext der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet, wird eine klare Bewertung von EG erschwert. Diskri-

minierung oder Abhängigkeit einer Lohnarbeit und damit fehlende zeitliche Ressourcen für Aktivismus sind gesamtgesellschaftliche Phänomene. Auch der intransparente Umgang mit sensiblen Informationen ist auf Überwachung und Repressionen durch staatliche Institutionen zurückzuführen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die interviewten Aktivist*innen EG als sehr demokratisch wahrnehmen. Das Spannungsfeld zwischen Idealen und deren Umsetzung in der internen praktischen Arbeit (vgl. Lesjak 2019) ist auch innerhalb von EG durch vielfältige Barrieren sichtbar. Jedoch bestätigt die überwiegend positive Wahrnehmung der interviewten Aktivist*innen die Beobachtung von Leach (2016), dass konsensuale Entscheidungsfindung durch bewusste Einflussnahme auf bestimmte Faktoren durchaus praktikabel und effizient sein kann. Das Engagement bei EG vermittelt das Gefühl, wirksam an demokratischen Prozessen teilzuhaben und eröffnet neue Perspektiven, wie demokratische Arbeitsweisen in der Realität umgesetzt werden können. Vor allem zur Steigerung der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit im Kampf gegen die Klimakrise spielt EG für Aktivist*innen eine wichtige Rolle. Interviewte Aktivist*innen fühlen sich dem Bündnis sehr nahe, auch wenn diese nur bei einem geringen Teil der Entscheidungen aktiv beteiligt sind. Es herrscht somit ein hohes Vertrauen in die Strukturen von EG. Die in dieser Arbeit verwendeten Bewertungsgrundlagen von guter Partizipation (vgl. Newig, 2011) bezogen sich darauf, inwiefern die Arbeitsweise von EG den Bedürfnissen der Beteiligten entspricht. Aufgrund der überwiegend positiven Wahrnehmungen der interviewten Aktivist*innen wird EG somit ein hohes Maß an Partizipation zugesprochen.

In Bezug auf den Vorwurf des deutschen Verfassungsschutzes, der EG als bedeutendes, linksextremistisch beeinflusstes Bündnis bezeichnet (BMI 2020b), wird in dieser Arbeit wie folgt Stellung genommen. Der Verfassungsschutz bezieht sich in der Einordnung von EG auf die wissenschaftlich umstrittene Extremismustheorie (vgl. Jaschke, 2006) und listet linke Bewegungen gemeinsam mit rechten Bewegungen und „islamistischen“ Terrororganisationen sowie gewaltbereite Gruppierungen neben jenen, welche sich klar zu friedlichen Aktionen bekennen. Diese Kategorisierung wird durch eine ablehnende Haltung gegenüber dem Status quo der staatlichen Organisationsweise begründet, ohne die

Legitimität dieser Kritik in Frage zu stellen. Obwohl die interviewten Personen erwähnten, dass es innerhalb von EG durchaus Aktivist*innen gibt, welche den Staat als Konstrukt per se ablehnen, scheint diese Haltung wenig verbreitet zu sein. Die interviewten Personen selbst nahmen hier eine weniger radikale Position ein und boten keine gesamtgesellschaftlichen Lösungskonzepte an. Sie formulierten lediglich Ideen, in welche Richtung sich ein demokratisches System entwickeln könnte und wie regionale Ebenen mehr auf staatlicher Ebene einbezogen werden könnten. Soziale Bewegungen sehen sie als wichtiges Element eines demokratischen Systems. Laut Jaschke (2006: 125) werden aus politikwissenschaftlicher Perspektive, im Gegensatz zu der Vorgehensweise des Verfassungsschutzes, Gruppierungen als extremistisch bezeichnet, die u.a. „Grundwerte der Demokratie“ ablehnen. Eine Haltung, die in keiner Weise bei EG

beobachtet wurde. In der Literatur wurden angesichts aktueller Herausforderungen Missstände des politischen Systems in Bezug auf die Erreichung demokratischer Ideale und unzureichender Klimapolitik deutlich, wodurch die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation unterstrichen wird. Kritik am Status quo des repräsentativ-liberalen Staates erscheint in diesem Kontext somit als legitim. Weiters wurde in dieser Arbeit deutlich, dass die Stärken der internen Arbeitsweisen in Bezug auf die Erreichung demokratischer Ideale überwiegen und EG somit einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung demokratischer Strukturen und Prozesse leistet. Die Einstufung durch den Verfassungsschutz und die damit verbundene Delegitimierung von EG lässt sich auf Basis der hier herangezogenen wissenschaftlichen Literatur schwer begründen und erscheint aus demokratiepolitischer Perspektive als problematisch.



6 Fazit

Ziel dieser Arbeit ist es, Stärken und Schwächen der Organisationsform sowie Kommunikations- und Entscheidungsfindungsprozesse des Bündnisses EG hinsichtlich der Erreichung demokratischer Ideale herauszuarbeiten. Hierfür wurden zu Beginn auf Basis der direkten, repräsentativen, partizipativen, deliberativen Demokratietheorien Ideale bzw. ideale Mechanismen beschrieben. Die beschriebenen *Critical Leadership Studies* und ergänzende Literatur bieten einen Einblick in die Organisationsweisen sozialer Bewegungen und stellen eine Ergänzung zu den Demokratietheorien dar. Die Datengrundlage zur Analyse der Arbeitsweisen von EG boten sechs qualitative, halbstrukturierte Expert*inneninterviews sowie ergänzende Informationen der EG-Homepage. Mithilfe von Illustrationen wurden die Ergebnisse der internen Strukturen und Prozesse über-

sichtlich dargestellt. Durch diese Darstellungen bietet diese Arbeit einen Einblick in die konkrete Umsetzung horizontaler demokratischer Organisation innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung. Abseits zentraler Entscheidungsgremien, wie dem Bündnistreffen, der KOPLA oder GRUPLA, konnte kein bündnisweites einheitliches System identifiziert werden. EG offenbarte sich als ein komplexes, netzwerkförmiges und dynamisches Konstrukt, wobei dem informellen Austausch eine besondere Bedeutung zukommt. Die genaue Anzahl der sich zugehörig fühlenden Akteur*innen lässt sich ebenso schwer ermitteln wie die verschiedenen Arbeitsweisen einzelner lokaler Gruppen. Klassische Organisationsmodelle sind hier nicht anwendbar. Es können weder klare Systemgrenzen gezogen noch eine zentrale Steuerung identifiziert werden.

Dennoch, eine relativ konsistente Organisations- und Entscheidungskultur sowie grundlegende Prinzipien, die von allen interviewten Personen beobachtet und geteilt wurden, konnten herausgearbeitet werden. Beispielsweise wurde der Aktionskonsens auf Bündnisebene gemeinsam entwickelt, wodurch dieser eine Vielzahl von Ansprüchen beinhaltet, die von den Aktivist*innen geteilt werden. Auch gilt das sogenannte sechs-stufige-Konsensverfahren und die Einbindung aller Bedürfnisse als erstrebenswertes Ziel; andere Entscheidungsformen sollten nur innerhalb eines konsensual beschlossenen Rahmens eingesetzt werden. Lokale Gruppen orientieren sich bezüglich ihrer internen Strukturen und Arbeitsweisen tendenziell an jenen auf Bündnisebene. Die Netzwerkstruktur ermöglicht ein weitgehend autonomes Arbeiten der einzelnen Gruppen und Personen innerhalb dieses kollektiv abgesteckten Rahmens. Einzelne Akteur*innen können unterschiedlich wirksam Einfluss darauf nehmen, je nach Wissen, Erfahrung, Kontakten oder kulturell bedingten Privilegien. Ausgeprägte oligarchische Tendenzen und die Dominanz weniger Personen wurden in dieser Arbeit nur bedingt wahrgenommen. Einerseits lässt sich das dadurch erklären, dass wichtige Entscheidungen im Plenum diskutiert und beschlossen werden müssen und andererseits erfordert der ehrenamtliche Kontext ein hohes Identifikationslevel aller Aktivist*innen mit den Werten und Arbeitsweisen von EG. Weiters sind Weiterbildungsangebote im Bereich Prozesswissen, zu inhaltlichen Themen, aber auch in Belangen der Persönlichkeitsentwicklung, Kommunikation und Selbstreflexion aller Beteiligten ein zentrales Element.

Am weitesten deckt sich der Anspruch von EG somit mit radikalen Vorstellungen einer direkten Demokratie, wobei Deliberation als essenzieller Teil angesehen wird. Repräsentation bzw. Delegation ist hierbei ein wichtiger Mechanismus, jedoch nicht vergleichbar mit einer liberalen repräsentativen Demokratie mit Parteiensystem. Vielmehr entspricht die Arbeitsweise der des Konföderalismus (vgl. Bookchin, 1990) beziehungsweise einer Rätedemokratie (vgl. Kost, 2013: 31f). Als geeignetstes Modell der partizipativen Demokratie zur Analyse der

Arbeitsweise von EG stellen sich die drei Dimensionen von Partizipation nach Newig (2011) heraus. EG strebt entsprechend dieser Dimensionen danach, ein hohes Maß an Informationsflüssen zu gewährleisten und alle Beteiligten in einen konsensualen Entscheidungsprozess zu integrieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich weniger die Frage stellt, inwiefern demokratische Ideale angestrebt werden, da sich die Vorstellungen von EG weitgehend mit diesen decken. Von Interesse ist, in welchen Bereichen zentrale Schwachstellen und Stärken liegen. Als zentrale Barrieren demokratische Ideale zu erreichen, wurden Wissens- und Erfahrungshierarchien, fehlende individuelle Kapazität und Zeitressourcen, unbewusstes diskriminierendes Verhalten, eine komplexe Kommunikationskultur und ein erforderliches hohes Maß an Selbstreflexion, sprachliche Barrieren, der hohe Anspruch an Prozess- und Methodenwissen, gruppenpsychologische Phänomene, ideologische Differenzen sowie Einschränkungen aufgrund von Datenschutz wahrgenommen. Durch das Zusammentreffen multipler Barrieren lässt sich die wahrgenommene homogene Zusammensetzung der bei EG aktiven Personen erklären. Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund, einem geringen Bildungsstand oder zeitlichen Einschränkungen durch Z.B Kinderbetreuung wird eine Teilnahme somit deutlich erschwert.

Der von den interviewten Personen wahrgenommene Erfolg von EG lässt sich u.a. auf den bewussten Umgang mit Hierarchien, ein hohes Maß an Deliberation, das Schaffen von Reflexionsräumen, expliziten Wissensaustausch, hohes Prozess- bzw. Methodenwissen von Aktivist*innen, aktive Vernetzung mit weiteren Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung, Räume für gruppenstärkende Aktionen und ein gemeinsames ideologisches Ziel zurückführen. In Relation zu gesamtgesellschaftlichen politischen Prozessen weist die Arbeitsweise – trotz vielschichtiger Barrieren und Einschränkungen – somit ein hohes Maß an Beteiligung sowie Deliberation auf. Der Begriff *Reallabor für einen demokratischen Lernprozess* eignet sich aber vor allem auch deshalb, da innerhalb von EG viele der Barrieren und Einschränkungen sichtbar

und gemeinsam reflektiert werden. EG zeigt Bereitschaft, Strukturen und Prozesse kontinuierlich weiterzuentwickeln, um sich ihren egalitären Gesellschaftsvisionen und demokratischen Idealen anzunähern. Auch wurde von den interviewten Personen durch ihre Arbeit bei EG das Gefühl beschrieben, tatsächlich gesellschaftspolitisch wirksam sein zu können. In Bezug auf die interne Arbeitsweise kann trotz wesentlicher Schwächen das demokratiegefährdende Potential, welches der deutsche Verfassungsschutz EG zuspricht, nicht bestätigt werden.

Einschränkungen der Aussagekraft dieser Arbeit ergeben sich dadurch, dass interviewte Personen eine geringe Diversität in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit, Sprache, Alter oder Bildungsstand aufweisen und selbst kaum zentrale Koordinationsaufgaben im Bündnis übernommen hatten. Weiters stellte, aufgrund des sensiblen

Umgangs mit Informationen, die fehlende Bereitschaft an Interviews teilzunehmen eine zentrale Hürde dar. Aufgrund der hohen Dynamik ist diese Arbeit auch lediglich eine Momentaufnahme. Für ein umfangreiches Verständnis bedarf es teilnehmender Beobachtungen bei diversen Treffen und in Arbeitsgruppen. Auch die Ansichten von Personen, welche sich explizit mit der Prozessgestaltung auf Bündnisebene auseinandersetzen, sowie von jenen Personen, welche aus unterschiedlichen Gründen aus dem Bündnis ausgestiegen sind oder sich nicht engagieren können, sind von Relevanz.

Dennoch, auf Basis der erhobenen Daten konnten Grundprinzipien bündnisinterner Organisation und Arbeitsweisen herausgearbeitet werden, welche als Grundlage für weitere Forschung sowie interner Weiterentwicklung anderer Gruppen dienen können.

7 Quellen

- 350.org. (2020). About 350.org. 350.Org. Abgerufen von: <https://350.org/about/> [abgefragt 08.09.2021]
- Amenta, E., Caren, N., Chiarello, E., & Su, Y. (2010). The Political Consequences of Social Movements. *Annual Review of Sociology*, 36(1), 287–307. <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-070308-120029>
- Arnstein, S. R. (1969). A Ladder Of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), 216–224. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>
- Aultman, B. (2014). Cisgender. *TSQ: Transgender Studies Quarterly*, 1(1–2), 61–62. <https://doi.org/10.1215/23289252-2399614>
- Bächtiger, A., Dryzek, J. S., Mansbridge, J., & Warren, M. (2018). Deliberative Democracy: An Introduction. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. xxii–32). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.50>
- Bäckstrand, K., Khan, J., Kronsell, A., & Lovbrand, E. (2010). The Promise of New Modes of Environmental Governance. In K. Bäckstrand, J. Kahn, A. Kronsell, & E. Lövbrand, *Environmental Politics and Deliberative Democracy* (S. 13822). Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781849806411.00009>
- Barber, B. R. (1984). *Strong democracy: Participatory politics for a new age* (20. anniversary ed., with a new preface). University of California Press.
- BMI. (2020a). Ausländerwahlrecht. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Abgerufen von: http://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/wahlrecht/auslaenderwahlrecht/auslaenderwahlrecht.html;jsessionid=0BE198BED7248AC33F3165F97E5F7FDC.1_cid295?nn=9394198 [abgefragt 12.07.2021]
- BMI. (2020b). Verfassungsschutzbericht 2020 (S. 420). Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.
- Bohne, D. M., & Bukow, S. (2018). Selbstbewusstsein statt Unbehagen – Impulse zur Stärkung der repräsentativen Demokratie in Deutschland (Heinrich-Böll-Stiftung e.V, Hrsg.).
- Bookchin, M. (1990). Meaning of Confederalism. The Anarchist Library. dwardmac.pitzer.edu
- Bosse, J. (2017). Analyse: „Zurück in der Grube. Ende Gelände 2“1 – Die Anti-Kohlebewegung in der Lausitz im Mai 2016. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30(1). <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0011>
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Oekom Verlag.
- Brown, M. (2018). Deliberation and Representation. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 170–186). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.58>

- Bühlmann, M., Merkel, W., Müller, L., Giebler, H., & Weßels, B. (2012). Demokratiebarometer: Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 6(S1), 115–159. <https://doi.org/10.1007/s12286-012-0129-2>
- Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. (2021). Wahlen 2021 | Inklusives Wahlrecht für alle Menschen. Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. Abgerufen von: <https://www.lebenshilfe.de/informieren/familie/wahlrecht> [abgefragt 12.07.2021]
- Charta der Vielfalt e. V. (2021). Vielfaltsdimensionen—Für Diversity in der Arbeitswelt. <https://www.charta-der-vielfalt.de/fuer-arbeitgebende/vielfaltsdimensionen/> [abgefragt 10.10.2021]
- Choi-Fitzpatrick, A. (2015). Managing Democracy in Social Movement Organizations. *Social Movement Studies*, 14(2), 123–141. <https://doi.org/10.1080/14742837.2014.945158>
- Cooke, B., & Kothari, U. (Hrsg.). (2001). *Participation: The new tyranny?* Zed Books.
- Dahl, R. A. (1994). A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. *Political Science Quarterly*, 109(1), 23. <https://doi.org/10.2307/2151659>
- Decker, F. (2016). *Empirische Demokratietheorien* (O. Lembcke, C. Ritzi, G. S. Schaal, & Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Hrsg.). Springer VS.
- della Porta, D. (Hrsg.). (2006). *Globalization from below: Transnational activists and protest networks*. University of Minnesota Press.
- della Porta, D. (Hrsg.). (2009). *Democracy in social movements*. Palgrave Macmillan.
- della Porta, D., & Diani, M. (2006). *Social movements: An introduction* (2nd ed). Blackwell Publishing.
- della Porta, D., & Doerr, N. (2018). Deliberation in Protests and Social Movements. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 391–406). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.29>
- della Porta, D., & Pavan, E. (2017). Repertoires of knowledge practices: Social movements in times of crisis. *Qualitative Research in Organizations and Management: An International Journal*, 12(4), 297–314. <https://doi.org/10.1108/QROM-01-2017-1483>
- Eley, G. (2002). *Forging democracy: The history of the left in Europe, 1850–2000*. Oxford University Press.
- Elstub, S. (2018). Deliberative and Participatory Democracy. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 186–202). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.5>
- Ende Gelände. (2017). *Newbies Flyer*. Abgerufen von: https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2017/01/Newbies-Flyer_web.pdf [abgefragt 02.05.2020]

- Ende Gelände. (2019). Klimabewegung heißt Antifa—Auf die Straße gegen den AfD-Parteitag. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/news/klimabewegung-heisst-antifa-auf-die-strasse-gegen-den-afd-parteitag/> [abgefragt 16.12.2020]
- Ende Gelände. (2020a). Aktionskonsens von Ende Gelände 2020. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/aktionskonsens-2020/> [abgefragt 16.12.2020]
- Ende Gelände. (2020b). EG Mobi Präsentation. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2020/09/EG-Mobi-Praesentation-13.09.20.pdf> [abgefragt 10.05.2021]
- Ende Gelände. (2020c). Ende Gelände 2020- Startseite. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org> [abgefragt 15.02.2021]
- Ende Gelände. (2020d). Sofortprogramm Klimagerechtigkeit. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/sofortprogramm-klimagerechtigkeit/> [abgefragt 16.12.2020]
- Ende Gelände. (2020e, Jänner 28). Keine Falschen Lösungen! – Atom-Wahnsinn stoppen – Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/news/keine-falschen-loesungen-atom-wahnsinn-stoppen/> [abgefragt 14.02.2021]
- Ende Gelände. (2020f, März 13). Planänderung—Sorry! Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/news/planaenderung-sorry/> [abgefragt 04.03.2021]
- Ende Gelände. (2020g, August 25). 5 Jahre Ende Gelände—Skillshare-Wochenende in Lützerath. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/news/5-jahre-ende-gelaende-skillshare-wochenende-in-luetzerath/> [abgefragt 05.03.2021]
- Ende Gelände. (2020h, September 12). Newsletter #49. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/news/newsletter-49/> [abgefragt 14.02.2021]
- Ende Gelände. (2020i). Shut Shit Down—An activist's guide to Ende Gelände. International Working Group of Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/en/news/shut-shit-down-an-activists-guide-of-ende-gelaende/> [abgefragt 16.02.2021]
- Ende Gelände. (2020j, Oktober 12). Hinweise für einen anti-rassistischen Umgang in der Ende Gelände Aktion 2020 im Rheinland. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/news/hinweise-von-der-antira-fuer-die-massenaktion-2020/> [abgefragt 15.02.2021]
- Ende Gelände. (2020k, Dezember 7). Kampagne: #NotMyEnergiewende. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/notmyenergiewende/> [abgefragt 15.02.2021]
- Ende Gelände. (2020l, Dezember 11). Pressemitteilung vom 11.12.2020. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/press-release/pressemitteilung-vom-11-12-2020/> [abgefragt 14.02.2021]
- Ende Gelände. (2021a). Ende Gelände 2021- Startseite. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org> [abgefragt 22.07.2021]

- Ende Gelände. (2021b). Unsere Barrieren durchfließen! Inklusion und Barrierefreiheit bei Ende Gelände. Ende Gelände. Abgerufen von: <https://www.ende-gelaende.org/unsere-barrieren-durchfliessen-inklusion/> [abgefragt 10.08.2021]
- Extinction Rebellion. (2020). Extinction Rebellion. Extinction Rebellion UK. Abgerufen von: <https://extinctionrebellion.uk/> [abgefragt 08.09.2020]
- Frenzel, F. (2011). Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik (A. Brunnengräber, Hrsg.; 1. Aufl). VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Fridays For Future. (2020). Fridays For Future is an international climate movement active in most countries and our website offers information on who we are and what you can do. Abgerufen von: <https://fridaysforfuture.org/> [abgefragt 08.09.2020]
- Fung, A. (2006). Varieties of Participation in Complex Governance (Public Administration Review, S. 10). Harvard University.
- Gassert, P. (Hrsg.). (2008). Narratives of Democratization. In 1968 in Europe: A History of Protest and Activism, 1956–1977 (S. 307–324). Palgrave Macmillan US. <https://doi.org/10.1057/9780230611900>
- Gethmann, C. F. (2005). Partizipation als Modus sozialer Selbstorganisation? GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, 14(1), 32–33.
- Habermas, J. (2018). Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft: mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990 (15. Auflage). Suhrkamp.
- Hagedorn, G., Loew, T., Seneviratne, S. I., Lucht, W., Beck, M.-L., Hesse, J., Knutti, R., Quaschnig, V., Schleimer, J.-H., Mattauch, L., Breyer, C., Hübener, H., Kirchengast, G., Chodura, A., Clausen, J., Creutzig, F., Darbi, M., Daub, C.-H., Ekardt, F., ... Zens, J. (2019). The concerns of the young protesters are justified: A statement by Scientists for Future concerning the protests for more climate protection. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, 28(2), 79–87. <https://doi.org/10.14512/gaia.28.2.3>
- Harrison, J. L. (2011). Pesticide drift and the pursuit of environmental justice. MIT Press.
- Häußermann, D., & Wollny, L. (2017). Anti-Kohle-Bewegung: Gegen Klimawandel, Kapitalismus und Wachstum! In C. Burkhart, M. Schmelzer, & N. Treu (Hrsg.), Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation (S. 34–45). Oekom.
- Heinrichs, H. (2005). Partizipationsforschung und nachhaltige Entwicklung. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, 14(1), 30–31.
- Höhne, D. B. (2019). Politik ist (k)ein Männergeschäft? – Eine genderfokussierte Analyse der parteilichen Kandidierenden-Auswahl zu Bundestagswahlen. 28.

- IPCC. (2018). Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty [Masson-Delmotte, V., P. Zhai, H.-O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P.R. Shukla, A. Pirani, W. Moufouma-Okia, C. Péan, R. Pidcock, S. Connors, J.B.R. Matthews, Y. Chen, X. Zhou, M.I. Gomis, E. Lonnoy, T. Maycock, M. Tignor, and T. Waterfield (eds.)].
- Kitschelt, H. (1993). Social Movements, Political Parties and Democratic Theory. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 528, 13–29.
- Korf, B. (2005). Partizipation als Tyrannei? *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, 14(3), 224–226.
- Kost, A. (2013). *Direkte Demokratie*. Springer Fachmedien Wiesbaden 2013.
- Krainz, U., & Krainz, E. E. (2019). Demokratische Organisationen – Organisierte Demokratie. *Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie (GIO)*, 50(3), 245–250. <https://doi.org/10.1007/s11612-019-00480-2>
- Leach, D. K. (2009). An Elusive “We”: Antidogmatism, Democratic Practice, and the Contradictory Identity of the German Autonomes. *American Behavioral Scientist*, 52(7), 1042–1068. <https://doi.org/10.1177/0002764208327674>
- Leach, D. K. (2013). Prefigurative Politics. In D. A. Snow, D. della Porta, B. Klandermans, & D. McAdam (Hrsg.), *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements* (S. wbespm167). Blackwell Publishing Ltd. <https://doi.org/10.1002/9780470674871.wbespm167>
- Leach, D. K. (2016). When Freedom Is Not an Endless Meeting: A New Look at Efficiency in Consensus-Based Decision Making. *The Sociological Quarterly*, 57(1), 36–70. <https://doi.org/10.1111/tsq.12137>
- Lesjak, B. (2019). Das basisdemokratische Paradox organisieren? Phänomene und Herausforderungen wertorientierter Organisationen. *Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie (GIO)*, 50(3), 281–289. <https://doi.org/10.1007/s11612-019-00473-1>
- Lidskog, R., & Elander, I. (2007). Representation, Participation or Deliberation? Democratic Responses to the Environmental Challenge. *Space and Polity*, 11(1), 75–94. <https://doi.org/10.1080/13562570701406634>
- Macpherson, C. B. (1990). *The life and times of liberal democracy* (Reprint). Oxford Univ. Press.
- Maeckelbergh, M. (2011a). The Road to Democracy: The Political Legacy of “1968”. *International Review of Social History*, 56(2), 301–332. <https://doi.org/10.1017/S0020859011000162>
- Maeckelbergh, M. (2011b). Social movements and global governance. In *The Routledge Companion to Alternative Organization*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203725351.ch23>
- Maeckelbergh, M. (2012). Horizontal Democracy Now: From Alterglobalization to Occupation. *Volume 4* (1), 207–234.

- Maeckelbergh, M. (2016). The Prefigurative Turn: The Time and Place of Social Movement Practice. In A. C. Dinerstein (Hrsg.), *Social Sciences for an Other Politics* (S. 121–134). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-319-47776-3_9
- Massing, P., & Bergem, W. (Hrsg.). (2005). *Direkte Demokratie: Eine Einführung*. Wochenschau-Verlag.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (12., überarbeitete Auflage). Beltz Verlag.
- Merkel, W., & Ritzi, C. (Hrsg.). (2017). *Die Legitimität direkter Demokratie*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16233-7>
- Meuser, M., & Nagel, U. (2002). ExpertInneninterviews—Vielfach erprobt, wenig bedacht. In A. Bogner, B. Littig, & W. Menz (Hrsg.), *Das Experteninterview* (S. 71–93). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93270-9_3
- Meyer, D., & Tarrow, S. G. (Hrsg.). (1998). *The Social Movement Society: Contentious Politics for a New Century*. Boulder, CO: Rowman & Littlefield.
- Meyer, T. (2009). *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung* (1. Aufl.). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nanz, P., & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Newig, J. (2011). Partizipation und neue Formen der Governance. In M. Groß (Hrsg.), *Handbuch Umweltsoziologie* (S. 485–502). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93097-8_23
- Pateman, C. (1970). *Participation and Democratic Theory*. Cambridge University Press.
- Pateman, C. (2012). Participatory Democracy Revisited. *Perspectives on Politics*, 10(1), 7–19. <https://doi.org/10.1017/S1537592711004877>
- Pichler, M., Brand, U., & Görg, C. (2020). The double materiality of democracy in capitalist societies: Challenges for social-ecological transformations. *Environmental Politics*, 29(2), 193–213. <https://doi.org/10.1080/09644016.2018.1547260>
- Polletta, F. (2004). *Freedom is an endless meeting: Democracy in American social movements* (Paperback ed). Univ. of Chicago Press.
- Renn, O. (2005). Partizipation – ein schillernder Begriff. *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society*, 14(3), 227–228.
- Ripple, W. J., Wolf, C., Newsome, T. M., Galetti, M., Alamgir, M., Crist, E., Mahmoud, M. I., Laurance, W. F., & 15,364 scientist signatories from 184 countries. (2017). World Scientists' Warning to Humanity: A Second Notice. *BioScience*, 67(12), 1026–1028. <https://doi.org/10.1093/biosci/bix125>

- Rootes, C., & Brulle, R. (2013). ROOTES BRULLE (2013) environmental movements.pdf. The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements. <https://doi.org/10.1002/9781405198431>
- Ryfe, D. M. (2005). Does deliberative democracy work? *Annual Review of Political Science*, 8(1), 49–71. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.8.032904.154633>
- Sander, H. (2016). Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, 45.
- Schauppenlehner-Kloyber, E., & Penker, M. (2016). Between Participation and Collective Action (2016)—From Occasional Liaisons towards Long-Term Co-Management for Urban Resilience. *Sustainability*, 8(7), 664. <https://doi.org/10.3390/su8070664>
- Scherhauer, P., Klittich, P., & Buzogány, A. (2021). Between illegal protests and legitimate resistance. Civil disobedience against energy infrastructures. *Utilities Policy*, 72, 101249. <https://doi.org/10.1016/j.jup.2021.101249>
- Schmidt, M. G. (2019). *Demokratietheorien: Eine Einführung*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25839-9>
- Schubert, K., & Klein, M. (2005). *Das Politiklexikon (4. aktualisierte Aufl)*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schubert, K., & Klein, M. (2018). *Das Politiklexikon: Begriffe, Fakten, Zusammenhänge (7., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage)*. Dietz.
- Seeds for Change. (2020). Consensus decision making—A guide to collaborative decision-making for activist groups, co-ops and communities. Abgerufen von: <https://www.seedsforchange.org.uk/consensus.pdf> [abgefragt 23.07.2020]
- Simsa, R. (2019). Leadership in Organisationen sozialer Bewegungen: Kollektive Reflexion und Regeln als Basis für Selbststeuerung. *Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie (GIO)*, 50(3), 291–297. <https://doi.org/10.1007/s11612-019-00476-y>
- Simsa, R., & Totter, M. (2020). The Struggle for Good Leadership in social Movement Organizations: Collective Reflection and Rules as Basis for Autonomy.
- Sitrin, M. (Hrsg.). (2006). *Horizontalism: Voices of popular power in Argentina*. AK Press.
- Skills for Action. (2017). *Skills for Action—Handbuch für Aktionstrainings*. S. Sommer, Berlin. Abgerufen von: https://skillsforaction.files.wordpress.com/2018/12/s4a_trainigs_handbuch_20173.pdf [abgefragt 16.12.2020]
- Smith, W. (2004). Democracy, Deliberation and Disobedience. *Res Publica*, 10(4), 353–377. <https://doi.org/10.1007/s11158-004-2327-5>
- Spangenberg, J. H. (2017). Hot Air or Comprehensive Progress? A Critical Assessment of the SDGs: Hot air or Comprehensive Progress? A Critical Assessment of the SDGs. *Sustainable Development*, 25(4), 311–321. <https://doi.org/10.1002/sd.1657>

- Steurer, R. (2013). Disentangling governance: A synoptic view of regulation by government, business and civil society. *Policy Sciences*, 46(4), 387–410. <https://doi.org/10.1007/s11077-013-9177-y>
- Strauch, B., Reijmer, A., & Endenburg, G. (2018). *Soziokratie: Kreisstrukturen als Organisationsprinzip zur Stärkung der Mitverantwortung des Einzelnen*. Verlag Franz Vahlen.
- Sutherland, N., Land, C., & Böhm, S. (2014). Anti-leaders(hip) in Social Movement Organizations: The case of autonomous grassroots groups. *Organization*, 21(6), 759–781. <https://doi.org/10.1177/1350508413480254>
- Talisse, R. B. (2005). Deliberativist responses to activist challenges: A continuation of Young's dialectic. *Philosophy & Social Criticism*, 31(4), 423–444. <https://doi.org/10.1177/0191453705052978>
- Tarrow, S. G. (2011). *Power in movement: Social movements and contentious politics* (Rev. & updated 3rd ed). Cambridge University Press.
- Umweltbundesamt. (2021). Daten und Fakten zu Braun- und Steinkohlen: Stand und Perspektiven 2021 (S. 106). Abgerufen von: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-03-18_texte_28-2021_daten_fakten_braun-_und_steinkohle.pdf [abgefragt 22.6.2020]
- UNFCCC. (2015). Paris Agreement (a). Abgerufen von: https://unfccc.int/files/essential_background/convention/application/pdf/english_paris_agreement.pdf [abgefragt 04.05.2020]
- United Nations. (2015). Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. In *A New Era in Global Health*. UN General Assembly, Document A/RES/70/1. <https://doi.org/10.1891/9780826190123.ap02>
- Vandamme, R. (2000). Basisdemokratie als zivile Intervention. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-09340-4>
- Vandepitte, E., Vandermoere, F., & Hustinx, L. (2019). Civil Anarchizing for the Common Good: Culturally Patterned Politics of Legitimacy in the Climate Justice Movement. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 30(2), 327–341. <https://doi.org/10.1007/s11266-018-00073-5>
- Women Engage for a Common Future. (2021). Sprache und Gender. WECF. Abgerufen von: <https://www.wecf.org/de/reclaimoekofeminismus/sprache-und-gender/> [abgefragt 27.09.2021]

8 Anhang

8.1 Interviewleitfaden – Ende Gelände

Ziel und Funktion des Interviews: Einen möglichst guten Einblick in die Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozesse innerhalb von EG und die individuelle Position der IP bezüglich demokratischer Werte zu bekommen. Der Fokus liegt auf AGs, lokale Gruppen und Bündnistreffen.

Methode: qualitative halbstandardisierte (leitfadengestützte) Expert*inneninterviews Face-to-Face, oder Videokonferenz; Dauer ca. 30–60 Minuten pro Interview; anschl. Transkription und Auswertung (qualitative Inhaltsanalyse)

Zielgruppe: Personen, die seit längerer Zeit bei EG dabei sind, bei mehreren Entscheidungen dabei waren und sich im Idealfall mit Moderation, Organisationsstruktur und/oder Prozessbegleitung beschäftigen.

Untersuchungsfrage: Welche Stärken und Schwächen weisen die Organisationsform, sowie Kommunikations- und Entscheidungsfindungsprozesse der SMO Ende Gelände hinsichtlich der Erreichung von demokratischen Idealen auf?

Sachthemen:

- A) Beschreibung von Entscheidungsprozessen, AG-Ebene
- B) Spannungsfelder in der Praxis
- C) AG übergreifende Strukturen, Organisations-/Netzwerkebene
- D) Demokratievorstellung

- Leitfragen
 - Detailfragen/Alternativfragen

Einstiegsfrage: Wie bereits kommuniziert, beschäftige ich mich in meiner Masterarbeit mit Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozesse innerhalb von EG. Mein Interesse liegt auf den Strukturen der AGs, lokalen Gruppen und Bündnistreffen. Du hattest mir mitgeteilt, dass du schon länger bei EG aktiv bist. Bei welchen Treffen und in welchen Gruppen hast du aktiv mitgestaltet?

A) Beschreibung von Entscheidungsprozessen, AG-Ebene

- Mit welchen Themen und Inhalte setzt sich deine Gruppe auseinander? Welche Themen wurden bei dem Treffen bearbeitet?
- Welche Rollen hattest du in deiner Gruppe/bei diesem Treffen eingenommen?
- Wie wurden diese Treffen gestaltet?
 - Wie bzw. durch wen wurden die Treffen moderiert?
 - Wie wurden die Treffen vor- und nachbereitet?
- Wie trifft ihr Entscheidungen? Kannst du mir den Prozess beschreiben?
 - Welche Methoden verwendet ihr, um zu Entscheidungen zu kommen?
 - In welchen Situationen seid ihr davon abgewichen? Kannst du mir Beispiele nennen?
 - Wie geht ihr damit um, wenn keine Einigkeit/kein Konsens gefunden werden kann?
- Welche Hilfsmittel oder Handzeichen verwendet ihr, um den Prozess zu unterstützen?
 - Verwendet ihr bestimmte Regeln oder gemeinsame Abmachungen bezüglich der Kommunikation und Abstimmungen in eurer Gruppe? Welche?
 - Wie stehst du zum Einsatz von Kommunikations- und Abstimmungsregeln?

- Inwiefern unterscheidet sich das Setting von Entscheidungen und Diskussionen von Klein- zu Großgruppen?
 - Wie groß war die größte Gruppe, in der du anwesend warst, in der Entscheidungen getroffen/ Diskussionen geführt wurden?
 - Wie ging es dir mit Online-Treffen im Vergleich zu jenen mit physischer Anwesenheit?
- Wie bzw. durch wen etablierte sich die Entscheidungskultur in eurer Gruppe? Was war die treibende Kraft, um eure Prozesse in dieser Form zu gestalten, wie sie heute sind?
 - Wie wurdet ihr von Personen oder Gruppen, die nicht Teil eurer Gruppe sind, unterstützt?

B) Spannungsfelder in der Praxis

- Hast du das Gefühl Einfluss auf die Prozesse von EG zu haben?
- Erinnerst du dich an eine Situation, in der du überstimmt oder umgangen wurdest? Kannst du mir diese Situation beschreiben? Wie ging es dir damit?
 - Konntest du deine Bedenken/Bedürfnisse später nochmals zum Thema machen und in den Prozess integrieren?
 - Wie geht ihr damit um, wenn Personen Entscheidungen treffen, womit andere im Nachhinein nicht zufrieden sind?
- Wie erlebst du den Umgang mit Konflikten? Wie werden diese bearbeitet?
 - Welche Räume wurden geschaffen, um im Nachhinein über Entscheidungen, Prozesse oder Konflikte zu reflektieren?
- Wie geht es dir generell mit der Effizienz von Entscheidungen in EG?
 - Wann hättest du dir schnellere Entscheidungen gewünscht? Kannst du mir ein Beispiel nennen?
- Wodurch hatte sich der Prozess in die Länge gezogen?
 - Wann hattest du das Gefühl ihr seid sehr gut vorangekommen?
- Was könnten Gründe dafür sein?

Ein Spannungsfeld in vielen Organisationen ist die Inklusion und Miteinbeziehung von allen Beteiligten, unabhängig von Gender, Herkunft, Sprache, Alter oder Wissen.

- Wie inklusiv nimmst du Entscheidungsprozesse in EG wahr?
 - Welche Spannungen hinsichtlich Gender oder Rassismus konntest du in Gruppen wahrnehmen?
 - Welche Rolle spielen Hierarchien, z.B. Wissen, Alter?
 - Wie macht sich Dominanz mancher Personen bemerkbar?
- Welche Personen(gruppen) sind deiner Meinung nach am dominantesten?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um mit Diskriminierung, Hierarchien oder Dominanz umzugehen?
- Was löst der Begriff Führung oder Leadership bei dir aus?
 - Welche Relevanz hat Führung in einer Organisation wie EG?
 - Welche Rolle spielt Macht für dich im Kontext von EG?
 - Wie erlebst du den Umgang mit Macht?

Eventualfrage: Ungeachtet all der organisationsinternen Schwierigkeiten in der Praxis, wie stellst du dir das Setting und den Prozess einer idealen Entscheidungsfindung vor?

C) AG übergreifende Strukturen, Organisations-/Netzwerkebene

- Wie groß ist der Handlungsspielraum abseits des Plenums/der Gruppe? Wie viel Verantwortung wird deiner Einschätzung nach an Einzelpersonen übertragen?
- Wie autonom ist die Gruppe/sind die Gruppen, in denen du aktiv bist?
 - Wie ist diese Gruppe mit der restlichen Struktur von EG verbunden?

- Wie werden Entscheidungen von anderen Gruppen in euren Kreis getragen? Wie bringt ihr eure Themen in andere Gruppen?
- Welche Rolle spielen Repräsentant*innen/Delegierte in EG? Wann wird Verantwortung bzw. werden Entscheidungen delegiert?
- Wie gut fühlst du dich und deine Gruppe durch Repräsentant*innen vertreten?
- In welchen anderen aktivistischen Gruppen bist du noch aktiv bzw. zu welchen hast du Kontakt?
 - Wie ist die Verbindung von EG mit diesen Gruppen?
 - Wie wird der Austausch vorangetrieben?
 - Welchen Mehrwert bezüglich Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozessen kann EG durch dieses Netzwerk generieren?

D) Demokratievorstellung

- Welche Elemente der Organisation und Entscheidungsfindung von EG lassen sich deiner Meinung nach auf andere Organisationen übertragen?
 - Welche Elemente können auf staatlicher Ebene eingesetzt werden?
- Was löst der Begriff Demokratie in Zusammenhang mit EG bei dir aus?

Abschlussfrage: Was ist deine treibende Motivation, um dich bei EG zu engagieren?

